



# Plenarprotokoll

## 3. Sitzung

Mittwoch, 13. Juni 2012

**Vorstellung und Vereidigung der Landesministerinnen und der Landesminister** .....

19

**Regierungserklärung zu Beginn der 18. Wahlperiode**.....

20

Torsten Albig, Ministerpräsident...

20

Johannes Callsen [CDU].....

36

Dr. Ralf Stegner [SPD].....

45

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....

57

Wolfgang Kubicki [FDP].....

62

Wolfgang Dudda [PIRATEN].....

73

Sven Krumbeck [PIRATEN].....

75

Lars Harms [SSW].....

75

Angelika Beer [PIRATEN].....

85

Uli König [PIRATEN].....

87

**Wahl eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums....**

89

Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/12

Wahlvorschlag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/14

Wahlvorschlag der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 18/17

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/18

Wahlvorschlag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/19

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD Drucksache 18/20		Änderungsantrag des Abgeordneten Dr. Patrick Breyer (PIRATEN) Drucksache 18/21	
Beschluss: Annahme.....	89	Barbara Ostmeier [CDU], Bericht- erstatteerin.....	91
<b>a) Volksinitiative „Für vereinfachte Bürgerbegehren und Bürgerent- scheidung in Schleswig-Holsteins Gemeinden und Kreisen“.....</b>	<b>89</b>	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	91
		Wolfgang Kubicki [FDP], zur Ge- schäftsordnung.....	91
Gesetzentwurf der Volksinitiative Drucksache 17/2240		Beschluss: 1. Ablehnung des Ände- rungsantrags Drucksache 18/21 2. Annahme der Be- schlussempfehlung Drucksache 18/16.....	92
<b>b) Volksinitiative „Für Volksent- scheidung ins Grundgesetz“.....</b>	<b>90</b>		
Antrag der Volksinitiative Drucksache 17/2239			
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/15		* * * *	
<b>c) Beratung der Volksinitiative „Für Volksentscheidung ins Grundgesetz“.....</b>	<b>90</b>	<b>Regierungsbank:</b>	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/11		Torsten Albig, Ministerpräsident	
Barbara Ostmeier [CDU], Bericht- erstatteerin.....	90	Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen- de, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten	
Beschluss: 1. Ablehnung des Gesetz- entwurfs der Volksinitiative, Drucksache 17/2240 2. Annahme des Antrags der Volksinitiative, Drucksache 17/2239 3. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/11.....	90	Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Europa und Kultur und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten	
		Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Wissen- schaft und Bildung	
		Andreas Breitner, Innenminister	
		Monika Heinold, Finanzministerin	
<b>Verfahren vor dem Bundesverfas- sungsgericht betr. Verfassungsbe- schwerde gegen Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts, des Bayerischen Verwaltungsge- richtshofs, des Bayerischen Ver- waltungsgerichts, der Regierung von Oberbayern und der Landes- hauptstadt München wegen der Untersagung einer Veranstaltung am Karfreitag 2007.....</b>	<b>90</b>	Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar- beit, Verkehr und Technologie	
Bericht- und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/16		Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund- heit, Familie und Gleichstellung	
		* * * *	

**Beginn: 10:03 Uhr**

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren! Auch bei großzügigster Auslegung haben wir schon 10 Uhr überschritten. Ich darf die Damen und Herren der Presse bitten, auf ihre angestammten Plätze zurückzugehen. - Es ist ausgesprochen nett, dass Sie meiner Bitte sofort folgen.

(Unruhe - Glocke Präsident)

Meine Damen und Herren, ich eröffne die heutige Sitzung. Die Abgeordneten Monika Heinold, Anette Langner, Anke Spoorendonk, Rolf Fischer und Dr. Robert Habeck haben ihre Mandate niedergelegt und sind aus dem Schleswig-Holsteinischen Landtag ausgeschieden. Für Ihre Arbeit spreche ich Ihnen im Namen aller Abgeordneten an dieser Stelle Dank und Anerkennung aus.

(Beifall im ganzen Haus)

Die Landeswahlleiterin hat als Nachfolgerin für die ausgeschiedene Abgeordnete Heinold Frau Ines Strehlau festgestellt. Als Nachfolgerin für Frau Langner hat die Landeswahlleiterin Frau Birte Pauls festgestellt. Nachfolgerin für Frau Spoorendonk wird Frau Jette Waldinger-Thiering. Für den Abgeordneten Fischer rückt Herr Tobias von Pein und für den Kollegen Dr. Robert Habeck Herr Detlef Matthiessen in den Landtag nach.

(Zurufe)

- Herr Abgeordneter Matthiessen, manchmal geht es schneller, als man denkt. -Die Abgeordneten haben ihre Landtagsmandate am 12. Juni 2012 angenommen.

Ich werde die Verpflichtung in der Weise vornehmen, dass ich die Eidesformel verlese und Sie bitte, den Eid so zu leisten, dass Sie nach der Eidesformel einzeln zu mir kommen und mit erhobener rechter Hand die Worte nachsprechen: „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.“ Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.

Ich bitte nunmehr die fünf Abgeordneten zur Verpflichtung nach vorn. Ich bitte die Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben. Ich spreche Ihnen die Eidesformel im Ganzen vor.

(Die Anwesenden erheben sich - Die Abgeordneten werden nach folgender Eidesformel vereidigt: Ich schwöre, meine Pflichten als Abgeordneter gewissenhaft zu erfüllen, Verfassung und Gesetze zu wahren und dem

Land unbestechlich und ohne Eigennutz zu dienen.)

Ich bitte Sie jetzt, die rechte Hand zu heben und die Formel nachzusprechen.

(Birte Pauls [SPD]: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe. - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe. - Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe. - Tobias von Pein [SPD]: Ich schwöre es. - Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe. - Die Abgeordneten werden von Präsident Klaus Schlie durch Handschlag verpflichtet)

Ich wünsche Ihnen alles Gute, gute Zusammenarbeit und gute Arbeit für das Land und die Menschen in Schleswig-Holstein.

(Beifall im ganzen Haus)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Vorstellung und Vereidigung der Landesministerinnen und der Landesminister**

Der Herr Ministerpräsident hat mir mit Schreiben vom 12. Juni 2012 Folgendes mitgeteilt:

„Sehr geehrter Herr Präsident, im Zusammenhang mit der Regierungsneubildung bitte ich Sie, gemäß Artikel 28 Abs. 2 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein die Vereidigung der folgenden Ministerinnen und Minister in der Sitzung des Landtags am 13. Juni 2012 vorzunehmen:

Frau Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Europa und Kultur,  
 Frau Prof. Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft,  
 Herrn Andreas Breitner, Innenminister,  
 Herrn Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume,  
 Frau Monika Heinold, Finanzministerin,  
 Herrn Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, sowie  
 Frau Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung.“

Wir kommen jetzt zur Vereidigung. Ich werde sie in der Weise vornehmen, dass ich die Eidesformel einmal verlese und Sie bitte, nach der Eidesformel,

**(Präsident Klaus Schlie)**

einzelnen, beginnend mit dem Ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten, Herrn Dr. Robert Habeck, daran anschließend mit der Zweiten stellvertretenden Ministerpräsidentin, Frau Anke Spoorendonk, und dann in der Reihenfolge der Ressortziffern zu mir zu kommen und die Worte nachzusprechen: „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.“ Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden. Ich bitte Sie, sich zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich - Die Ministerinnen und Minister werden nach folgender Eidesformel vereidigt: Ich schwöre: Ich werde meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seine Freiheit verteidigen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Schleswig-Holstein wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben, so wahr mir Gott helfe. -

Minister Dr. Robert Habeck: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe. -

Ministerin Anke Spoorendonk: Ich schwöre. -

Ministerin Prof. Dr. Waltraud Wende: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe. -

Minister Andreas Breitner: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe. -

Ministerin Monika Heinold: Ich schwöre es. -

Minister Reinhard Meyer: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe. -

Ministerin Kristin Alheit: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.)

Meine Damen und Herren, ich spreche Ihnen, den Mitgliedern des Kabinetts, die Glückwünsche des Hauses aus und hoffe auf eine gute Zusammenarbeit zum Wohle der Menschen in unserem Land Schleswig-Holstein.

(Beifall im ganzen Haus)

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat mir mitgeteilt, dass auf Vorschlag der Landesregierung mit Wirkung vom 13. Juni 2012 folgende Neubesetzungen in der Funktion der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre vorgenommen wurden:

Herr Stefan Studt, Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei sowie Bevollmächtigter des Landes Schleswig-Holstein beim Bund, Herr Dr. Eberhard Schmidt-Elsaesser, Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa, Herr Rolf Fischer, Staatssekretär im Ministerium für Bildung und Wissenschaft, Herr Küpperbusch, Staatssekretär im

Innenministerium, Frau Ingrid Nestle, Staatssekretärin im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herr Dr. Ulf Kämpfer, Staatssekretär im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herr Thomas Losse-Müller, Staatssekretär im Finanzministerium, Herr Ralph Müller-Beck, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herr Dr. Frank Nägele, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Frau Anette Langner, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung.

Auch Ihnen sage ich herzlichen Glückwunsch. Ich wünsche Ihnen alles Gute,

(Sandra Redmann [SPD]: Haben Sie einen vergessen?)

- Wen habe ich vergessen? - Herrn Thomas Losse-Müller habe ich übersehen? -

(Dirk Loßack: Meine Name ist Dirk Loßack, Ministerium für Bildung und Wissenschaft! - Beifall)

- Herr Loßack, ich bitte Sie ganz herzlich, mir das zu verzeihen. Es mag trotz langjähriger parlamentarischer Erfahrung noch eine gewisse Aufregung beim Parlamentspräsidenten vorhanden sein.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

**Regierungserklärung zu Beginn der 18. Wahlperiode**

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Torsten Albig.

**Torsten Albig, Ministerpräsident:**

Herr Präsident! Hohes Haus! Europa schaut heute auf uns und auf das, was wir miteinander auf den Weg bringen. Zum ersten Mal wird in unserem Land, zum ersten Mal wird in Deutschland eine Regierung gebildet, in die eine Partei eintritt, die zwei nationale Minderheiten vertritt. Es erfüllt mich mit Stolz, dass meine Regierung diejenige ist, die 92 Jahre nach der Grenzabstimmung und 57 Jahre nach den Bonn-Kopenhagener-Erklärungen zeigen kann, was das Ergebnis einer klugen, besonnenen Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein sein kann, und die zeigen kann, dass wir es für normal halten, miteinander zu regieren und nicht nur miteinander von Mehrheit zu Minderheit zu sprechen.

Das ist ein besonderer Tag, und ich wünsche mir zutiefst, dass wir alle gemeinsam, mein Kabinetts

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

und Sie im Parlament, aus dieser Besonderheit Normalität werden lassen, dass wir gemeinsam die Botschaft senden: Ja, so ist das in Schleswig-Holstein. Wir sind weiter. Wir nehmen die Menschen in unserem Land als Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner. Wir fragen nicht: Gehörst du zu einer Minderheit? - Wir fragen nicht: Gehörst du zu der Mehrheit? - Wir fragen: Was kannst du für unser Land tun? - Welchen Beitrag möchtest du leisten? - Dann machen wir dies gemeinsam, weil wir Teil dieses einen starken und stolzen Schleswig-Holsteins sind.

Wir können damit auch Vorbild für eine europäische Debatte sein. Deshalb schaut Europa auf uns. In Europa schaut man danach: Wie machen die das mit der Regierung? - Ist das nur eine Arabeske? - Zieren die sich damit? - Oder ist das eine ernst gemeinte und konstruktive Politik?

Genau für diese Regierung von SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD sind wir, die wir dieses Bündnis im Norden geschlossen haben, in den letzten Monaten gemeinsam angetreten. Wir waren überzeugt, dass unser Land reif ist für diesen Schritt. Es hat mich sehr gefreut, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land genau von dieser Regierung regiert werden möchte.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Genau dieser Regierung hat die Mehrheit der Menschen in Schleswig-Holstein auch deshalb ihr Vertrauen ausgesprochen, weil wir reif sind in der Art weiterzugehen, wie wir in Schleswig-Holstein miteinander umgehen. Auf dieses Vertrauen will ich in den nächsten fünf Jahren mit meiner Regierung, mit Ihnen hier im Hohen Haus, gute Politik aufbauen. Dieses Vertrauen der Menschen in Schleswig-Holstein ist unser Startkapital, das uns auf unseren fünfjährigen Weg mitgegeben wurde. Wir werden es gut anlegen. Wir werden das Startkapital mehrern, und wir werden zeigen, dass diese drei Stränge, die wir in unserer Koalition zusammenlegen, nicht reißen werden, dass sie fest und stark sind, dass sie mehr aushalten können, als viele es glauben, weil sie so für unser Land zutiefst normal sind.

Dieses Vertrauen, das die Menschen uns gegeben haben, berechtigt uns auch, die Verortung Schleswig-Holsteins in Europa neu vorzunehmen. Meine Regierung ist eine bewusst nordeuropäische, eine, in der Menschen, die in der gesamten Region ihre Wurzeln haben, ihr Zuhause finden können. Das, was wir mit der deutsch-dänischen Region wirtschaftspolitisch zu greifen versuchen, übersetzen

wir mit unserer Koalition und mit meiner Regierung nun auf eine gesamtpolitische Ebene. Wir bekennen uns damit bewusst zu den nationalen Minderheiten in unserem Land. Dänen und Friesen, aber eben auch Sinti und Roma sind ein elementarer Teil Schleswig-Holsteins.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Auch deshalb ist es mir wichtig, das am Anfang einer solchen Regierungserklärung zu sagen. Deshalb werden wir auch eine Änderung des Artikels 5 der Landesverfassung einbringen, die auch die nationale Minderheit der Sinti und Roma unter den Schutz und die Förderung unseres Landes stellt. Die Zeit ist reif dafür, und ich bin ganz sicher, Sie alle werden das auch so sehen, weil wir in dieser Normalität ankommen. Das zeichnet uns in Europa aus.

Diese Normalität war und ist die innere Logik dafür, warum wir die Kürzungen bei der Regelschule der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, die sich der dänischen Minderheit zugehörig fühlen, wieder zurücknehmen werden. Wir nehmen sie zurück, weil dies ein Verstoß gegen unsere konstitutive Vorstellung von Gleichbehandlung in unserem Land ist. Sie entspricht nicht dem Miteinander, sie war kein beliebiger Kürzungspunkt in einem Haushalt, sie war ein Verstoß gegen das Miteinander in Schleswig-Holstein. Dies werden und dies müssen wir korrigieren, weil wir ein Land sind und keine unterschiedlichen. Deswegen wird das auch am Anfang unserer gemeinsamen Arbeit stehen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Wir werden wieder für ein konstruktives Verhältnis zu Dänemark sorgen, unser wichtiger Partner im Norden. Meine erste Auslandsreise wird mich nach Kopenhagen führen. Die stellvertretende Ministerpräsidentin macht das bereits nächste Woche. Mit unseren dänischen Freunden gemeinsam nach europäischen Antworten zu suchen bei den großen Fragen der Energiewende, der demografischen Veränderung, der Lage der Staatshaushalte, das haben wir uns vorgenommen. Eine Kultur des Lernens, des Aufeinanderhörens, das nicht in jedem Fall immer die eigene Lösung suchen müssen, sondern sagen: Was macht ihr eigentlich? Wie habt ihr das in Kopenhagen gemacht? Wie habt ihr euch in Sønderjylland aufgestellt? Wie sehen eure Verwaltungen aus? Warum sind die anders als bei uns? Warum seid ihr schneller als wir? Warum klappt eure Beteiligung besser? Das ist für uns wichtig. Das soll

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

nicht nur Attitüde sein. Wir suchen diesen Dialog, und wir sind neugierig auf das, was wir hören.

Wenn wir über unsere Rolle in Europa reden, wenn wir über unsere Nachbarschaft reden, dann ist es auch nicht nur eine kulturelle Randnotiz, ein Nice-to-have, sondern wir wollen, dass in unserem Land dänisch und friesisch gesprochen wird. Es ist nicht nur ein Punkt in Kulturhaushalten oder in Bildungshaushalten, um den man in Koalitionsverträgen ringt.

Wir möchten - und auch ich möchte es -, dass sich die jungen Menschen in unserem Land hier in der Besonderheit Schleswig-Holsteins verorten, dass sie hier ihre Wurzeln auswerfen und dass sie dabei erkennen, dass dieses Land eines ist, das vielschichtiger als andere in Deutschland ist, das selber Wurzeln geworfen hat, die weiter nach Europa gehen. Deswegen werden wir so etwas fördern, nicht, weil wir glauben, es ist eine nette Geste, sondern weil es uns europäischer macht.

All die, die es noch nicht gesehen haben, die glauben, dass man solche Bündnisse kritisieren muss, die glauben, dass es unterschiedliche Qualitäten von Beteiligung gibt, rufe ich auf, mit uns darüber nachzudenken, ob sie auf dem richtigen Weg sind, mit uns darüber nachzudenken, ob es nicht für das gesamte Haus, für die gesamte politische Klasse in Schleswig-Holstein an der Zeit ist zu sagen, ja, genau zu diesem modernen Verständnis bekennen wir uns. Das kann und darf kein Streit zwischen den Parteien sein. Wir wollen Zusammenarbeit. Wir wollen Partnerschaft. Wir wollen die Hand reichen. Das wollen wir im Norden Europas. Das wollen wir zwischen den Regionen unseres Landes, zwischen jeder einzelnen Frau und jedem einzelnen Mann.

Meine Regierung wird alles dafür tun, unser Land sozial und regional zusammenzuhalten. Es hilft uns nicht, Städte gegen den ländlichen Raum zu stellen. Es hilft uns nicht, die deutsch-dänische Region gegen die Metropolregion in Stellung zu bringen. Es hilft uns nicht, die Vorteile Ostholsteins gegen die Nordfrieslands abzuwägen, auf die Waage zu legen und sich gegeneinander in Position zu bringen. Nur wenn wir uns als ein Land begreifen, das Teil einer über unser Land hinausgehenden europäischen Region ist, werden wir die einmaligen geowirtschaftlichen Vorteile Schleswig-Holsteins auch nutzen können. Das ist unsere gemeinsame Verantwortung.

Wer von außen auf unser Land schaut, wird nicht auf die Idee kommen, dass es ein Land ist, das nicht wirtschaftlich prosperiert. Wer von außen auf dieses Land schaut und sieht, dort ist eine Metropolre-

gion in Hamburg, da ist eine Metropolregion in Kopenhagen, da ist ein baltischer Raum mit Wachstumskräften, die die Europäische Kommission für die größten Europas hält, wird sagen, es ist die ideale Lage, um sich wirtschaftlich und gesellschaftlich erfolgreich aufzustellen. Wer von außen auf uns schaut, wird sehen, dass sie die Lernmöglichkeiten in Europa direkt vor der Tür haben. Sie müssen es nur tun. Sie müssen es nur nutzen. Wir wollen und wir werden das. Dazu gehört eine politische Kultur, die wir ändern wollen, auf die wir Wert legen und die auf Dialog, Transparenz und Teilhabe aufbaut.

Die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl, die für uns alle eine schmerzhaft niedrige war, die auf ein historisches Tief von nur noch 60 % gesunken ist, macht deutlich, dass es höchste Zeit ist, über politische Kultur in unserem Land nachzudenken. 60 % sind ein Sorge machendes Ergebnis. Das wieder zu ändern ist Verpflichtung von Parlament und Regierung. Mit Sorge sehe ich, dass viele der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land den Eindruck haben, dass von denen da oben in der Politik für ihre Lebenssituation dort unten nicht viel zu erwarten sei. Sie sehen, dass Milliarden für die Rettung von Banken sehr schnell organisierbar sind, aber die 6.000 € für die Sanierung des stinkenden Klos in der Schule der Kinder nicht da sein sollen, dass die uns fehlen und wir sie in Sparprogrammen - in kommunalen wie in anderen - offensichtlich nicht finden. Sie erleben Staat als einen, der in ihrem Leben keine Antworten mehr geben will, nicht mehr geben kann. Warum also sollten sie wählen gehen?

Wir sind es, die den Menschen in unserem Land Antwort geben müssen, die diese Widersprüche erklären müssen, die natürlich da sind und die wir nicht wegreden können, die wir daher deutlich machen müssen. Wir müssen deutlich machen, dass wir Grenzen haben, die aber nicht Zeichen unserer Handlungsunfähigkeit, sondern der Komplexität der vor uns stehenden Probleme sind. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürgern wieder davon überzeugen: Deine Meinung interessiert uns, deine Stimme kann etwas bewegen, du bist Mitgestalter und Mitentscheiderin, du bist Subjekt von Politik und nicht nur Objekt unseres Tuns. Mach mit, sei an der Seite von Politik, und wir werden Schritt für Schritt dieses Land voranbringen. - Aber wir müssen auch genauso klar sagen, wenn wir über Beteiligung reden: Du kannst nicht erwarten, dass du mit deiner Meinung eins zu eins durchkommst. Denn zur Demokratie gehört auch, dass das Interesse dort an eine Grenze stößt, wo ein anderes berechtigtes Interesse formuliert wird.

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

Ja, ich bin für Beteiligung - zutiefst -, eine Beteiligung, die das Gelingen will und nicht nur in das Scheitern verliert ist, eine Beteiligung, die ihre Verantwortung kennt und die nicht in die Verantwortungslosigkeit flüchten will, eine Beteiligung, die die Entscheidung vorbereitet und nicht sie unmöglich machen will.

Meine Regierung wird Entscheidungen treffen, Entscheidungen, die gut, fair und transparent vorbereitet werden, Entscheidungen, die wir erklären und die wir verantworten, für die aber nicht gelten wird, dass jeder sie akzeptiert haben muss, bevor wir sie treffen. Der Weg hin zur Entscheidung muss akzeptiert sein, der Weg hin zur Entscheidung muss Basis unseres gemeinsamen Handelns sein. Das ist die Bedeutung von guter Bürgerbeteiligung.

Wir werden die repräsentative Demokratie in den nächsten fünf Jahren gemeinsam weiterentwickeln. Unser Nordbündnis hat sich das vorgenommen.

(Beifall Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

- Dass Sie da mitmachen, freut mich sehr.

Meine Landesregierung wird Schleswig-Holstein zum deutschlandweiten Vorbild für eine aktive Informationsfreiheit machen. Jeder soll sich einbringen und frei äußern können, niemand soll unter Generalverdacht stehen. Auch deshalb lehnen wir eine Vorratsdatenspeicherung für unser Land ab.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN, SSW und vereinzelt CDU)

Unser Grundsatz lautet, dass der Zugang zu Informationen zur Regel und seine Verweigerung zur Ausnahme werden muss. Künftig wird auch die Regierungskommunikation genau diesen Grundsatz widerspiegeln. Wir werden die Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzen, unser Handeln Schritt für Schritt nachzuvollziehen und sich an geplanten Entscheidungen ihres Landes, ihres Staates, als Bürger auf Augenhöhe zu beteiligen. Wir werden Bürgerbegehren erleichtern und auch die gesetzlichen Hürden für Volksinitiativen auf Landesebene senken. Wir werden auch das Wahlalter bei Landtagswahlen von heute 18 auf künftig 16 Jahre senken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Wer junge Menschen für die Demokratie, für Teilhabe begeistern will, der sollte ihnen nicht das Wahlrecht verwehren. Wir stellen fest, wenn wir mit 16-Jährigen zusammenkommen, die in unseren

Schulen sind, und hier über das Leben dieser jungen Menschen reden, dass sie sehr kundig und sehr mündig sind. Sie wissen genau, was hier passiert. Wir sollten nicht den Fehler machen zu sagen: Wenn wir das Wahlalter senken, wählen die uns vielleicht gar nicht. - Das sage ich gerade in Richtung Volkspartei.

Nein, unsere Aufgabe muss sein, sie dafür zu begeistern, weil sie ernst genommen werden, dass sie mitwirken können, dass sie deswegen zu Wahlen gehen und dann auch für das breite Rund des Hohen Hauses ihre Stimmen abgeben. Die jungen Menschen sind längst so weit. Viele meiner besten Gespräche als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt habe ich mit sehr kundigen jungen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes geführt. Was in Kommunen funktioniert, wird für unser Land auch funktionieren.

Das sind Botschaften der Veränderung des Stils und des Umgangs, der Transparenz und des Dialogs, die wir senden, die uns von großer Bedeutung sind. Deswegen stehen sie auch am Anfang dieser Worte.

Lassen Sie mich nun auf fünf zentrale politische Ziele der Koalition und in meiner Regierung eingehen.

Das sind an erster Stelle die Fragen, wie es mit Bildung und Wissenschaft weitergeht, wie wir uns zur Kultur aufstellen. Ich rede mit Ihnen zweitens über Wirtschaft und Arbeit für Schleswig-Holstein. Wie stärken wir unser Land, wie setzen wir Kräfte frei, die in Schleswig-Holstein sind, aber noch schlummern?

Drittens. Wie machen wir das mit der Energiewende?

Viertens. Wie geht es mit sozialer und innerer Sicherheit in Schleswig-Holstein weiter?

Fünftens. Wie konsolidiert man Haushalte aller öffentlichen Ebenen so, dass sie alle vorankommen?

Neue Horizonte wollen und werden wir auch in der Bildungspolitik setzen. Gerade hier soll sich unser Politikverständnis beweisen. Das Bildungsministerium und die Bildungsministerin sind dabei von zentraler Bedeutung. Wir wollen, dass dieses Schlüsselressort meines Kabinetts sich noch stärker als Dienstleister, als Förderer, als Partner an der Seite unserer Schulen und Hochschulen sieht, dass es sich täglich von der Leitfrage leiten lässt: Was hilft eigentlich guter Schule und guter Hochschule? Nicht: Was macht ihr den Weg schwer, was für Bürokratie kann ich mir ausdenken?

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

Der Grundsatz soll sein, dass alles, was besser vor Ort geregelt wird, auch vor Ort geregelt werden soll. Wir vertrauen unseren Schulen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW)

Wir vertrauen unseren Hochschulen, und wir sind bereit, ihnen mehr Verantwortung zu geben. Ich setze auch hier auf Dialog, Transparenz und Teilhabe, gemeinsam mit Schülern, Lehrern und Eltern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, wir stehen gemeinsam vor der großen Herausforderung, die Anschlüsse zwischen den Bildungsabschnitten nicht zu Sackbahnhöfen werden zu lassen: von Krippe zu Kita, von Kita zu Grundschule, der Weg hin zum bestmöglichen Schulabschluss, der Übergang in Berufsausbildung oder Studium. Wie fördern wir die Potenziale unserer jungen Menschen in unserem Land?

Wenn wir auf die Realität Schleswig-Holsteins schauen, sehen wir, dass wir hier nicht so gut sind, wie wir sein könnten. Wir sehen, dass wir uns an den Stellen, an denen wir verhindern können, dass aus jungen Menschen Verliererinnen und Verlierer werden, heute nicht ausreichend Mühe geben, dass wir nicht da sind, wo junge Menschen gefördert werden müssen, dass wir nicht da sind, wo sich die Wege gabeln, ob ich nach oben oder nach unten fahre, dass wir nicht da sind, wo wir zwar sonntags über Krippe reden, über Beteiligung, über Sprachkompetenz, aber montags vergessen haben, dass man dafür auch eine Krippe braucht, dass man dafür Erzieherinnen und Erzieher braucht, die ausgebildet sein müssen, dass wir so schrecklich inkonsequent in dem sind, was wir tun.

Der Erfolg unseres Landes beginnt in den ersten Jahren unserer Kinder. Wenn wir den Jüngsten keine Chancengleichheit geben, wenn wir ihren Eltern die Möglichkeit nicht geben können, Familie und Beruf vernünftig zu vereinbaren und deshalb Kinder nicht in Krippen und nicht in Kitas sind, wird dieses Experiment, das wir machen, Kosten aufrufen, es wird ein teures Experiment sein. Wir werden sehen, dass unsere Kinder dann nicht ihre Potenziale ausschöpfen können.

Meine Damen und Herren, das ist der zentrale Grund dafür, dass meine Regierung auf die Kommunen in diesem Land zugeht und sagt: Wir können es nicht akzeptieren, dass ihr nicht in der Lage seid, einen Rechtsanspruch, den diese Gesellschaft

versprochen hat, zu erfüllen. Wir können es nicht akzeptieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Es ist nicht zuvorderst eine Debatte des aktuellen Haushalts, ob wir Krippenplätze schaffen. Es ist eine Debatte der Haushalte der Zukunft, ob es uns gelungen ist, Krippenplätze ins Werk zu setzen. Es ist eine Debatte der Haushalte künftiger Generationen, ob wir versagt haben vor dieser Idee unserer Gesellschaft, die wir alle für richtig halten, bei der wir uns aber scheuen, den Schritt zu gehen und sie auch umzusetzen. Kommunen alleinzulassen auf diesem Weg, sich aus der Verantwortung zu stehlen, ist ein Versagen.

Dieses Versagen will meine Regierung nicht akzeptieren. Deswegen gehen wir an die Kommunen heran und nehmen das auf, was uns das Landesverfassungsgericht ins Stammbuch geschrieben hat, im Dialog mit den Kommunen eine Lösung zu erarbeiten. Wir werden vorschlagen, dass wir uns in einem ersten Schritt der Entlastung der kommunalen Welt an den Betriebskosten der Betreuung der unter dreijährigen jungen Menschen in unserem Land beteiligen werden. Wir werden das leider nur in kleinen Schritten tun können. Das werden wir von 2013 bis 2017 in 15-Millionen-Euro-Schritten aufbauend machen. Wir werden jede haushalterische Anstrengung leisten, um das abzubilden; denn wenn wir hier versagen, wird eine andere Finanzministerin, ein anderer Finanzminister in späteren Jahren fragen: Warum haben die das nicht getan? Warum muss ich jetzt in meinem Haushalt die Folgen tragen?

Es gibt kein starkes Land mit schwachen Kommunen, und es gibt keine starken Kommunen mit einem schwachen Land, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Abgeordneter Uli König [PIRATEN])

Meine Regierung weiß das. Sie weiß es nicht nur deswegen, weil in ihr eine Bürgermeisterin und zwei Bürgermeister vertreten sind. Wir wissen es, weil wir aus diesem Leben kommen. Auch wissen wir, dass es nicht ausreicht, abstrakt über unser Land zu reden, sondern wir müssen konkret beschreiben, wie Schleswig-Holstein besser wird, meine Damen und Herren.

(Beifall Abgeordnete Christopher Vogt [FDP] und Oliver Kumbartzky [FDP])



**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

Dazu gehört auch, dass wir uns gegen Überlegungen des Bundes wenden, Kommunen wieder zu schwächen, indem ein Betreuungsgeld eingeführt wird, das kein Mensch braucht und das ganz offensichtlich Familien von guter Bildung fernhalten wird und fernhalten soll. Das lehnen wir ab.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und PIRATEN)

Dies beschädigt die Kraft unseres Landes, gerade das zu tun, was wir alle für richtig gehalten haben, nämlich Krippen und Kitas auszubauen. Dieser Plan ist falsch. Wenn man ihn nur aus Gründen politischer Macht umsetzt, zeigt dies, dass man nicht verstanden hat, was unser Land braucht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und PIRATEN)

Meine Regierung weiß, dass es auch richtig wäre, jetzt sofort eine Antwort auf die Frage zu geben: Wie sieht es eigentlich mit Kita-Gebühren aus? Die richtige Antwort wäre jetzt: In einer Gesellschaft, die alle Potenziale nutzen will und wird, sind Kita-Gebühren kein richtiger Schritt. Meine Regierung sagt ehrlich: Dies geht noch nicht. Das werden wir uns erarbeiten müssen. Es ist schmerzhaft, weil es ein Teilversagen unserer Gesellschaft beschreibt. Das ist ein Teilversagen, für das wir alle Mitverantwortung tragen.

Diese Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, das zu schaffen. Wir sind davon überzeugt, dass wir die Kraft dafür haben. Der Weg dahin wird aber ein steiniger sein, und wir werden noch viele Steine beiseite legen. Wir werden auch Steine beiseite legen, wenn wir uns den Veränderungen an unseren Schulen zuwenden. Wir wollen den Schulfrieden, meine Damen und Herren. Der Schulfrieden darf aber nicht als Friedhofsruhe missverstanden werden. Wir brauchen konstruktive Debatten mit unseren Schulen, und wir brauchen einen breiten Konsens, um den Schulen in den nächsten Jahrzehnten Planungssicherheit zu geben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW)

Ich fordere Sie alle auf - auch die Opposition -, die ausgestreckte Hand zu diesem Konsens, zu diesem Dialog anzunehmen und mit uns in einer „Bildungskonferenz Schule“ zusammenzuarbeiten, die wir nach den Sommerferien einberufen werden. Wir werden mit klaren Vorschlägen in diese Bildungskonferenz gehen. Sie kennen diese Vorschläge. Wir stehen zu dem Zwei-Wege-Konzept von Gemeinschaftsschule und Gymnasium. Wir wollen,

dass das gemeinsame Lernen an Gemeinschaftsschulen wieder bindend sein wird. Wir wollen, dass Gymnasien künftig generell in acht Jahren zum Abitur führen, Gemeinschaftsschulen in neun Jahren. Die genehmigten neuen Gymnasien werden in unserem Land Bestandsschutz haben, aber es wird keine neuen Gymnasien geben. Die Y-Gymnasien werden sich entscheiden, welchen Weg sie gehen wollen. Das ist klug und sinnvoll für die Schulträger und die Familien.

Die neuen Gemeinschaftsschulen sollen Oberstufen erhalten, wenn die Schulträger und die Schulkonferenz dies beantragen und wenn die Schulentwicklungsplanung dies hergibt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und PIRATEN)

Wir reichen den Regionalschulen die Hand, sich zu Gemeinschaftsschulen weiterzuentwickeln.

(Lachen CDU und FDP)

- Ich höre an vielen Orten unverständiges Lachen. Es wundert einen, dieses Lachen zu hören, denn offensichtlich sind diejenigen, die da lachen, lange nicht mehr dort gewesen, wo Gemeinschaftsschulen im Wettbewerb mit Regionalschulen stehen und die Eltern ihre Kinder zu Gemeinschaftsschulen anmelden, weil sie fragen: Warum soll mein Kind auf einer Schule sein, bei der im Alter von zehn Jahren entschieden wird, dass der Schulweg ein bisschen früher endet als beim Nachbarkind? Warum soll mein Kind dort hingehen? Das ist keine Frage der Qualität des Gebäudes und keine Frage der Qualität der Menschen, die dort Unterricht geben, sondern eine Frage der Begrenzung dieses Bildungswegs zu einem Zeitpunkt, an dem wir doch beim besten Willen nicht sagen können, ob das zehnjährige Kind, das vor uns steht, ein Potenzial hat, nur bis zur Hauptschule oder nur bis zur Realschule zu gehen. Woher wissen wir das? Wer gibt uns die Berechtigung, das zu entscheiden? Warum öffnen wir die Wege nicht so, dass wir sagen: Unser Ziel ist es, unsere Kinder dort hinzuführen, wo ihre Potenziale sind? Wir wollen sie dann heben, wenn wir sie entdecken. Wir sind nicht so zu vermessen zu sagen, dass wir das wüssten, wenn ein Kind zehn Jahre alt ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und PIRATEN)

Meine Damen und Herren, dies ist kein Angriff auf die Regionalschulen. Nein, es ist das ganze Gegenteil. Wer sich an den Begriff klammert und glaubt, dass es das erkämpfte Gut einer Schullandschaft ist,

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

Kinder unterhalb ihrer Potenziale zu halten, mit dem reden wir gern in Bildungskonferenzen. Der muss aber lange, lange nachdenken, um bessere Argumente zu haben als die, die meine Regierung bringen wird.

Zum Schulfrieden soll auch beitragen, meine Damen und Herren, dass wir die bislang geplanten Kürzungen der Lehrerstellen so nicht stehen lassen werden. Aufgrund des Schülerrückgangs werden rechnerisch - nach dem, was wir heute wissen - bis 2017 rund 2400 Lehrerinnen- und Lehrerstellen frei. Die eine Hälfte der daraus freigesetzten Mittel werden wir zur Verbesserung von Bildungsqualität einsetzen, die andere zur Haushaltskonsolidierung. Gute Politik nutzt zwei Leitplanken, um ihren Weg abzusichern: Sie macht das Land besser sowie die Menschen und die Haushalte stärker.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Wenn man eine Leitplanke herausnimmt, kommt der Wagen vom Kurs ab.

Die 300 Stellen, die 2012 gestrichen wurden, werden deshalb schnellstmöglich an die Schulen zurückgegeben. Gute Schulen brauchen gute Lehrerinnen und Lehrer. Sie brauchen Menschen. Nicht leere Vertretungstöpfe brauchen sie, sondern echte Lehrerinnen und Lehrer. Gute Schulen brauchen auch Zeit. Gemeinsames Lernen kann nicht funktionieren, wenn wir gleichzeitig sagen, dass Differenzierungsstunden nicht gegeben werden. Deswegen werden in einem ersten Schritt zwei der drei gekürzten Differenzierungsstunden zurückgegeben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lernen verlangt Ressourcen. Es verlangt Räume auch für die Menschen, die die verantwortungsvolle Tätigkeit auf sich genommen haben, sich um unsere Kinder zu kümmern. Glauben Sie mir, es ist ein teures Experiment zu testen, was gemeinsames Lernen bedeutet, wenn keine zusätzlichen zeitlichen Räume gegeben werden. Das zahlen die jungen Menschen, das zahlen die Lehrerinnen und Lehrer, und am Ende zahlt es unsere Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, im Zuge einer globalisierten Welt werden Wissen und Bildung immer wichtiger. Das wissen Sie so gut wie ich. Wir verlangen von unseren Bürgerinnen und Bürgern jeden Tag mehr, eine Erweiterung auch ihrer Horizonte. Längst leben wir in einer Wissensgesellschaft, und der Strukturwandel hin zur Wissenswirtschaft läuft auch bei uns.

Ich möchte, dass Schleswig-Holstein im internationalen Maßstab wettbewerbsfähig bleibt. Wir stehen in Konkurrenz um Topwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, Studierende, Drittmittel und sehr knappe Mittel aus den Haushalten von Bund und Europäischer Union. Dazu leistet auch die Exzellenzinitiative einen wesentlichen Beitrag. In dieser Woche, am Freitag, wird es dort in der nächsten Runde abschließende Entscheidungen geben.

Ich bin stolz, dass unsere Hochschulen aus Lübeck und Kiel im Rennen sind. Wir werden sie nach Kräften unterstützen. Die Bildungsministerin, die Wissenschaftsministerin, wird dabei sein und wird mit dazu beitragen, dass wir erfolgreich aus diesem Rennen hervorgehen. Wir schauen mit Spannung am Freitag nach Bonn und drücken alle die Damen, dass es klappt, dass unsere Hochschulen erfolgreich nach Hause kommen.

Wir sagen hier ganz deutlich, dass das, was wir im Augenblick an Landesförderung bereitgestellt haben, als Basisförderung auch für die Exzellenzcluster bereitstehen wird - egal, wie ihr zurückkommt -, weil wir euch stark haben wollen und euch stark brauchen. Ihr könnt auf euer Land setzen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Wir brauchen unsere Hochschulen als Impulsgeber, als Kreativzentren für innovative Produkte, Verfahren und Methoden. Sie sind die Basis für den derzeitigen und - wichtiger noch - auch für den künftigen Wohlstand unseres Landes. Wir müssen so viel besser, innovativer und kreativer sein, als wir im internationalen Standortwettbewerb, vor allem bei den Arbeitskosten, teurer sind. Und Schleswig-Holstein braucht seine Universitäten auch, um den Bedarf an gut qualifizierten Arbeitskräften zu decken, insbesondere in den sogenannten MINT-Fächern.

Weil wir dieses positive Bild von Bildung und Wissenschaft haben, wird es mit meiner Regierung keine Schließung von Hochschulen geben. Das macht Haushalte nicht stärker, das macht unser Land nur dümmer und ärmer. Meine Damen und Herren, damit muss Schluss sein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Es ist uns bewusst, dass wir die Unterfinanzierung unserer Hochschulen nur schrittweise beseitigen können. Das, was Hochschulen von uns erwarten, dass sie nämlich gern einen Hochschulpakt hätten, können auch wir nicht sofort leisten. Aber wir wer-

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

den schrittweise diese Unterfinanzierung abarbeiten. Wir werden schrittweise das, was wir, wenn wir mit unseren Haushalten erfolgreich sein werden, am Ende des Jahres haben, an die Hochschulen geben, weil wir wissen, dort wird die Zukunft unseres Landes begründet. Wir wissen, dass Tarifsteigerungen und De-facto-Kürzungen durch Inflation nicht von unseren Hochschulen getragen werden können. Wir werden das ausgleichen, wir werden damit Planungssicherheit an unseren Hochschulen schaffen. An allen Entscheidungen, die unsere Hochschulen betreffen, werden wir sie teilhaben lassen. Noch einmal: Da, wo sie das selber besser können, sollen sie das auch machen.

Ein Punkt, der mir von Herzen wichtig ist, der heute hier auch ganz deutlich ausgesprochen werden muss, ist: In dieser Legislatur, in allen Legislaturen, an denen Sozialdemokraten beteiligt sind, wird es keine Studiengebühren in unserem Land geben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Alles, was wir jetzt leisten, um die Bildung unserer Kinder voranzubringen, müssen wir nicht später zweifach und dreifach als Reparaturkosten für nicht erfolgreiche Lebensläufe zurückzahlen. Wir sind zu arm, als dass wir an den Kindern unseres Landes sparen könnten.

Meine Damen und Herren, Herr Präsident, ebenso wie Bildung und Wissenschaft gehört die Kultur zu den Grundlagen unserer Gesellschaft. Bühnen, Galerien, Bibliotheken, Konzertsäle - all das sind Orte, die uns Gelegenheiten schenken, stärker zu werden als Gesellschaft. Schauspieler, Malerinnen, Autoren und Musikerinnen sind Menschen, denen wir gesellschaftlich nicht damit gerecht werden, wenn wir sie zentral nur als Teil eines Kultureinzelplans im Haushalt betrachten. Sie helfen uns, uns als Gesellschaft zu finden. Sie geben Impulse für die Weiterentwicklung. Was passiert eigentlich, nachdem wir sie alle eingespart haben? Werden wir dann als Gesellschaft erfolgreicher sein? Werden wir die Ideen entwickeln, die eine moderne europäische Gesellschaft braucht?

Die Kulturszene hat in den letzten Jahren massive Sparbeiträge geleistet, im kommunalen Bereich - ich weiß, wovon ich rede - ebenso wie auf Landesebene. Wir sehen keine Möglichkeiten für weitere Einsparungen im kulturellen Bereich. Im Gegenteil! Wir müssen die kulturpolitische Debatte im Land wieder mit Leben erfüllen. Das muss im Dialog mit den Künstlerinnen und Künstlern, den Kulturschaffenden selber, im Dialog mit den Kommunen pas-

sieren. Wir wollen mit ihnen Leitlinien zur Kulturpolitik des Landes entwickeln.

Ich möchte die Künstlerinnen und Künstler im Land herzlich einladen: Beteiligen Sie sich an unserem Projekt. Lassen Sie uns teilhaben an Ihren Ideen für unsere Zeit. Lassen Sie uns neue Orte und neue Ebenen des Diskurses finden. Lassen Sie uns streiten, und lassen Sie uns gemeinsam arbeiten. Meine Regierung ist neugierig auf Sie, und ich bin neugierig auf Sie. Natürlich kann ich Ihnen keine sprudelnden Finanztöpfe versprechen, aber eine überquellende Begeisterung für das, was Sie für unser Land leisten. Das versprechen wir Ihnen überall da, wo Regierung auf Sie trifft. Lassen Sie uns gemeinsam unser Land auch wieder zu einem Kulturland machen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unser Land ist stark, weil es starke Unternehmen hat, Dienstleistungs- und Handwerksbetriebe, mittelständische Unternehmen und solche der Industrie. Sie sind es, die für Ausbildung und Arbeit sorgen. Sie sind es, die das erarbeiten, was wir brauchen, um ein gerechtes auch soziales Netz zu knüpfen. Unternehmerisches selbstständiges Handeln hat für mich einen hohen, zentralen gesellschaftlichen Wert. Egal, ob es der Bäckermeister Lemmermann in Silberstedt ist, die Firmen Eschweiler, die uns großartige Instrumente zur Blutgasanalyse liefert, oder IBAK, die weltführende Kanalkameras in Kiel herstellen, Pelz, die Hygieneartikel in Wahlstedt herstellen; oder M. Jürgensen, die einzigartigen Druckguss in Sörup produzieren. Ebenso gibt es die Firma Fischer & Tausche, die sich gegen asiatische Wettbewerber im Kondensatorenmarkt behauptet, oder die Druckerei Evers in Meldorf, die eine der größten und stärksten Druckereien nicht nur in Schleswig-Holstein ist. Genauso gehören dazu Bayer in Brunsbüttel oder Dräger in Lübeck.

Diese Namen stehen nur stellvertretend für all die fleißigen Frauen und Männer, die an unserem Land arbeiten, nicht nur in ihm. Sie arbeiten vertrauensvoll mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dafür, die Grundlage für den Wohlstand zu legen, der unsere Gesellschaft finanziert. Überall treffen wir diese Unternehmerinnen und Unternehmer im besten Sinne, Menschen, die Ideen haben, die etwas wagen, die begeistert sind von unserem Land, die begeistert von dem sind, was sie tun. Diese Unternehmungen brauchen keinen Staat, der sie drangsaliert, sie mit Bürokratie überzieht oder mit Subventionen ködert. Vor allem brauchen sie gute Mitar-

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

beiterinnen und Mitarbeiter. Sie brauchen Unterstützung gegen Wettbewerb, der mit Dumpinglöhnen arbeitet, sie brauchen schnelle und verlässliche Genehmigungsverfahren, und sie brauchen Infrastruktur, die nicht nur auf dem Zettel behauptet wird, sondern auch kommt.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

- Sie brauchen Infrastruktur, die nicht nur behauptet wird, sondern auch kommt.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Abgeordneter Uli König [PIRATEN])

Sie muss verlässlich und planbar kommen. Meine Regierung wird an der Seite dieser Unternehmerinnen und Unternehmer stehen, ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ihrer Betriebsräte. Es ist uns Verpflichtung, ihnen die Möglichkeiten zu schaffen, um in unserem Land Erfolg zu haben.

Zu diesen eindrucksvollen Unternehmerinnen und Unternehmern in unserem Land gehören natürlich auch die Frauen und Männer, die auf ihren Höfen sicherstellen, dass wir hochwertige Lebensmittel erhalten. Das Wort Lebensmittel ist uns in seinem Wortsinn Verpflichtung. Wir wollen nachhaltig, qualitativ und gesund produzierte Nahrung in Schleswig-Holstein. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dies zu fairen Preisen geschieht, dass die Landwirte auch davon leben können, dass sie Produktionsarten haben, die auch unserer Verpflichtung gegenüber der Natur gerecht werden.

Wir haben starke und verantwortungsbewusste Landwirtinnen und Landwirte, die in konventioneller Weise wirtschaften. Sie werden uns gerade im schwierigen wirtschaftspolitischen Dialog in Europa an ihrer Seite haben. Wir haben aber auch sehr erfolgreiche Biohöfe, die in einem harten Wettbewerb bundesweit stehen und die Arbeit schaffen. Wir wollen nicht, dass der wachsende Markt der Ökolebensmittel bei uns mit Importware gedeckt werden muss.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Wir werden unsere Biohöfe so lange stützen und die Beibehaltungshilfe wieder zahlen, wie es existenzgefährdende Wettbewerbsverzerrungen in Deutschland gibt. Alle die, die über Arbeitsplätze reden, haben wir dabei sicherlich an unserer Seite.

Meine Damen und Herren, gute Wirtschaftspolitik muss darauf abzielen, unser Land attraktiv zu machen für international immer mobilere Unterneh-

men und Arbeitskräfte. Schleswig-Holstein braucht zielgerichtete Investitionen in Bildung, Forschung und moderne Infrastruktur.

Moderne Infrastruktur ist auch, aber nicht nur Asphalt und Beton. Wissen, Einfallsreichtum und Kreativität sind die wichtigsten Ressourcen unseres Landes. Wenn es uns nicht bald gelingt, die Datenautobahn mit Hochgeschwindigkeitsnetz nach Schleswig-Holstein zu legen, dann können wir so viele Straßen bauen, wie wir wollen - sie werden nur zur Durchfahrt genutzt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Der Wirtschaftsminister wird das Thema Glasfasernetz Schleswig-Holstein zur Chefsache machen, weil wir wissen, dass sich hier Arbeit und Zukunft entscheiden.

Nach Vorlage des Koalitionsvertrages - Ihre Einwürfe zeigen, dass auch Sie das wahrgenommen haben - gab es einige kritische Stimmen, die sich vor allem an der Verkehrspolitik festmachten.

Ich sage all denen, die sich damit ernsthaft beschäftigen wollen: Schauen Sie sich genau an, was wir vorhaben, und lassen Sie sich nicht in Phantomdebatten locken. Sie werden feststellen, dass die Grundzüge der Wirtschaftspolitik weitgehend konstant bleiben, aber viel mehr Realismus und Pragmatismus einziehen -

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

genau das, was Sie von uns immer verlangen.

Zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit Steuergeldern - den Sie allesamt von uns immer fordern - gehören gerade in einem Konsolidierungsland wie Schleswig-Holstein ein Kassensturz und ein realistischer Umgang mit den Fakten.

Schauen wir einmal auf die A 20, weil sie ein scheinbar so leicht verständliches Beispiel ist. Die A 20 ist in den letzten Jahren hinter allen vollmundigen Ankündigungen von Papierpolitik zurückgeblieben - hinter allen!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist nicht Ausdruck guter Politik, wenn ich auf Papier schreibe, in 18 Monaten ist die Planung zu Ende, und sie braucht dann sechseinhalb Jahre. Es ist nicht Ausdruck guter Politik, Papier für Projekte zu füllen, für die es kein Geld gibt, und auch zu wissen, dass es kein Geld gibt. Angesichts des hoff-

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

nungslosen unterfinanzierten Bundesverkehrsweegeplans und der Tatsache, dass Schleswig-Holstein den Bau der A 20 größtenteils aus seiner Länderquote von knapp 3 % stemmen muss, kann das ernsthaft auch niemanden überraschen.

Das Neue ist: Wir sagen das jetzt. Wir schreiben das in einen Koalitionsvertrag. Wir beenden diese politische Lebenslüge, die andere vor sich hergetragen haben.

(Lachen FDP)

Wir stellen uns nüchtern und sachlich den Fakten. Wir werden auf dieser Basis Infrastruktur tatsächlich schaffen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist unglaublich!)

Diese Landesregierung wird die Planfeststellungsverfahren im Zuge der A 20 zügig zu Ende bringen. Sie werden eine Bestandskraft von bis zu fünfzehn Jahren haben.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie gehen hart mit der Regierung Simonis ins Gericht!)

Wir werden in dieser Legislaturperiode das schaffen, was geschafft werden kann, nämlich den Anschluss an die A 7. Wenn wir das geschafft haben, werden wir uns in der nächsten Legislaturperiode auf den Weg machen, diese Autobahn breiter voranzubringen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es gibt doch kein Geld, haben Sie gerade gesagt! - Christopher Vogt [FDP]: Wissen die Grünen das schon?)

Es wird uns nicht reichen, mit den Kammern schriftlich auszutauschen und zu bejammern, dass unser Papier nicht so aussieht wie das Papier derjenigen, die wir gerade abgelöst haben. Wir werden Straßen bauen; wir werden nicht nur behaupten, sie zu bauen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was für eine Kritik an Simonis!)

Wir werden mit dem Bund darüber ringen, dass er sich ehrlich macht und wir nicht nur zufällig aus der Zeitung erfahren, dass auch das Bundesverkehrsministerium scheinbar nicht einen Hauch einer Ahnung hat,

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Allerdings!)

wie wohl eine Elbquerung finanziert werden könnte, wie das wohl gehen könnte.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich habe nicht den Eindruck, dass wir im Bundesverkehrsministerium bereits allzu viele Mitglieder meines Kabinetts finden. Aber die Kritik an den Plänen, die Zweifel, die dort insbesondere bezüglich der Zeitpläne gehegt werden, machen deutlich, dass das, was wir im Koalitionsvertrag geschrieben haben und was Leitlinie für mein Kabinett sein wird, dort auch so gesehen wird. Das macht uns ganz zuversichtlich, dass wir dort Gespräche führen werden, die von mehr Realismus geprägt sind als in der Vergangenheit.

Meine Damen und Herren, der Wirtschaftsminister und ich werden noch im Juni die Industrie- und Handelskammern und Verbände zu einem Gespräch einladen und erläutern, was wirklich geplant ist. Wir werden damit zur Versachlichung der Diskussion beitragen. Wir wollen und werden partnerschaftlich mit Ihnen und all jenen, die mit uns wirklich reden wollen und sich nicht nur in Pressemitteilungen erschöpfen, das Gespräch suchen und zusammenarbeiten. Ich rufe Ihnen von dieser Stelle aus zu: Wir wollen Ihren Erfolg. Er ist Voraussetzung für unseren Erfolg.

Wir werden den Kammern in diesem Gespräch auch vorschlagen, gemeinsam einen Integrierten Westküstenplan zu entwickeln. Damit werden wir auf die Sorge reagieren, die Westküste könnte von der allgemeinen Entwicklung des Landes abgehängt werden.

(Zuruf Abgeordneter Hans-Jörn Arp [CDU])

Diese Sorgen nehme ich ernst, aber ich teile sie nicht.

Denn: Wo anders als an der Westküste sollten sich zum Beispiel die erneuerbaren Energien mit all den damit verbundenen wirtschaftlichen neuen Chancen entwickeln? Die Energiewende weitet den Horizont für neue Wertschöpfung, neues Wachstum und neue Arbeitsplätze.

Ich habe aus den Debatten der letzten Monate noch gut im Ohr, dass es Menschen gibt, die irritiert sind, wenn man sagt: Ich glaube daran, dass dieses Land das sein kann, was das Ruhrgebiet zu anderen Zeiten für eine Industrienation war; ich glaube daran, dass hier, wo die Energie des nächsten Jahrhunderts erzeugt wird, die Unternehmen herkommen können - nicht nur die, die wir schon haben -, die Energie brauchen. Das war der Grund, aus dem sich das

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

Ruhrgebiet entwickelt hat - nicht, weil es besonders schön ist, sondern weil die Energie da war.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Die brauchen sie alle!)

Die Energie unserer Zeit ist in Schleswig-Holstein. Ich habe gut im Ohr, dass manche meinten, darüber lachen zu müssen. Ich war ein wenig traurig, dass das welche waren, die glaubten, Verantwortung für unser Land zu tragen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Für Realismus und Pragmatismus plädieren wir auch bei dem wichtigen Projekt Fehmarnbelt-Querung. Wir erwarten vom Bund auch hier - wie bei allen anderen Verkehrsprojekten - Realismus. Wir erwarten eine realistische Kostenschätzung, so wie es jeder gute Kaufmann machen würde, wenn er in Vertragsverhandlungen tritt.

Nicht nur wir halten die ursprünglichen Kosten, die mit 800 Millionen € für die Hinterlandanbindung angegeben wurden, nicht mehr für realistisch. Der Bundesrechnungshof geht von bis zu 1,7 Milliarden € aus. Wir brauchen endlich Klarheit, und wir brauchen die Zusicherung, dass der Bund auch dazu steht und dass dies nicht zulasten anderer Projekte wie das eben beschriebenen geht. In der Tat, jeder eine Euro wird nur einmal ausgegeben. Auch diese Debatte sollten wir ehrlich führen. Wir können nicht von Projekt zu Projekt hüpfen und so tun, als sei es das einzige Projekt. Diese Regierung wird die Projekte immer in ihrer Gesamtheit sehen und auch in ihrer Gesamtheit aufrufen, wird sie in Relation und in ihrer Umsetzungswahrscheinlichkeit zueinander setzen. Wir gehen in der Verkehrspolitik keinen dogmatischen Weg, sondern endlich einen, der Pragmatismus atmet und von Pragmatismus lebt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bin sicher: Wenn sich der Schlachtenlärm der ersten Tage verzogen haben wird, werden uns auch die Realisten und Pragmatiker unter Ihnen - zumindest im kleinen Kreis - zustimmen,

(Lachen Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

dass all diese Klärungen im Interesse des Landes liegen. Klarheit und Wahrheit statt Wolkenkuckucksheim, das ist die Politik der nächsten fünf Jahre. Der eine oder andere wird sich daran noch gewöhnen müssen. Aber Sie haben viel Zeit dafür.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden das Gegenteil von Verkehrsblockade machen. Wir wollen und setzen auf den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals. Wir stehen zur Elbvertiefung und dazu, dem Hamburger Hafen zu helfen, weil er der zentrale Arbeitgeber unseres Landes ist, wir wollen den Ausbau der B 5, und wir wollen den öffentlichen Nahverkehr in unserem Land voranbringen, weil wir wissen, dass Wachstumsmöglichkeiten der nächsten Jahrzehnte entscheidend davon abhängen, dass wir starke öffentliche Nahverkehrssysteme haben. Wir wissen, dass die, die glauben, dass es eine Bimmelbahn sei, die Kiel-Region mit einer Stadt-Regional-Bahn zu verbinden,

(Christopher Vogt [FDP]: Wer hat das gesagt?)

ganz weit hinter den wirtschaftspolitischen Erkenntnissen eines solchen Projektes sind. Ich lade Sie ein: Fahren Sie in die Regionen Europas, die diese Schritte gegangen sind, und schauen Sie sich die Wachstumsergebnisse dort an! Meine Regierung weiß das. Meine Damen und Herren - auch wenn Sie im Augenblick nicht zuhören mögen -, auch deswegen werden wir dies fördern, weil das unser Land starkmachen wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Abgeordneter Uli König [PIRATEN])

Herr Präsident, meine Damen und Herren, gute Wirtschaft und gute Arbeit sind für mich zwei Seiten einer Medaille. Wer arbeitet, muss auch davon leben können. Das ist in Deutschland leider nicht immer der Fall. Deswegen wird meine Regierung eine Bundesratsinitiative für die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns von 8,50 € starten, unterstützen und begleiten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, und SSW)

Deswegen werden wir ein modernes, das modernste Tariftreuegesetz in dieser Republik auf den Weg bringen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Lohndumping ist nicht nur ein Angriff auf die davon betroffenen Frauen und Männer, sondern auch auf alle ehrlichen Handwerker, Unternehmerinnen und Unternehmer. Wir werden unseren Teil dazu beitragen, um das einzudämmen, genauso wie wir

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

mit allen anderen Stellen energisch gegen Schwarzarbeit vorgehen.

Die zentrale Herausforderung unserer Wirtschaftspolitik wird aber die Bekämpfung des Fachkräftemangels sein. Keine Infrastruktur der Welt gleicht das Fehlen gut ausgebildeter Nachwuchskräfte aus. Deshalb wird der Wirtschaftsminister noch diesen Herbst zur Gründung eines Fachkräftebündnisses mit dem Namen „Zukunft im Norden“ Sozialpartner, Kammern und kommunale Landesverbände einladen. Unser Ziel wird es sein, sehr schnell konkrete Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung miteinander zu vereinbaren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch die Europapolitik des Landes ist in den vergangenen Jahren hinter ihren Möglichkeiten geblieben, was angesichts unserer besonderen vorhin beschriebenen Lage besonders bedauernswert ist. Es hat keine merkbaren Initiativen gegeben. Das ist nicht gut für die hier lebenden Menschen und nicht gut für unsere Wirtschaft. Wir werden das ändern und werden die Europapolitik und die Ostseekooperation wiederbeleben. Wir wollen an die Zeit von Björn Engholm und Heide Simonis anknüpfen, und wir haben mit Anke Spoorendonk eine Ministerin, die dies auch als Person lebt, wie es das gesamte Kabinett leben wird: die Erkenntnis, dass wir im Ostseeraum erfolgreich sein wollen, dass wir im baltischen Raum erfolgreich sein wollen und dass wir ganz besonders mit Dänemark zusammen erfolgreich sein wollen. Uns verbinden nicht nur eine lange gemeinsame Historie und die Minderheiten auf beiden Seiten, sondern uns verbindet unsere gemeinsame Zukunft.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Abgeordnete Angelika Beer [PI-RATEN])

Diese gemeinsame Zukunft hat viel mit Energie zu tun, Energie, die wir im Norden - ich habe das eben angesprochen - zu dem machen wollen, was sie sein kann, wenn man es gut macht, nämlich der Motor für Erfolg, für Arbeit, für Wachstum. Der Ausstieg aus der Kernenergie - wieder auf dem Papier - ist beschlossen, aber ob dieses Werk gelingt, wissen wir heute noch nicht. Vor Bund und Ländern liegt eine Herkulesaufgabe. Viele Konflikte wird sie uns bescheren, aber eben auch unendlich viele Chancen. Schleswig-Holstein kann in Deutschland der Topstandort für erneuerbare Energien werden. Meine Regierung wird alles dafür tun, damit das gelingt.

Unsere größte Herausforderung werden Planung und Bau der Stromtrassen sein. Die Wirtschaft sagt, sie könne die nötigen Milliardeninvestitionen nicht stemmen, und ruft nach dem Staat. Die Bürgerinnen und Bürger sind nahezu allesamt für den Atomausstieg und gegen globale Erwärmung, aber niemand will neue Stromleitungen für Windenergie in seinem Vorgarten haben. Das alles kann ich verstehen. Aber wenn wir die Energiewende nach dem Sankt-Florians-Prinzip „Herr verschon mein Haus, zünd andere an“ betreiben, wird sie scheitern. Deswegen werden wir weder vor dem Wutbürger noch vor der Wutwirtschaft einknicken dürfen, sondern wir müssen Schritt für Schritt den Weg in die Planung und Umsetzung der Energiewende gehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir dürfen und werden die Energiewirtschaft nicht aus ihrer Pflicht entlassen. Sie muss Pläne vorlegen, wie die Energiewende nach nachvollziehbaren ökonomischen Kriterien angegangen wird. Sie muss klarmachen, was das für die Entwicklung des Strompreises für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger bedeutet. Der Strompreis darf nicht zum Brotpreis des 21. Jahrhunderts werden. Die Energiewende war nicht so gemeint, dass sie nur der Renditemehrung von Energiekonzernen dient. Sie soll unser Land starkmachen und es mit Energie versorgen, auf eine moderne und kluge Art, und zwar alle in diesem Land.

Die Landesregierung wird die in ihrer Zuständigkeit liegenden Planungen zügig vorantreiben. Wir setzen auf maximale Transparenz aller Planungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Sie müssen umfangreich informiert und beteiligt werden.

Genauso klar sage ich aber auch, dass am Ende des Tages entschieden werden muss und entschieden werden wird. So werden wir die bereits vorliegenden landesplanerischen Entscheidungen für neue Windeignungsflächen sehr schnell auf den Weg bringen. Wer bereit ist, wer gut beteiligt hat, wer Wind will, der wird mit uns auch Wind bekommen, und das wird sehr schnell, in diesem Herbst, gehen.

Meine Damen und Herren, das, was in diesem Zusammenhang an komplizierten technischen Fragestellungen diskutiert wird, ist am Ende nicht weniger als die Schicksalsfrage unserer politischen Generation. Ich kann mir nicht vorstellen, mich vor meine Tochter oder meinen Sohn zu stellen und einzugestehen: Wir haben das als politische Klasse nicht geschafft. Die Egoismen der Generation eurer Eltern haben die Energiewende, die möglich war,

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

verhindert. Wir haben nicht gezeigt, wie sich eine moderne Industriegesellschaft anders als mit Kohle oder Atom mit Energie versorgen kann. Wir haben nicht die Innovationskraft unserer Hochschulen genutzt, neue Speicher und Netztechnologien zu entwickeln. Wir haben die Arbeitsplätze moderner energieintensiver Unternehmen nicht an die Westküste bekommen, weil wir vor einer Verneinungsbeteiligung versagt haben.

Meine - wie jede verantwortungsbewusste - Regierung wird sich daran messen lassen, ob wir dieser historischen Aufgabe gerecht werden. Auch deshalb lehnen wir im Land CCS und Fracking unmissverständlich ab.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Bis zu einem bundeseinheitlichen Verbot wird ein Landesgesetz beides verhindern.

Wir werden vor allem Beteiligungsformen erarbeiten, die den von mir beschriebenen Grundsätzen entsprechen und die von den Bürgerinnen und Bürgern als ernst gemeinte Teilhabe verstanden werden. Das vierwöchige Auslegen hochkomplexer Unterlagen allein kann diese Erwartung erkennbar nicht erfüllen. Wir wollen mit Bürgerinnen und Bürgern darüber reden, wie 110-kV-Leitungen, die wir möglichst als Erdkabel verlegt sehen wollen, und 380-kV-Leitungen, wo wir das geprüft haben wollen, im Land zu verorten sind. Wir wollen Offshore-Trassen bündeln, und wir werden den Ausbau von Strom- und Wärmespeichern vorantreiben.

Damit die Energiewende gelingt, werden wir als Erste in Deutschland alle relevanten energiepolitischen Kompetenzen in einem Ministerium bei einem Fachminister bündeln. Damit gehen wir in Deutschland voran. Aber auch alle anderen Ressorts sind in der Pflicht, ihre Beiträge zum Erfolg dieses Projekts zu liefern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, in diesen Zeiten, in denen wir viel über die Schwäche des Staates hören, über das Zusammenbrechen von Finanzsystemen, über Haushaltsnöte und ihre Folgen, ist uns bewusst geworden, welche Folgen schwache Staaten für den Zusammenhalt ihrer Gesellschaften haben können. Wir haben erlebt - ich habe es vorhin gesagt -, dass wir in Finanzmärkte sehr schnell sehr hohe Summen Geld aktivieren und reinstecken können, und im Gegenzug haben wir immer wieder Regierungen gehört, die mit Verweis auf diese Kri-

se deutlich machen wollten, nun müsse der Staat den Gürtel enger schnallen. Ganz oft waren aber mit „Staat“ gar nicht staatliche Strukturen oder die Starken im Staat gemeint, sondern die, die keine Lobby haben, die sich nicht wehren können, die schwach sind. Landesblindengeld, Kulturmittel und Gelder für soziale Einrichtungen wurden in Schleswig-Holstein gestrichen. Die Bürger haben verstanden: Geld für die, die viel haben, ist da, für die, die wenig haben, aber nicht. Das legt auch den Grund für eine fundamentale demokratische Legitimationskrise.

Dies ist umso weniger verständlich, als die dahinter stehenden haushalterischen Mittel so wenig signifikant sind, wie sie es hier waren. Meine Landesregierung wird ein starker und fairer Partner für die Wirtschaft sein. Ja, das wird sie sein, aber sie wird auch an der Seite derjenigen stehen, die keine Lobby haben und sich nicht wehren können. Wir werden all denjenigen, die in unserem Land wirklich Hilfe brauchen, helfen. Wir werden sie in den nächsten fünf Jahren nicht alleinlassen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Freiheit ist für uns mehr als die Freiheit des Marktes. Niemand soll schutzlos den Kräften des Marktes überlassen werden. Niemand soll schutzlos den Wechselfällen des Lebens wie Krankheit, Alter, Pflege oder Arbeitslosigkeit überlassen werden. Wir reduzieren Solidarität nicht auf bloße Armenfürsorge, denn Almosenempfänger können keine selbstbewussten und mit entscheidenden Staatsbürger und Demokraten werden. Die Wahrnehmung individueller Freiheit und die demokratische Teilhabe bedürfen materieller Grundlagen. Wir sind daher für Mindestlöhne und für Arbeitsplätze, von denen Menschen leben können, ohne auf ergänzende staatliche Transfers angewiesen zu sein. Deswegen stehen wir für faire Chancen von Älteren, Frauen und Zuwanderern auf unserem Arbeitsmarkt.

Nur wer sich sozial abgesichert weiß, wird Risiken eingehen. Nur wer echte Chancen hat, wird sich auch anstrengen. Wesensmerkmal unserer Demokratie ist der Aufstieg durch gleiche Chancen und durch Teilhabe. Das - und nichts anderes - ist der Kern unserer sozialen Demokratie. Das prägt meine Regierung, und das prägt auch die sie tragende Koalition.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sind uns zutiefst bewusst, dass an unserer Seite diejenigen stehen, die unentgeltlich und aufopfernd



**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

Familienangehörige pflegen, die ehrenamtlich in den Feuerwehren und in Wohlfahrtsverbänden, in Sportvereinen und vielen anderen Organisationen für unser Land Arbeit leisten, die in Kitas, Schulen, Alten- und Pflegeheimen arbeiten und nicht auf die Uhr schauen und sich für die Menschen Zeit nehmen, um zuzuhören und zu reden. Ich weiß, dass der Anteil dieser Menschen am Zustandekommen eines sozialen Schleswig-Holsteins viel größer ist, als es der Anteil des Landes jemals sein könnte. Um diese Menschen werden wir uns kümmern, um diese Menschen werden wir uns scharen. Sie werden nicht allein sein. Sie werden mich als Ministerpräsidenten an ihrer Seite haben; überall dort, wo sie unterstützen brauchen, überall dort, wo das Ehrenamt nicht weiter weiß. Wir werden Wege finden, dort gemeinsam voranzukommen, denn ohne diese Kraft wird unser Land kraftlos sein.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden uns um eine gute Gesundheitsversorgung kümmern, und zwar auch im ländlichen Raum. Gleiches gilt für die Verbesserung der Pflege von kranken und alten Menschen. Frauenberatungsstellen, Frauenhäuser, Mädchenhäuser, Prävention, Landesblindengeld und eine aktive Gleichstellungspolitik sind nicht Teil von überflüssigen Haushalten, sondern all das ist konstitutiv für ein modernes und soziales Schleswig-Holstein. All das werden wir stärken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In unserem Land, das eine Einwanderungsgeschichte hat, wissen wir, dass Zuwanderung Schleswig-Holstein stark macht. Unser Land braucht jede und jeden, ob mit oder ohne Zuwanderungsgeschichte, um unser Land voranzubringen. Das gilt auch für die Menschen, die aus Not aus ihren Heimatländern geflüchtet sind. Ich möchte, dass alle, die zugewandert sind, sich hier in unserem Land willkommen fühlen. Ich möchte alle in Schleswig-Holstein willkommen heißen; in diesem Land, das wie kaum ein anderes integriert und verbunden hat. Wir zeigen mit dieser Regierung, dass wir in Europa und in der Welt anders miteinander umgehen. Das wollen wir auch denjenigen zurufen, die zu uns kommen: Ihr müsst keine Angst haben, ihr seid herzlich willkommen. Deshalb wollen wir einen Paradigmenwechsel in der Abschiebepolitik. Deshalb werden wir uns auf der Bundesebene für eine doppelte Staatsangehörigkeit ebenso einsetzen wie für ein Aufenthaltsrecht bei nachhaltiger Integration.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Wir werden nicht blind soziale Strukturen zerschlagen, aber wir geben auch keinen Blankoscheck dafür, dass alles so bleiben kann, wie es ist. Ebenso wenig führt der Ruf nach mehr Geld vom Staat automatisch zu einem sozialeren Schleswig-Holstein. Natürlich wird der Sozialbereich seinen Beitrag zur Konsolidierung unseres Haushalts leisten müssen. Die Sozialministerin wird sich sehr genau ansehen, wie die Entwicklung der Eingliederungshilfe im bundesdeutschen Vergleich zu bewerten ist. Wenn wir den Weg von der stationären Versorgung hin zur ambulanten nicht endlich erfolgreich gehen, dann wird allein dieser Haushaltstitel den Weg unseres Haushalts vorbestimmen.

Hier wird das Land den Sachverstand der Kommunen viel stärker als bisher suchen und nutzen. Nur wenn wir die für beide Seiten gemeinsam besten Lösungen erarbeiten, werden wir erfolgreich sein. Wir werden über dieses Thema reden können, ohne dass eine Betroffene oder ein Betroffener im ersten Moment den Eindruck hat: Man will mir wieder an das Portemonnaie, man will wieder meine Leistung kleiner machen, die fangen als Erstes wieder bei mir an. Nein, wir machen uns auf den mühsamen Weg, uns die Struktur anzuschauen und uns mit den Erbringern der Leistungen zu unterhalten. Wir machen uns auf den mühsamen Weg, zu erklären, dass es Not tut, umzusteuern. Es ist besser, im eigenen Wohnumfeld zu bleiben, als es teuer anderswo zu organisieren.

Auf diesen Weg werden wir uns machen, und wir werden zeigen, wie das geht. Es gibt viele, die gute Ideen dazu haben. Wir werden sie nutzen. Wir haben sie in den Ministerien. Wir werden dafür Pläne erarbeiten. Ebenso werden wir gemeinsam mit dem UKSH arbeiten. Wir werden das UKSH als größten Arbeitgeber im Land und als einzigen Träger der medizinischen Maximalversorgung stärken. Wir halten am UKSH in öffentlicher Trägerschaft fest, und wir werden uns auch bei der Versorgung in unserem Land dafür einsetzen, dass es endlich einen einheitlichen Basisfallwert gibt, damit die Benachteiligung unserer Kliniken endlich aufhört.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wissen, dass es sozialer Sicherheit bedarf. Ebenso wissen wir, dass es eines starken und handlungsfähigen Staates mit einer starken und handlungsfähigen inneren Sicherheit bedarf. Ich möchte den Polizistinnen und Polizisten unseres Landes so-

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

wie der Justiz ausdrücklich danken. Sie alle sorgen für ein sicheres Schleswig-Holstein. Ihre Schlagkraft haben sie gerade mit Razzien gegen Rockerkriminalität eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Die Landesregierung unterstützt das ausdrücklich. Wir sind für null Toleranz im Kampf gegen Kriminalität. Wir werden jede Form von Kriminalität bekämpfen. Dafür brauchen wir eine gut ausgestattete, effizient organisierte und motivierte Polizei. Wir werden die Kräfte der Polizei bündeln, um die operative Arbeit, also den Streifen- und Ermittlungsdienst sowie die Prävention, weiter zu stärken.

Unsere Polizei in Schleswig-Holstein arbeitet rechtsstaatlich und hochprofessionell. Die Menschen in unserem Land haben allen Grund, ihrer Polizei zu vertrauen und stolz auf sie zu sein. Meine Landesregierung wird diese feste Verbindung weiter ausbauen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich habe beschrieben, wie das Politikverständnis meiner Regierung ist. Es ist ein modernes, konstruktives und partnerschaftliches Verständnis. Wir sind im 21. Jahrhundert angekommen. Wir wissen, dass man Schleswig-Holstein nicht wie ein Abbruchunternehmen führen kann. Zur Haushaltskonsolidierung gibt es keine Alternative. Wir dürfen gern aus den Debatten herauskommen, die vermitteln, dass die einen auf einer anderen Weisheitsstufe sind als die anderen. Die Schuldenbremse wird eingehalten. Das gebietet nicht nur die Verfassung, das gebieten die Vernunft und die Generationengerechtigkeit.

Aber wir verfolgen einen anderen Weg als die bisherige Regierung. Es ist ein Weg, für den wir gewählt worden sind. Es ist ein Weg, für den wir am 6. Mai die parlamentarische Mehrheit erhalten haben. Dieser parlamentarischen Mehrheit fühlen wir uns verpflichtet.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sparsam ist für uns kein Selbstzweck. Für uns ist die Haushaltskonsolidierung Mittel zum Zweck. Wir wollen ein starkes Land, und dieses starke Land muss ein sparsames Land sein. Es reicht aber nicht aus, ein konsolidiertes Land zu sein und sich erst am Ende einen solchen Pfades Gedanken darüber zu machen, wie das Land auch noch stark werden kann. Nur beide Leitplanken ergeben eine sinnvolle Politik. Beide Leitplanken werden wir aufstellen.

Ziel muss sein, auch in den Jahren bis 2020 in diesem Land Politik zu gestalten und die Probleme, die unser Land hat, nicht auf die lange Bank zu schieben, sondern sie jetzt anzugehen und sie jetzt zu lösen.

Wir bekennen uns ohne Wenn und Aber zur Konsolidierung. Wir bekennen uns ohne Wenn und Aber zur Schuldenbremse, aber wir werden sie intelligenter erreichen als die, die es vor uns getan haben.

Wir sehen es als Daueraufgabe an, die Verwaltung des Landes preiswerter und effizienter zu machen. Staatliche Aufgaben, die heute zum Teil von Landesbehörden, meist aber von den Kommunen ausgeführt werden, werden wir uns viel intensiver als in der Vergangenheit anschauen. Wo immer es fachlich möglich und geboten ist, werden wir Doppelstrukturen und Doppelzuständigkeiten sowohl innerhalb der Landesverwaltung als auch zwischen Landes- und Kommunalverwaltungen abbauen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Unser Ziel ist es, dass jede Aufgabe möglichst nur auf einer Ebene abschließend erledigt wird. Es einmal machen, es einfach machen und es gut machen, das wird die Marschroute von Verwaltung in Schleswig-Holstein sein. Nur damit schaffen wir auch die Voraussetzungen, ausgehend vom Wert im Jahre 2010, bis 2020 10 % der Stellen der Landesverwaltung abzubauen beziehungsweise das Personalbudget entsprechend zu reduzieren. Die demografiebedingten zahlreichen Altersabgänge in den kommenden Jahren werden das auch ermöglichen. Ein zentrales Personalmanagement, federführend geleitet durch meine Staatskanzlei, wird dieses Projekt als eines unserer zentralen Reformthemen vortreiben.

Solche Projekte - das weiß jeder, der einmal Personalverantwortung in der öffentlichen Verwaltung hatte - brauchen als Partner starke Personalräte. Deswegen werden wir das Personalvertretungsrecht wieder so ausgestalten, dass den Dienststellen Verhandlungs- und Gesprächspartner auf Augenhöhe gegenüberstehen. Wer glaubt, er spart damit, dass er Personalräte klein macht, auch der irrt. Ich kann Ihnen berichten, was es heißt, mit einem sehr kleinen Gesamtpersonalrat zu verhandeln. Der ist nicht mehr so beratungsstark, wie er war. Wenn Sie über 4.500 Menschen entscheiden müssen, brauchen Sie jemanden, der mit Ihnen auf Augenhöhe diskutiert. Wir sichern zu, dass dies noch in diesem Jahr wieder auf den Weg gebracht wird.

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
PIRATEN und SSW)

Unser Land gibt für IT 130 Millionen € im Jahr aus. Experten schätzen, dass in einigen Bereichen bis zu 30 % davon eingespart werden können, wenn wir das Ding klüger machen. Für mich ist das nur ein Beispiel, was es heißt, Verwaltung preiswerter, effizienter, besser und nicht einfach nur billiger zu machen. Das werden wir uns in allen Bereichen der Verwaltung ansehen. Wir werden in allen Bereichen der Verwaltung jeden Stein umdrehen, um genau diese Reservoirs zu schützen.

Wir werden EU-Mittel nur dann ausschöpfen, wenn sie nachweisbar den angestrebten Zielen dienen. Die Kofinanzierung europäischer Programme wird so weit und möglich auf Darlehen und private Kofinanzierung umgestellt.

Sobald es möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist, werden wir die Beteiligungen des Landes an der HSH Nordbank werthaltig verkaufen, und wir werden die Kooperation mit Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen wieder beleben. Hamburg wird dabei natürlich unser Premiumpartner sein. Die Metropolregion ist von zentraler Bedeutung für die Prosperität Schleswig-Holsteins.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und SSW)

Mit Olaf Scholz haben wir einen Pragmatiker an unserer und an meiner Seite. Wir werden norddeutsche Kooperation auf den Weg bringen, mit der wir auch Geld sparen, Planungen vereinfachen und unser politisches Gewicht im Bund vergrößern. Die Enquetekommission Norddeutsche Kooperation hat bereits viele Vorschläge gemacht, die nicht einfach nur im Aktenschrank verstauben sollten.

Ich habe Ihnen einige Punkte genannt, wie wir mit den Mitteln des Landes die Konsolidierung in Angriff nehmen wollen. Zur Wahrheit gehört aber auch - und wir müssen das hier sagen -, dass all das nicht reichen wird, um das strukturelle Defizit unseres Landes zu beseitigen. Niemand in diesem Land hat genügend Phantasie, wie das, ohne das Land in Schutt und Asche zu legen, allein durch Landesanstrengungen gehen soll.

Ein wichtiger Teil unserer finanzpolitischen Misere kann nur durch bundespolitische Entscheidungen verbessert werden. Deswegen werden wir dezidiert in Berlin präsent sein, und deswegen werden wir zügig Bundesratsinitiativen starten, um die Erhöhung der Einnahmehasis für Land und Kommunen

zu erreichen. Hierzu gehören unter anderem eine solidarische Erhöhung der Besteuerung bei Vererbung oder Schenkung großer Vermögen, eine Erhöhung des Steuersatzes für Spitzenverdiener und die Einführung einer Vermögenssteuer beziehungsweise einer Vermögensabgabe zur Finanzierung von Bildungsinfrastruktur.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und SSW)

Wir werden uns dafür einsetzen, die aus dem Auslaufen des Solidarpakts II frei werdenden Mittel in einen Bildungssoli und einen Altschuldentilgungsfonds für Länder und Kommunen einzubringen. Wir brauchen eine weitere Föderalismusreform, Neukonzeptionen des Länderfinanzausgleichs, Solidarpakt II, Mittel für Bildung und einen Altschuldentilgungsfonds genauso wie Hochschullastenausgleich und die Aufhebung des unsinnigen Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich. Das sind nur einige Stichworte.

Wir werden im Herbst durch die Finanzministerin einen Entwurf für das Haushaltsjahr 2013 vorlegen. Dieser wird Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung an den öffentlichen Schulen enthalten - ich habe darüber berichtet. Wir werden mit dem Haushalt die Gleichstellung der Schulen der dänischen Minderheit erreichen, eine verbesserte Förderung der Schulen in freier Trägerschaft, eine verbesserte Unterstützung der Kommunen bei der Finanzierung der Krippenversorgung, mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Klimaschutz, die Wiederaufstockung der Mittel für Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen, die Mitfinanzierung der stufenweisen Erhöhung von Ausbildungsplätzen in der Altenpflege und die Wiederaufstockung der Mittel für den ökologischen Landbau.

Zur Finanzierung werden wir die zur Aufstockung für Landesstraßenbau vorgesehenen Mittel zurücknehmen, die für das Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetz und die Kommunalisierung der Regionalplanung vorgesehenen Mittel in den Landeshaushalt zurückführen, den Erdölförderzins erhöhen, die einzelbetriebliche Investitionsförderung sowie die Zuweisung an Wasser- und Bodenverbände zur Erhebung einer Küstenschutzabgabe streichen. Andere Maßnahmen werden wir erarbeiten. Sie werden sehen, wir werden dieses haushälterisch sauber hinbekommen. Sie können Haushalte konsolidieren, ohne Menschen ins Gesicht zu schlagen. Wir werden Haushalte konsolidieren, indem wir den Menschen die Hand reichen, um für das Land zu arbeiten.

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Schleswig-Holstein ist ein wunderbares Land mit wunderbaren Menschen, mit einer einmaligen Natur und einer großartigen Lebensqualität. Wir werden es anständig regieren, und wir werden es gut regieren. Wir werden in Deutschland und Europa gute Nachbarn sein. Wir werden weltoffen und tolerant sein. Wir werden den Schulfrieden wieder herstellen und die Energiewende schaffen. Wir werden für gute Arbeitsplätze sowie Wachstum und Wohlstand streiten. Bei uns wird es sozial gerecht zugehen, und wir werden die Finanzen von Land und Kommunen wieder ins Lot bringen, weil wir gelernt haben, dass nur eine Seite dazu führt, dass unser Land Schlagseite bekommt.

Jede gute Idee wird für diesen Weg gebraucht, und in guter demokratischer Tradition werden wir keine Idee nur deshalb ablehnen, weil sie von der Opposition kommt.

(Zurufe CDU und FDP: Oh!)

Wir fordern CDU, FDP und Piraten auf, mit uns gemeinsam an einer guten Zukunft für Schleswig-Holstein zu arbeiten. Das, was Sie vielleicht aus eigenem Kennen erlebt haben, wie Sie mit Opposition umgehen, muss ja nicht automatisch das sein, was Sie jetzt erleben werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Ich habe mit Freude gehört,

(Zuruf Abgeordneter Hans-Jörn Arp [CDU])

wie normale menschliche Gesten auch auf Sie wirken. Nehmen Sie dies nicht als Stilisierung von Politik, sondern nehmen Sie dies als ernst gemeintes Angebot, miteinander Politik zu machen, miteinander zu streiten und miteinander zu debattieren, aber das in einer Art und Weise, dass das, was gestern geschah, für die Menschen in diesem Land nicht als so außergewöhnlich gilt, dass man damit ganze Schlagzeilen und Titel füllen kann, wenn der eine den anderen verabschiedet.

(Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

- Nein, das war der Stil eines ganzen Hauses, wenn ich es richtig gelesen habe, Herr Kollege. Genau das ist das Problem. Es ist nicht eine Person, sondern es ist eine Qualität von politischer Kultur. Wer glaubt, sie auf einen Menschen zu verdichten, der hat nicht verstanden, was unser Problem in Schleswig-Holstein ist und wie die Menschen uns sehen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Ich weiß sehr wohl, dass natürlich nicht alle Antworten, die meine Regierung auf die Herausforderungen der Zeit geben wird, von allen hier im Haus geteilt werden. Ich biete Ihnen allen aber Zusammenarbeit an, den konstruktiven Dialog und einen politischen Stil, der der Vision meiner Regierung gerecht wird, neue Horizonte für unser Land zu schaffen. Wir haben es gemeinsam in der Hand, das zum Gelingen zu bringen.

(Anhaltender lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor wir in die Aussprache einsteigen, lassen Sie uns gemeinsam auf der Besuchertribüne Frau Claudine Nierth, Vorstandssprecherin von Mehr Demokratie e.V., und unsere ehemaligen Kolleginnen Jutta Schümann und Caroline Schwarz begrüßen.

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Oppositionsführer und Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Abgeordneter Callsen.

(Beifall CDU)

**Johannes Callsen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Albig, ich gratuliere Ihnen zum Amt des Ministerpräsidenten. Sie haben am gestrigen Tag gezeigt, dass Sie das Fingerspitzengefühl für angemessene Gesten haben und den richtigen Ton treffen können. Für Ihre Geste gegenüber Ihrem Vorgänger Peter Harry Carstensen hier in diesem Hause danke ich Ihnen auch im Namen meiner Fraktion.

(Beifall)

Das war wohlthuend und angemessen, weil Peter Harry Carstensen in der Tat als Ministerpräsident einer CDU-geführten Landesregierung Herausragendes für Schleswig-Holstein und für die Zukunft unseres Heimatlandes geleistet hat.

Allerdings machen empathische Gesten und große Worte allein noch keinen Regierungschef aus. Wir, die CDU-Landtagsfraktion, werden Sie an Ihren eigenen Ansprüchen und daran messen, was gut für die Zukunft Schleswig-Holsteins ist. Ihre heutige

(Johannes Callsen)

Regierungserklärung mit vielen netten Worten ist ebenfalls noch kein Beweis für gutes Regieren. Sie ist noch kein Konzept für ein starkes Schleswig-Holstein. Sie haben noch keine konkreten Lösungen aufgezeigt. Genau darum wird es gehen.

Lassen Sie mich einen Blick zurück werfen. Mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich aus einer Landtagsrede aus dem Jahr 2009. Dort hieß es:

„In unserer Regierungszeit hat trotz aller guten Absichten die Armut eben doch zugenommen, sind bei aller grundsätzlichen Richtigkeit der Weichenstellungen rot-grüner Sozialreformen wie der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe prekäre Beschäftigungsverhältnisse über die Maßen gewachsen, ist die soziale Spaltung vertieft worden und haben die Abstiegsängste vieler Menschen vor Arbeitsplatzverlust und Lebensstandardeinbußen im Alter zugenommen und ist die finanzielle Notlage von Bund, Ländern und Kommunen offenkundig.“

Das waren Worte von Dr. Ralf Stegner, das war die rot-grüne Regierungsbilanz, die er selbst gezogen hat.

Mit Ihrer Politik, Herr Albig, werden wir - das ist unsere Sorge - genau in diese von Herrn Dr. Stegner geschilderte Situation zurückfallen.

(Beifall CDU und FDP)

Die CDU hatte und hat eine Idee für dieses Land. Die Umsetzung dieser Idee mit der CDU-geführten Landesregierung hat Schleswig-Holstein nachweislich gutgetan - durch mehr Wirtschaftswachstum und weniger Arbeitslose, durch eine konsequente Förderung des Mittelstandes, durch engagierten Ausbau der Infrastruktur, durch eine kluge Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer regionalen Landwirtschaft, durch bessere Bildungsabschlüsse und durch ein Raus aus immer neuen Schulden.

So nämlich haben wir den kommenden Generationen Handlungsfähigkeit für ihre eigene Zukunft geschaffen. Deshalb werden wir als CDU auch eine verantwortungsbewusste Oppositionsarbeit leisten. Das ist für uns selbstverständlich, nicht nur im Sinne unserer verfassungsmäßigen Rolle.

Wir haben deshalb auch mit Interesse gehört, dass Sie auf alle Fraktionen im Landtag zugehen wollen. Diese Absicht ist gut, sie muss allerdings auch ernst gemeint sein. Einen Dialog zu führen, dessen Ergebnis schon vorgegeben wird, wird unsere Sache nicht sein.

(Beifall CDU)

Leider lässt der Koalitionsvertrag aber genau dieses befürchten. Unser Ziel ist und bleibt: eine gute Entwicklung für unser Land Schleswig-Holstein. Genau daran werden wir Sie messen.

Dem Koalitionsvertrag der Dänenampel entnehmen wir aber leider, dass Sie eben auf genau die gleichen Rezepte setzen, die zur katastrophalen rot-grünen Regierungsbilanz geführt haben: eine Vielzahl, mit immer neuen Schulden bezahlter teurer Einzelmaßnahmen ohne ein schlüssiges Gesamtkonzept für die Zukunft des Landes. Ihre einzig erkennbare Idee, Herr Albig, ist der Weg zurück in diese Sackgasse, in der Schleswig-Holstein schon einmal gesteckt hat.

Die „FAZ“ hat es in der letzten Woche auf den Punkt gebracht: Nirgendwo zeigt der Koalitionsvertrag für das Lieblingsland einen zukunftsweisenden Gedanken. Im Gegenteil.

Sie und diese Koalition haben keine Idee, wie Sie Schleswig-Holstein so gestalten, dass möglichst viele Menschen selbst für ihren Unterhalt aufkommen können und mit ihren Steuergeldern für diejenigen sorgen, die dazu nicht in der Lage sind und der Hilfe bedürfen.

Es gibt heute in Schleswig-Holstein 90.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mehr als unter Rot-Grün. Die Summe der im Land gezahlten Löhne und Gehälter ist seit 2005 um mehr als 3 Milliarden € gestiegen, was sich natürlich auch auf Steuereinnahmen auswirkt. Die CDU hat mit klaren Konzepten für eine gute und vor allem mittelstandsfreundliche Politik dafür gesorgt, dass Unternehmen Arbeitsplätze schaffen können und es auch tun. Dazu gehörten schmerzhaft, aber sorgsam abgewogene Ausgabekürzungen, um dieses Land aus der Schuldenfalle zu führen. Ja, es hat Einzelne getroffen. Diese Politik hat aber vor allem dazu geführt, dass wir heute 33.000 Hartz-IV-Empfänger weniger in diesem Land haben als 2005.

Für Sie bedeutet Sozialstaat, dass viele Menschen staatliche Leistungen erhalten. Um es noch einmal mit der „FAZ“ zu sagen: Im Wahlkampf verteilte die SPD eine Tonne Schokoherzen. Nichts anderes ist im Grunde genommen der 63 Seiten starke Koalitionsvertrag.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Genau!)

Für die CDU bedeutet der Sozialstaat, dass möglichst viele Menschen selbstständig leben und eben nicht auf die Verteilung von Schokoherzen angewiesen sind.

(Johannes Callsen)

(Beifall CDU und FDP)

Herr Albig, der zentrale Fehler des von Ihnen ausgehandelten Koalitionsvertrages ist, dass er zur Gängelung des Einzelnen zurückführt, die dieses Land vor 2005 in eine schwierige Lage gebracht hat, wie Herr Stegner damals beklagt hat. Der Koalitionsvertrag macht im Kern eines zentral deutlich: Sie haben in dieser Koalition ein völlig anderes Menschen- und Gesellschaftsbild vor Augen. Sie haben kein Vertrauen in die Menschen. Das wird am deutlichsten in der Umwelt- und Landwirtschaftspolitik sowie im Innen- und Rechtsbereich.

(Beifall CDU und Abgeordneter Oliver Kumbartzky [FDP])

Während Sie beim Strafvollzug gegenüber Drogenkonsumenten, gewalttätigen Demonstranten ebenso wie beim Asylrecht zuallererst das Gute im Menschen sehen, geht aus Ihren Vereinbarungen ein tiefes Misstrauen gegenüber Grundeigentümern, insbesondere Landwirten und Unternehmern, ebenso wie Polizeibeamten hervor. Das verleitet Sie auch, zu den gescheiterten Rezepten von gestern und vorgestern zu greifen, wobei dies nachweislich völlig unnötig ist. Sie wollen wieder - wie schon 2003 - den Vorrang des Naturschutzes auf mindestens 15 % der Landesfläche festschreiben - und zwar über die Köpfe der Menschen hinweg per Verordnung. Wenn Sie sich vorher informiert hätten, wüsten Sie: Wir haben heute in Schleswig-Holstein bereits mehr als 16 % Landschaftsschutzgebiete, 9,3 % Natura-2000-Gebiete, 12,7 % Naturparke und vieles mehr. Selbst wenn es hier Überschneidungen gibt, in der Summe liegen diese Werte deutlich über Ihrer Zielvorgabe von vorgestern. Warum also diese Festlegung?

Die Entwicklung ist weitergegangen, und auch in der CDU-Regierung sind weitere Flächen gemeinsam mit den Betroffenen ausgewiesen worden. Sie sollten jetzt wenigstens, wenn Sie diese neue Zahl hineinschreiben, den Mut haben und der Bevölkerung klipp und klar sagen, was Sie dort zusätzlich vorhaben. Sie setzen nicht auf die Mitverantwortung der Menschen, sondern auf staatliche Gängelung.

(Beifall CDU)

Anders lassen sich die Wiedereinführung der Knickverordnung oder gesetzliche Regelungen zum Maisanbau - statt freiwilliger Vereinbarungen - für uns nicht erklären. Mit dieser Politik, mit immer neuen Auflagen von oben werden Sie die Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft kaputt machen - und das an einem Standort, der für eine lei-

stungsfähige Landwirtschaft geradezu prädestiniert ist.

Der Ökolandbau ist übrigens ein Paradebeispiel dafür, wie man völlig unnötig Teile eines Berufszweiges wieder an den staatlichen Fördertropf legen will. Jeder weiß: Ökolandbaubetriebe erhalten im Vergleich zu konventionellen Betrieben im Durchschnitt sechsmal so hohe Zahlungen aus Agrar- und Umweltmaßnahmen. Den Ökobetrieben geht es - das zeigen alle Bilanzen - nachweislich nicht schlechter als konventionellen Betrieben. Die neue Landesregierung weiß das genau. Sie legt der Ökokiendel der Grünen trotzdem noch einmal 800.000 € - natürlich schuldenfinanziert - oben drauf.

(Beifall CDU - Hans-Jörn Arp [CDU]: Reiner Lobbyismus!)

Wenn die Grünen ihre Klientel bedienen, darf natürlich auch die SPD nicht zurückstehen. Deswegen wird Schleswig-Holsteins Verwaltung noch einmal mehr Personal für die Mitbestimmung freistellen, als es im Durchschnitt der anderen Bundesländer der Fall ist.

Überhaupt darf sich die kommunale Familie auf einiges gefasst machen. Es ist nicht nur so, dass aus der groß angekündigten Rücknahme des Eingriffs in den Kommunalen Finanzausgleich ohne Relativierung - wie Sie, Herr Albig, einmal gesagt haben - mittlerweile ein zweckgebundenes Kopplungsgeschäft geworden ist: Sie wollen unsere einzigartige schleswig-holsteinische Kommunaldemokratie mit ihren mehr als 1.100 Kommunen und Zehntausenden ehrenamtlich tätigen Menschen offenbar auseinandernehmen. Daraus sollen Großgemeinden mit mindestens 8.000 Einwohnern werden. Glückwunsch an den SSW, der sich hier mit seiner Vorstellung von Großgemeinden nach dänischem Muster offenbar durchgesetzt hat.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Unerhört!)

Sie sprechen zwar noch von freiwilligen Zusammenschlüssen, reden aber im nächsten Absatz von Anreizen durch eine Änderung im Finanzausgleich. Das bedeutet - das ist unsere Befürchtung - finanziellen Zwang durch die Hintertür. Am Ende werden Sie damit gemeindliche Strukturen zwangsweise verändern. Was die Verwaltungskosten anbelangt, ist das Ganze unterm Strich ein Nullsummenspiel, denn die meisten unserer kleinen Gemeinden teilen sich schon heute eine Verwaltung. Sie haben eine gemeinsame Amtsverwaltung für eine Mindestgröße von 8.000 Einwohnern. Das Einzige, was Sie erreichen werden, ist, dass dadurch die ehrenamtliche

(Johannes Callsen)

Arbeit Zehntausender Menschen, die sich heute in den kleinen Gemeindevertretungen aktiv einbringen und regelmäßig Verantwortung für die Belange vor Ort übernehmen, erheblich vermindert wird.

(Beifall CDU)

Denn dadurch geht die Nähe zur Sache - sowohl räumlich als auch emotional - verloren. Sie verändern damit das Gesicht Schleswig-Holsteins und nehmen den Menschen Ihre gemeindliche Identität.

Ihre Regierung wird auch die Einstellung der Gesellschaft zu sich selbst verändern. Respekt und Wertschätzung für die Bereitschaft, sich über viele Jahre neben Familie und Beruf ehrenamtlich auf ein kommunaldemokratisches Amt in der Freizeit festzulegen, gehen dadurch verloren. Sie vernichten flächendeckend eine der anspruchsvollsten Formen der Bürgerbeteiligung in unserer einzigartigen Kommunaldemokratie. Weil Sie, Herr Albig, es eben bei Ihrer Aufzählung nicht getan haben, will ich mich an dieser Stelle ganz ausdrücklich bei allen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern herzlich für ihre ehrenamtliche Arbeit in Schleswig-Holstein bedanken.

(Beifall CDU, FDP, Abgeordnete Dr. Gitta Trauernicht [SPD] und Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie liefern auch zu vielen weiteren großen Fragen der Verwaltung keine Antworten. Sie sprechen - auch heute wieder - blumig davon, Doppelstrukturen abzubauen. Bis heute weiß niemand genau, welche Doppelstrukturen Sie eigentlich meinen. Bei Ihrem Lieblingsbeispiel, dem Denkmalschutz, geht es landesweit um 16 Stellen in Schleswig-Holstein. Stattdessen kündigen Sie an, mit einer neuen Landesnetzagentur in diesem Land eine neue Behördenstruktur aufbauen zu wollen. Ich frage mich, was das unterm Strich bringen soll.

In der Integrationspolitik soll künftig jeder hier herkommen und bleiben können, wie Sie sagen, und ein Zuhause finden. Wer einfach nur dauerhaft in Deutschland lebt, soll das Recht erhalten, auch für immer hierbleiben zu dürfen. So ist offenbar Ihre Vorstellung. Keiner soll gehen müssen und schon gar nicht abgeschoben werden. Deswegen wird die Abschiebehafteinrichtung Rendsburg konsequenterweise geschlossen. Immerhin erkennen Sie aber - was für eine weise Entscheidung - im Koalitionsvertrag an, dass Sie dann eine andere Einrichtung brauchen. Was für eine weise Entscheidung!

Meine Damen und Herren, ich bin sicher: Die meisten Menschen in Schleswig-Holstein sind offener

für Integration und Neues, als Sie es erwarten. Die Menschen wissen jedoch, dass Integration nur gelingt, wenn beide Seiten aktiv daran mitwirken.

So, wie der Koalitionsvertrag in diesem Punkt ein schiefes Bild zeichnet, verwechselt er im Polizeibereich Täter und Opfer. Sie offenbaren ein generelles Misstrauen gegenüber unseren Polizeibeamten, ob es um die Kennzeichnungspflicht, die neuen, angeblich unabhängigen Demonstrationsbeobachtungen oder die neue Polizeibeauftragtenstelle geht. Bei jedem dieser Beispiele gehen Sie von möglichen Verfehlungen der Polizeibeamten aus. Was ist eigentlich mit den Verfehlungen anderer?

Ein Beispiel: Vor nicht einmal zwei Wochen sind in Hamburg in großer Zahl Polizeibeamte verletzt worden. Es wurden Steine, Flaschen und Stahlkugeln geworfen. Das ist mittlerweile eine erschreckende Praxis bei vielen Demonstrationen. Einige der verletzten Beamten stammen aus Schleswig-Holstein. Wie können Sie da ernsthaft vertreten, dass die technische Überwachung und die Aufzeichnung von Straftaten bei Demonstrationen unter noch höhere Anforderungen gestellt werden sollen? Jeder Privatmann darf heutzutage filmen, wie unsere Polizeibeamten bei Demonstrationen mit Steinen und Pyrotechnik beworfen werden, und diese Filme ins Internet stellen. Der Polizei aber soll offenbar die Dokumentation von Straftaten bei Demonstrationen erschwert werden. Dafür habe ich kein Verständnis.

(Beifall CDU)

Ich frage den Innenminister, der früher einmal Polizeibeamter war, ob das sein ganz persönlicher Maßstab im Hinblick auf die Fürsorge des Dienstherrn gegenüber unseren Polizeibeamten ist. Sie müssen diese Frage hier nicht beantworten; aber Sie müssen den Beschluss der Koalition gegenüber Ihren früheren Kollegen schon verantworten. Die CDU - das sage ich uneingeschränkt - steht ohne Wenn und Aber an der Seite der Polizei in Schleswig-Holstein.

Hinsichtlich der Vorratsdatenspeicherung - wir haben es gehört - nimmt die Dänen-Ampel bewusst einen Verstoß gegen EU-Rechte in Kauf. Sie nehmen dabei zugleich bewusst in Kauf, dass bestimmte Straftaten - insbesondere im Internet - nachträglich nicht mehr aufzuklären sind.

Viel zusätzliches Geld scheint es im Innen- und Justizbereich zu geben. Es gibt Geld für die Justizvollzugsanstalt Flensburg und mehr Geld für die Migrationssozialberatung, und die Mittel für die Fachberatungsstellen „Menschenhandel“ werden

**(Johannes Callsen)**

aufgestockt. Auch für den Flüchtlingsrat gibt es Geld. Weiter wird ein Außensenat des Oberlandesgerichts in Lübeck geschaffen. Kein Mensch, Herr Kollege Harms, weiß bislang, was zumindest Letzteres eigentlich soll.

(Beifall CDU - Abgeordneter Olaf Schulze [SPD]: Das ist uns klar! - Weitere Zurufe)

- Eben, eben!

Beim Stichwort Lübeck, meine Damen und Herren, stellt sich aber noch eine ganz andere Frage: Was hat die Hansestadt Lübeck eigentlich der schleswig-holsteinischen SPD getan? Sie nehmen der Stadt 250 Millionen € weg. Bei der Hinterlandanbindung der Fehmarnbelt-Querung geben Sie erst einmal Mitspracherechte für die gesamte Region auf, und den Flughafen Lübeck wollen Sie plattmachen. Unglaublich!

(Beifall CDU - Zuruf Abgeordneter Olaf Schulze [SPD])

Es ist für mich jenseits der Vorstellungskraft rational denkender Menschen, dass die Kollegen Rother und Baasch dafür auch noch als Lübecker Abgeordnete ihre Hand heben konnten. Meine Damen und Herren, Lübeck ist das wohl plakativste Beispiel dafür, wie wichtig und auch richtig unser Konsolidierungsfonds für die am schlimmsten verschuldeten Kommunen ist. Er gibt ihnen solidarische Hilfe, und er verlangt im Gegenzug die notwendigen Entscheidungen, damit Ausgaben und Einnahmen wieder in Einklang gebracht werden. Es zeugt übrigens sowohl von einer großartigen Solidarität im gemeindlichen Bereich als auch von enormer finanzpolitischer Verantwortung der kommunalen Familie, freiwillig dafür den Großteil des Geldes zur Verfügung zu stellen. Mit dem Streichen der Konsolidierungshilfe und der Bewilligung weiterer Fehlbedarfszuweisungen, für die Sie im Koalitionsvertrag den Weg öffnen, unterstützen Sie weiteres Schuldenmachen und verweigern solidarische Hilfe. Das ist keine seriöse Finanzpolitik.

(Beifall CDU)

Angesichts der Finanzpolitik der neuen Regierung ist allerdings die Auflösung dieses Fonds zugegebenermaßen eine zwingende Notwendigkeit. Wie sollten Sie auch mit ihrem finanzpolitischen Kurs ins Niemandsland von überschuldeten Kommunen Haushaltsdisziplin und finanzpolitische Verantwortung einfordern? Diese Regierung aber will keine Ausgaben kürzen, sondern durch Steuererhöhungen im Bund und zusätzliches Wirtschaftswachstum von mindestens einem halben Prozent mehr Steuern

einnehmen, um so all ihre Wahlversprechen zu bezahlen. Wir haben es eben gehört.

Dabei haben Sie aber zwei Dinge nicht bedacht. Erstens können Sie die Steuern des Bundes so nicht erhöhen. Deshalb sind die eingeplanten 600 Millionen € an Mehreinnahmen für die nächsten Jahre nichts anderes als eine Luftbuchung.

Und zweitens müssen Sie der Wirtschaft die Rahmenbedingungen zum Wachstum schon geben.

(Beifall CDU und FDP)

Die CDU-geführte Landesregierung hat das seit 2005 nachweislich getan. In unseren Regierungsjahren lag das Wirtschaftswachstum im Durchschnitt um 0,8 % pro Jahr höher als zu rot-grünen Zeiten. Für die Unternehmen - ich zitiere hier IHK-Präsident Christoph Leicht - ist der Koalitionsvertrag deshalb „ein Schlag ins Gesicht“. - Herr Leicht hat recht.

(Beifall Abgeordneter Hans-Jörn Arp [CDU])

Sie machen die einzelbetriebliche Förderung in strukturschwachen Gebieten platt. Beim Breitbandausbau bauen Sie neue Hürden auf. Sie kippen die ausgewogene Bäderregelung zulasten des Einzelhandels und der Fremdenverkehrsbetriebe in 95 Orten. Sie ersetzen unsere erfolgreiche Mittelförderung durch eine die Tarifautonomie brechende Regelung von Mindestlöhnen. Und Sie wollen eine europarechtswidrige Tariftreuerregelung. Statt mehr Verantwortung geben Sie dem Mittelstand neue Auflagen und mehr Bürokratie. Sie machen die Flughäfen platt, obwohl die Verhandlungen zu einem norddeutschen Luftverkehrskonzept noch laufen. Sie wollen diejenigen Glücksspielanbieter, die bereit sind, sich strengen Auflagen zur Suchtprävention und zum Spielerschutz zu unterwerfen, Steuern zu zahlen und Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein zu schaffen, zurück in den unkontrollierten Schwarzmarkt im Internet jagen.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Dafür wollen Sie auf der anderen Seite Straffreiheit für Kiffer. Ich frage mich: Was für eine schräge Politik ist das eigentlich?

Das alles ist aber nichts gegen Ihre Verkehrspolitik. Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen. Die Grünen mussten in den letzten Jahren zur Kenntnis nehmen, dass die Region um die Stadt Kiel herum kein Interesse an einer Stadt-Regionalbahn hat. Die Kreise haben nämlich unisono festgestellt, dass die Bahn nicht wirtschaftlich betrie-



**(Johannes Callsen)**

ben werden kann, weil die Menschen sie nicht wollen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Fragen Sie einmal die Bürgerinitiativen gegen die Stadt-Regional-Bahn, was sie davon halten. Die Menschen in der Region wollen lieber ordentliche Straßen.

(Beifall CDU und FDP)

Die Kommunen sind dagegen. Ursprünglich geplante Trassen wurden zwischenzeitlich anders geplant. All das interessiert die Dänen-Ampel überhaupt nicht. Denn der Dialog endet bei Ihnen auch hier offenbar dort, wo Ihre Gesprächspartner anderer Auffassung sind. Deshalb wird dem grünen Lieblingsprojekt, das nie - nie! - auch nur regionale Bedeutung besaß, im gesamten Koalitionsvertrag jetzt landespolitische Bedeutung bescheinigt.

Dieses Stück aus dem Tollhaus ist aber immer noch nichts gegen Ihre Beschlüsse zur Fehmarnbelt-Querung und zur A 20.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Genau!)

Sie boykottieren damit zwei Infrastrukturprojekte, die für die Brückenfunktion des Landes im Ostseeraum von herausragender Bedeutung sind. Sie lassen beide Projekte planerisch im Nirvana enden, die Beltquerung durch ihren Rückzug aus der Hinterlandanbindung und die A 20 durch einen vorläufigen Baustopp an der A 7.

(Serpil Midyatli [SPD]: Lesen Sie doch den Koalitionsvertrag! - Weitere Zurufe SPD)

Wenn nicht überall nur blankes Entsetzen herrschen würde, könnte man sagen: Über Deutschland lacht die Sonne und über uns ganz Europa.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Es geht bei diesen Projekten um das transeuropäische Verkehrsnetz, um unsere Brückenfunktion im Ostseeraum. Unser Land hat Vereinbarungen mit anderen Bundesländern, dem Bund und europäischen Partnern geschlossen, und jetzt kommt die neue Landesregierung und erklärt unter dem Motto „gutes Regieren“ kurzerhand genau diese lange vereinbarten Gespräche und die geschlossenen Vereinbarungen für erledigt. Glauben Sie wirklich, dass mit Schleswig-Holstein zukünftig noch irgendein auch nur im Ansatz ernst zu nehmender Partner in Verhandlungen eintreten wird, wenn Sie diese Vereinbarung aus Ihrem Koalitionsvertrag umsetzen?

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

Ich glaube es nicht.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Haben Sie sich schon einmal die Verkehrsprognosen für den Elbtunnel an der A 7 angesehen? Die steigen bis 2025 noch einmal deutlich an, selbst wenn die A 20 mit der westlichen Elbquerung zur Entlastung da ist. Durch dieses Nadelöhr mit seinen ständigen Staus wollen Sie zusätzlich den gesamten Verkehr der A 20 quetschen. Ich kann nur sagen: Tausende Pendler werden jeden Tag im Stau stehen und Zeit für endlose Gedenkminuten für die Dänen-Ampel und Gelegenheit haben, die „neuen Horizonte“ Ihrer Koalition in Ruhe zu betrachten.

(Olaf Schulze [SPD]: Sie wissen anscheinend gar nicht, wo die A 20 längs geht!)

- Herr Schulze, ich glaube, ich weiß das besser als Sie.

(Vereinzelter Beifall CDU - Olaf Schulze [SPD]: Das glaube ich nicht!)

Die Urlauber werden lieber nach Mecklenburg-Vorpommern, an die Ostsee und die Nordsee in Niedersachsen fahren, als die Ferien auf der Autobahn zu verbringen. Und die Geschäftspartner unserer mittelständischen Unternehmen werden sich Zulieferer suchen, die pünktlich liefern können.

Herr Schulze, wenn Sie der CDU nicht glauben, dann glauben Sie Heide Simonis, Björn Engholm und Bernd Rohwer, die sich alle in den letzten Tagen eindeutig dazu eingelassen haben.

(Beifall CDU und FDP)

Die CDU-geführte Landesregierung hat die Planfeststellungsverfahren für die A 20 weit vorangetrieben und mit dem Bund eine Finanzierungsvereinbarung geschlossen,

(Serpil Midyatli [SPD]: Der kann sich nicht daran erinnern! - Weitere Zurufe SPD)

um dieses für unser Land wichtigste Verkehrsprojekt sicherzustellen. Wer wie Sie jetzt bis 2017 die Hände in den grünen Schoß legen will, der verspielt die Zukunft Schleswig-Holsteins.

(Beifall CDU - Lachen SPD - Olaf Schulze [SPD]: Wo steht das denn?)

Wer jetzt nicht entschlossen weiterplant und sich nicht gemeinsam mit den anderen Bundesländern beim Bund ohne Wenn und Aber für den schnellen

**(Johannes Callsen)**

Ausbau der A 7 und der A 20 einsetzt, der verspielt alle Chancen für den Bau nach 2017.

In Schleswig-Holstein sagt man „Anholen deit kriegen“ oder „Anhalten tut kriegen“. Das Problem ist nur: Sie wollen die A 20 gar nicht kriegen.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Die A 20 mit ihrer Sackgasse an der A 7 darf aber nicht zum Symbol des Scheiterns schleswig-holsteinischer Verkehrsgeschichte werden. Sie ist nicht nur von Bedeutung für Schleswig-Holstein, sondern ganz besonders für die Westküste und den Landesteil Schleswig.

Wenn Sie, Herr Albig, die A 20 und Ihren Westküstenplan - von dem wir heute erstmals gehört haben - in Verbindung bringen mit dem „Programm Nord“, übrigens einem Wiederaufbauprogramm nach dem Krieg für Landwirtschaft und Wirtschaftswege, dann finde ich das - vorsichtig gesagt - ausgesprochen bemerkenswert.

Bei der A 20 allerdings kann ich auch dem SSW wenige Worte nicht ersparen. Ich will für die CDU-Landtagsfraktion vorausschicken, dass wir den Sonderstatus und die Vollgültigkeit der Mandate des SSW in keinsten Weise anzweifeln.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Serpil Midyatli [SPD]:  
Das ist neu!)

- Nein, das haben wir immer schon gesagt.

Wer allerdings landespolitisch Regierungsverantwortung übernimmt, der muss sich wie jede andere Partei an seinen Aussagen politisch auch messen lassen.

(Beifall CDU, demonstrativ vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie, meine Kolleginnen und Kollegen vom SSW, haben mit der einstimmigen Zustimmung zum Koalitionsvertrag der Stadt-Regional-Bahn Kiel landespolitische Bedeutung zugebilligt. Damit haben Sie dieses Wolkenkuckucksheim-Projekt in der Prioritätenliste der Landesregierung weit vor den A-20-Ausbau, weit vor den durchgehenden Ausbau der B 5 und den dreispurigen Ausbau der A 7 gesetzt - alles Forderungen aus Ihrem Wahlprogramm. Ich finde es erschreckend, dass der SSW eine für die Entwicklungsperspektiven des Landesteils Schleswig, der Westküste - seines Tätigkeitsgebiets - so nachteilige Politik befürworten kann.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Wer das Wahlprogramm des SSW liest, wird auch dort eine Vielzahl konkreter Forderungen sehen, von denen bis auf den Erhalt der Flensburger JVA und wolkiger Worte zu einer Europa-Universität in Flensburg nichts geblieben ist. Dafür haben Sie entscheidende Verkehrsprojekte geopfert. Kein Wunder, dass selbst die Transportwirtschaft in Dänemark entsetzt ist über diesen Koalitionsvertrag.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Sie haben auch der Abschaffung der einzelbetrieblichen Förderung zugestimmt - ich weiß, das ist ein Leib- und Magenthema der Sozialdemokraten -, obwohl gerade hierdurch Anreize für Unternehmensansiedlungen und Betriebserweiterungen und damit für neue Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen gegeben werden. Selbst die herausragende Bedeutung der Windmesse in Husum wird im Koalitionsvertrag nicht erwähnt. Von daher kann ich nicht verstehen, wie der SSW eine solche Regelung zulassen kann,

(Beifall CDU und FDP)

mit der er den Anschein erweckt, dass er Husum schon im Wettbewerb gegen Hamburg aufgegeben hat.

Die CDU wird umso engagierter die Interessen der Menschen im Norden vertreten. Denn diese Politik, die Sie betreiben, zerstört nicht nur dort, sondern im gesamten Land die wirtschaftliche Basis und damit die Zukunft der Menschen. Und wenn es um das ganze Land geht, dann geht es auch um die Kooperation mit Hamburg. Was haben wir von den Sozialdemokraten vor der Wahl nicht alles an Schaufensteranträgen zur Zusammenarbeit mit Hamburg in diesem Parlament erlebt - jede Sitzung neu, am besten sollte es gleich ein gemeinsamer Ausschuss mit Entscheidungskompetenz sein.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Serpil Midyatli [SPD]:  
Kommt alles wieder, lieber Kollege! Warten Sie es ab!)

Was ist denn daraus geworden? Außer netten Worten und Prüfaufträgen ist nichts davon im Koalitionsvertrag übrig geblieben. Herr Scholz in Hamburg ist begeistert über diesen Bekennermut ohne konkrete Taten. Dabei ist doch klar, dass eine vertiefte Kooperation mit Hamburg auf Augenhöhe zum Wohle beider Bundesländer nötig und wichtig und deshalb umzusetzen ist. Die Dänen-Ampel zeigt aber keine Idee auf, mit der sie alternativ für Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein sorgen will.

(Johannes Callsen)

(Beifall Abgeordneter Christopher Vogt [FDP])

Wo ist Ihr Konzept für unsere Wissenschaft jenseits der Zusage, alle Hochschulstandorte zu erhalten?

(Serpil Midyatli [SPD]: Sie wollten Unis schließen! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer wollte Unis schließen? - Weitere Zurufe SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

- Das ist doch ein Märchen. Das sind doch Märchen, die Sie hier verbreiten.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Wie soll es mit dem Technologiestandort weitergehen? Wo ist eine neue Strategie für den Energiestandort Schleswig-Holstein? Gerade an dieser Stelle geht es auch um Arbeitsplätze. Ich will auch mit Blick auf die Westküste sagen: Den Energiestandort Brunsbüttel machen Sie mit Ihrer Energiepolitik platt, ohne sich über die dortigen Arbeitsplätze Gedanken zu machen.

(Beifall CDU)

Ich erkenne keine Perspektiv, wie Lösungen für die Zukunft entwickelt werden sollen.

Wo ist eine neue Strategie für die Energiewende jenseits dessen, was die CDU-geführte Landesregierung bereits geplant hat? Sie melden in allen Punkten Fehlanzeige. Deshalb nehmen Sie ganz bewusst in Kauf, dass unsere Wirtschaft nicht weiter wachsen wird. Das wissen Sie. Darum wissen Sie auch, dass Sie all Ihre Wahlversprechen nur mit zusätzlichen Schulden werden bezahlen können. Mehr als 50 große und kleine haushaltswirksame Einzelmaßnahmen listet Ihr Koalitionsvertrag auf, ohne dass Sie die Kosten, geschweige denn die Gegenfinanzierung dazu nennen. Mit so vielen Unbekannten, die Sie in Ihrer Rechnung haben, könnte selbst Adam Riese nicht rechnen.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Haben Sie schon einmal in Ihren alten Koalitionsvertrag hineingesehen?)

Frau Heinold kann es offenbar besser als er. Mir ist aber völlig unerklärlich, wie gerade die Grünen diese völlig unsoliden Buchungen mit ihrem bisherigen Anspruch auf eine nachhaltige Finanzpolitik vereinbaren können. Diese Frage stelle ich mir wirklich.

(Beifall CDU)

Sie beteuern, dass Sie die Schuldenbremse einhalten werden - logischerweise -, doch wollen Sie es

noch nicht einmal bei den in der vergangenen Legislaturperiode gemeinsam beantragten zusätzlichen Schulden innerhalb der geltenden Verträge belassen. Dem haben offenbar auch die Grünen schon zugestimmt, wenn es im Koalitionsvertrag heißt:

„Die Landesregierung wird das bestehende Verfahren zur Abgrenzung von strukturellen und konjunkturellen Einnahmen weiterentwickeln.“

Das heißt doch nichts anderes, als dass Sie früher oder später, wenn Sie an Ihre Versprechen erinnert werden, mit Buchungstricks zusätzliche Schulden machen wollen. Diese Finanzpolitik ist unseriös. Sie verfrühstückt Konsolidierungserfolge, und sie vernichtet Handlungsspielräume für die Zukunft.

(Beifall CDU und FDP)

Ihre größte Sorge ist offenbar nicht, dass Sie zu wenig neue Schulden machen dürfen. Das wirkliche Problem unseres Landes ist aber der schon heute viel zu hohe Schuldenberg. Sie meinen, Schulden machten reich, und nennen das auch noch vorsorgende Finanzpolitik.

(Christopher Vogt [FDP]: Stark machende!)

Ihr bestes Argument dafür sind 700 Lehrerstellen, die Sie an unseren 852 allgemeinbildenden Schulen erhalten wollen. Die Stunden daraus sollen für mehr gemeinsames Lernen, weniger Unterrichtsausfall, Entlastung im G-8-Bereich, ein flächendeckendes G-9-Angebot an Gemeinschaftsschulen, den Mehrbedarf an bisherigen Regionalschulen durch deren Umwandlung zu Gemeinschaftsschulen, mehr Inklusion und den Ausbau der Ganztagschule eingesetzt werden.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Noch einmal: All das, dieser ganze Katalog, mit weniger als einer Stelle pro Schule! Glauben Sie wirklich, dass die Menschen das und damit Sie noch ernst nehmen? Warum erkennen Sie nicht an, dass wir heute, nach den Jahren der CDU-geführten Landesregierung, das beste Lehrer-Schüler-Verhältnis haben und sich die Qualität der Schulabschlüsse deutlich für die Menschen verbessert hat?

(Beifall CDU und FDP)

Warum kümmern wir uns nicht gemeinsam endlich darum, die Qualität des Unterrichts an den Schulen zu verbessern? Warum tun Sie nicht schnell etwas gegen das drängendste Problem an unseren Schulen, nämlich den Unterrichtsausfall? Wir haben dafür die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen geschaffen. Sie drehen das wieder zu-

(Johannes Callsen)

rück. Genauso, wie Sie übrigens auch die Zuständigkeit für Kindertagesstätten und damit die frühkindliche Bildung wieder in das Sozialministerium übertragen. Das war bekanntlich bei Rot-Grün bis 2005 schon so, weil vor allem die SPD den Kitas lediglich einen Betreuungsauftrag zugebilligt hat. Die CDU hat 2005 nach langen Verhandlungen mit der SPD in der Großen Koalition dafür gesorgt, dass der Bildungsauftrag der Kitas endlich gesetzlich verankert wurde

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Das steht seit 1991 im Gesetz! - Weitere Zurufe SPD)

und die Zuständigkeit für die frühkindlichen Bildungseinrichtungen deshalb - wie es logischerweise sein muss - ins Bildungsministerium verlagert wurde. Das alles machen Sie jetzt wieder rückgängig.

Ich empfehle jedem Schleswig-Holsteiner die Lektüre Ihres Kita-Kapitels im Koalitionsvertrag, weil an keiner Stelle Ihre Schaumschlägerei, Ihre leeren Versprechungen und Ihre völlig konzeptionslose Arbeitsweise so deutlich wird wie mit der Rückübertragung des Kita-Bereichs in den Sozialbereich.

(Beifall CDU)

Deshalb beginnen Sie von vorn mit leidigen Schulstrukturreformen. Schulfrieden, Herr Albig, sieht anders aus. Fahren Sie einmal nach Satrup in das dortige Y-Gymnasium. Dort gibt es mittlerweile helle Aufregung bei Schülern, Lehrern, Eltern und Schulträgern.

(Lachen und Zurufe SPD)

Die Regionalschulen im Land wissen nicht, wie es weitergeht. Auch dort ist Ihnen der Wille der Betroffenen vor Ort egal. Regionalschulen sind für Sie immer noch Restschulen und werden „weiterentwickelt“, was zu Deutsch heißt abgewickelt - natürlich im Dialog mit den Menschen.

Unter anderem deshalb soll es einen Bildungskongress geben, auf dem gemeinsam mit den Menschen entwickelt werden soll, was Sie längst beschlossen und mittlerweile auch verkündet haben. Für wie dumm hält die Dänen-Ampel eigentlich die Menschen in Schleswig-Holstein?

(Beifall CDU)

Glauben Sie wirklich, Frau Wende, dass die von Ihnen als Restlehrer und Restschüler bezeichneten Menschen mit Ihnen gemeinsam die Schulen abwickeln wollen,

(Olaf Schulze [SPD]: Sie sind es doch, die abwickeln wollen!)

oder die Gymnasiallehrer, deren Ausbildung Sie jetzt zerreißen wollen?

Dieser Kongress ist so, wie wir ihn jetzt bewerten, eine reine Farce. Er zeigt exemplarisch, dass der neue Politikstil, der Dialog mit den Menschen Gefahr läuft, eine reine Worthülse zu werden. Ihre Eckpunkte zur Bildungspolitik haben das heute noch einmal sehr deutlich gemacht. Sie sind für Beteiligung, aber bei Ihnen steht die Entscheidung bereits vor der Beteiligung fest.

(Beifall CDU und FDP)

Das ist nicht unsere Vorstellung von Dialog.

Herr Albig, die Menschen haben Ihnen im Wahlkampf geglaubt und Ihnen ganz persönlich und Ihrer Dänen-Ampel eine knappe Mehrheit verschafft. Nun werden Sie und Ihr Regierungsprogramm an Ihren Versprechen gemessen wie - ich zitiere von Ihrer Homepage -: konsequent nur zu versprechen, was Sie auch halten können; für Planungssicherheit, Verlässlichkeit und Kontinuität zu sorgen, die Bürgerinnen und Bürger in die Prozesse einzubinden und im Dialog mit den Menschen zu stehen.

Unsere Sorge ist, dass angesichts des Koalitionsvertrags diese Versprechungen leere Worte bleiben werden. Deswegen ist die Enttäuschung vieler Menschen in Schleswig-Holstein und darüber hinaus groß, wie wir das den Zeitungen entnehmen konnten.

Den deutlichen Worten aus dem CDU-geführten Niedersachsen und dem Bund sowie Dänemark folgt mittlerweile eine nur wenig undeutlichere Kritik aus dem SPD-geführten Hamburg, und ein Großteil der Gewerkschaften im Land sind entsetzt, auch wenn zwei Ihrer Herren Staatssekretäre das anders sehen möchten. Ein so verheerendes Pressebild hatte die Koalition aus CDU und FDP nicht einmal, als wir unsere notwendigen, für die Zukunft des Landes notwendigen Kürzungen im Doppelhaushalt beschließen mussten.

(Lachen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Grund dafür ist, dass wir bei aller Härte der Maßnahmen und der Beschlüsse eine Idee und einen Plan hatten, wie wir für dieses Land eine Zukunft gestalten. Den haben Sie nicht. Sie reißen ein Haus ein, ohne zu wissen, was Sie stattdessen aufbauen wollen. Ihre Idee für die Zukunft Schleswig-Holsteins erschöpft sich in der Addition der Rück-

**(Johannes Callsen)**

nahme von CDU/FDP-Entscheidungen mit rot-grünen Spielwiesen der Vergangenheit, die Schleswig-Holstein bereits einmal in die Sackgasse geführt haben.

Diese Koalition ist inhaltsleer, rückwärtsgewandt und ohne Perspektive für unser Land.

(Anhaltender lebhafter Beifall CDU und lebhafter Beifall FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Dr. Stegner, das Wort.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das neue Bündnis aus Sozialdemokraten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dem SSW bedeutet einen Neuanfang für Schleswig-Holstein. Wir haben nicht nur die Mehrheit der Mandate in diesem Hause, sondern wir haben eine gemeinsame Idee für die Zukunft unseres Landes. Diese gemeinsame Idee ist eine von gerechter Bildung, von guter Arbeit, von konsequenter Energiewende und von soliden öffentlichen Finanzen.

(Christopher Vogt [FDP]: Von starken Menschen!)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich möchte mich bei Ihnen für die Regierungserklärung bedanken, auch für den Stil des Regierungswechsels. Manches, was Sie hier heute gesagt haben, und auch die Antwort von eben zeigt: Wir brauchen einen anderen Stil, eine andere Politik. Wir werden auch ein anderes Parlament haben. Ihre Regierungserklärung macht Mut, dass das genau so sein wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor einigen Tagen hat das Landesverfassungsgericht Land und Kommunen aufgefordert, doch wieder miteinander zu reden und zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Deutlicher kann man den Politikstil dieser Koalition kaum beschreiben. Denn das ist genau das, was Sie angekündigt haben: miteinander statt gegeneinander, fair statt andere zu gängeln, nachbarschaftlich statt durch Alleingänge zu brüskieren, im Dialog statt in Haushaltsstrukturkommissionen in Hinterzimmern. Das bedeutet vor allem, mit den Akteuren zu reden, mit denen, die von unser aller Entscheidungen betroffen sind.

Dieser Dialog ist nicht ziellos, aber wichtig ist die Einigung über den besten Weg. Zuhören, einbeziehen, entscheiden, an Vereinbarungen halten - das sind die Wegmarkierungen. Deswegen machen wir zum Beispiel eine Bildungskonferenz Schule, weil uns an realem Schulfrieden gelegen ist und nicht an etwas, was so heißt, es in Wirklichkeit aber gar nicht ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deswegen ist uns am Dialog mit den Kulturschaffenden gelegen. Deswegen ist uns daran gelegen, mit den Kommunen gemeinsam zu einer vernünftigen Lösung zu kommen im Kita- und Krippenbereich, bei den notwendigen Verwaltungsreformen, bei der Frage der Theaterfinanzierung, beim Umgang mit den kommunalen Defiziten und nicht - wie Sie es getan haben - mit dem sogenannten Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetz mit einem goldenen Zügel, der die Kommunalparlamente ihrer Selbstständigkeit beraubt. Das ist falsch, deswegen werden wir das ändern.

(Beifall SPD)

Verehrter Herr Oppositionsführer, geradezu komisch mutet es an, wenn ausgerechnet Sie sich hier als Fürsprecher Lübecks darstellen. Ihre Koalition war es doch, die dort die Hochschule schließen und kaputt machen wollte! Da sollten Sie hier nicht solche Reden an unsere Adresse halten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist der neue Stil! Unglaublich! - Weitere Zurufe CDU und FDP)

Auch bei der Hochschulkonferenz muss es darum gehen, mit den Hochschulen dieses Landes zu reden, was die Zukunft sein kann, auch mit den Vereinen und Verbänden darüber zu reden, wie und wo vernünftig gespart werden kann, wo nicht, und wo wir gemeinsame Lösungen suchen und Synergien nutzen können.

Ja, wir müssen auch gemeinsame Lösungen mit Hamburg finden - im Verkehrsbereich und damit wir so etwas wie „Gastschulabkommen“ in Zukunft nicht mehr brauchen. Das ist ein Wort des letzten Jahrhunderts. Wir wollen irgendwann freie Schulpflicht haben und Mobilität in allen Bereichen unseres Landes.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**(Dr. Ralf Stegner)**

Wir wollen im Bund gemeinsam mit den anderen Ländern stark agieren. Die norddeutsche Zusammenarbeit ist zentral. Sie ist Schlüssel für ganz vieles. Eine gemeinsame Finanzierung von Bildungspolitik muss wieder möglich sein zwischen Bund, Ländern und Kommunen, sonst werden wir den Kraftakt nicht schaffen. Das kann man nur, wenn man über die Grenzen des eigenen Landes hinausschaut.

Wir wollen offen sein. Wir haben vor der Wahl gesagt, was wir tun wollen, und wir werden nach der Wahl tun, was wir gesagt haben. So wird es sein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Schauen wir mal!)

Verlässlichkeit ist wichtig, kein Hü und Hott, keine überraschenden Veränderungen und Wendungen. Was wir außerhalb des Parlaments tun, gilt natürlich auch für dieses Parlament selbst. Wir reichen den anderen Fraktionen im Landtag die Hand, auf dass wir gemeinsam die neue Regierung gern kritisch begleiten, aber vor allem konstruktiv.

Wir wollen eine andere Politik. Herr Oppositionsführer, wer Ihnen eben zugehört hat, der versteht gar nicht, warum Sie zusammen 28 Mandate haben und nicht 38 oder 48, wenn Ihre Politik so prima war. Die Bürgerinnen und Bürger haben das ganz offenkundig anders gesehen. Sie wollten einen Regierungs- und einen Politikwechsel. Das ist das Ergebnis der Landtagswahl vom 6. Mai dieses Jahres.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie haben auch nur 22, Herr Stegner!)

Es gibt einen Grund für diesen Politikwechsel. Der Ministerpräsident hat manche dieser Gründe aufgezeigt und Antworten gegeben, wie das umgesetzt werden soll, was die Bürgerinnen und Bürger von uns erwarten.

(Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

Verehrter Herr Oppositionsführer, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie nicht permanent mit dem Wort „Dänen-Ampel“ als Kampfbegriff herumlaufen. Das ist Ihrer nicht würdig, was Sie gerade gesagt haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Lachen FDP)

Das ist kein guter Begriff, und Sie sollten ihn nicht verwenden. Sie haben ihn in Ihrer Rede mehrmals verwandt. Ich finde das nicht in Ordnung.

(Johannes Callsen [CDU]: Der ist seit 2005 in der Presse und stammt nicht von mir!)

- Sie schreiben ja nicht immer alles ab, was in der Presse steht. Man kann ja auch einmal eigene Begriffe verwenden, Herr Oppositionsführer. Ich möchte Ihnen empfehlen, das zu tun.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben im Koalitionsvertrag hinbekommen, dass wir uns trotz durchaus vorhandener Unterschiede zwischen den drei Parteien, die die Koalition bilden, nicht auf den kleinsten gemeinsamen Nenner verständigt haben, sondern auf gemeinsame, entscheidende Projekte, die unser Land voranbringen, auf eine gemeinsame Idee, was wir unter wirklich gerechter Bildung verstehen, die kein Kind und keinen Jugendlichen in diesem Land zurücklässt, auf eine gemeinsame Definition, was wirklich gute Arbeit ist, von der die Menschen leben können, auf ein Verständnis, wo die Herausforderungen bei der konsequenten Energiewende liegen, die wir zu bewältigen haben, oder auch was solide öffentliche Finanzen auf allen Ebenen bedeuten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen, dass Gerechtigkeit wieder Maßstab und Kompass unserer Politik wird. Wir wollen, dass nicht Eigennutz, nicht Lobbyinteressen, nicht Vorfahrt für die Mächtigen und Starken, sondern Parteinahme für die Schwachen die Politik auszeichnen. Es ist eben kein Mut - ich habe Ihnen das von dieser Stelle schon häufiger gesagt; weil Sie so viel von der früheren CDU-geführten Landesregierung gesprochen haben, will ich das noch einmal sagen -, bei den Schwächsten zu kürzen. Das ist nicht mutig, das ist falsch.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mut ist, sich mit den starken Interessen anzulegen, und Mut ist es, auf die Dinge hinzuweisen und die Realität zu beschreiben, wie sie ist, und nicht einfach papierene Bekenntnisse abzugeben. Ich finde, der Ministerpräsident hat das an manchen Stellen sehr deutlich gesagt, auch mit der Zurückhaltung, die man zu Beginn haben muss, wenn man weiß, dass viele Schwierigkeiten auf dem Weg vor uns liegen, dass da viele Steine aus dem Weg zu räumen sind, Politik mit Verstand und Augenmaß, aber auch mit Leidenschaft für das Ziel, das Leben der Menschen besser zu machen. Denn das ist und bleibt Sinn und Zweck unserer Politik in diesem Haus.

**(Dr. Ralf Stegner)**

(Vereinzelter Beifall SPD)

Wir haben uns nicht in unwesentlichen Dingen geeinigt, und wir haben uns auch nicht auf Nebenschauplätze verzogen, sondern wir haben uns auf die wichtigsten Projekte für unser Land verständigt. Der Herr Ministerpräsident hat die Schwerpunkte benannt, und ich will ein paar davon aufzählen.

Unser erstes und wichtigstes Ziel und die zentrale Frage, weil sie über Lebenschancen entscheidet, ist, die Bildung in unserem Land zu verbessern. Bildung entscheidet über Lebenschancen. Wir sind stolz darauf, dass wir es schaffen werden, die Hälfte der Mittel, die aus demografischen Gründen hätte eingespart werden können, der Bildung zugute kommen zu lassen. Das hatten wir mit der Union 2009 schon einmal vereinbart. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sind von dem Weg abgewichen, nicht wir. Es ist gut, dass wir das tun. Das ist gut für die jungen Menschen in Schleswig-Holstein und für das ganze Land.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sind für längeres gemeinsames Lernen, weil es falsch ist, die jungen Kinder auszusortieren und ihnen zu sagen, was sie alles nicht können, und weil es richtig ist, sie mitzunehmen und nach besten Möglichkeiten und Fähigkeiten zu fördern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sind für mehr Integration und Inklusion, weil es falsch ist, Kinder, die eine Behinderung haben, zurückzulassen. Sie gehören von Anfang an dazu. Wir sind für einen besseren und verlässlicheren Unterricht. Es sind die wichtigsten Investitionen, die wir überhaupt tätigen können, wenn wir im Bildungsbereich all dies tun.

Wer weiß, dass Bildung über Lebenschancen entscheidet, der kann nicht mit einem einzigen Schüler zufrieden sein, der die Schule ohne Abschluss verlässt, der kann nicht zulassen, dass wir nach wie vor so viele Talente vergeuden, und der weiß auch, dass es richtig ist, in frühkindliche Bildung zu investieren, statt diese unsinnige und reaktionäre Fernhalteprämie zu finanzieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Verehrter Herr Callsen, Sie können das nicht wissen, Sie waren damals noch nicht hier: Ich habe 1990 für Günther Jansen gearbeitet, da kam der Bildungsauftrag ins erste Kita-Gesetz dieses Landes

hinein, und da ist er auch richtig drin, weil das frühkindliche Bildung ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist schade, dass der Kita-Bereich im Bildungsministerium von Dr. Klug so schlecht behandelt worden ist. Das war stiefmütterlich. Wir wissen, dass das ein Teil von Bildung ist. Wir werden das jetzt im Sozialministerium haben, aber das wird nicht als Teil betrachtet, der nur Sozialpolitik ist, sondern das ist sehr wohl die erste Bildungseinrichtung - das wissen wir -, und da wird besser zusammengearbeitet werden als in Ihrer Regierung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Qualität spielt eine große Rolle, und Ausbau spielt eine große Rolle. Wir wissen auch, dass wir die Erzieherinnen, denen wir die Zukunft unserer Kinder anvertrauen, in Zukunft werden besser bezahlen müssen. Es wird eine Weile dauern, bis wir das bekommen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im schulischen Bereich muss es aufhören mit den Sackgassen, es muss aufhören, dass man Schulen schikaniert. Wir wollen gute Gymnasien, gute Gemeinschaftsschulen, gute Berufliche Schulen, die Wege, die die Kinder und Jugendlichen zum höchstmöglichen Abschluss führen, auch im ländlichen Raum. Das erwarten die Menschen von uns. Man erlebt übrigens gerade in Regionen, wo es leider konservative Mehrheiten gibt, dass sie von der neuen Regierung mehr erwarten, als sie von Ihnen in der Vergangenheit bekommen haben.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Dialog steht im Vordergrund. Deswegen haben wir auch Kompromisse gemacht. Es geht nicht darum, recht zu behalten, sondern es geht darum, dass wir Schule für diejenigen machen, für die sie da ist, nämlich für die Kinder und Jugendlichen, dass wir mit den Lehrkräften gut umgehen, die eine schwere Aufgabe zu leisten haben und unsere Anerkennung und Unterstützung verdienen, dass wir die Eltern und die Planung kommunaler Schulträger ernst nehmen und aufhören mit all dem, was Sie im schulischen Bereich angerichtet haben und was wir wirklich verändern müssen.

(Rainer Wiegand [CDU]: Warum haben Sie das 20 Jahre lang nicht gemacht?)

**(Dr. Ralf Stegner)**

Die Zweigliedrigkeit ist übrigens auch der bundesweite Weg, der überall gegangen wird. Wir sind also auch anschlussfähig mit dem, was wir tun. Deswegen ist die Bildungspolitik sicherlich mit das schwierigste Feld, aber auch das wichtigste. Wir wissen, es ist ein Kraftakt, den wir vor uns haben, über viele, viele Jahre, und es gilt immer noch: Es gibt nur eines, was teurer ist als Bildung, und das ist keine Bildung. Daran werden wir uns orientieren.

Im Hochschulbereich ist es wahr: Die Hochschulen sind unterfinanziert. Wir wissen das. Wir würden gern schneller helfen als nur durch die Tarifsteigerungen, die wir ausgleichen, und das W-Urteil, das wir ausgleichen müssen.

Wir wissen, auch in der Hochschulplanung ist noch sehr viel mehr Luft, jedoch nicht dadurch, dass man - wie Sie - Standorte bedroht, sondern indem man die Stärken stärkt und über Zusammenarbeit redet. Luft ist dadurch da, dass man das Gute an den Orten fördert, und zwar nicht nur aus dem Grund, weil die Medizin teurer ist. In diesen Bereich hineinzuhauen, obwohl wir hier bundesweit Spitzenklasse sind, ist volkswirtschaftlicher Unsinn. Das werden wir nicht tun. Wir werden mit den Betroffenen reden. Wir wissen: Wenn wir das ausgleichen wollen, was uns im Augenblick noch an Mitteln fehlt, dann müssen wir tatsächlich am Ende eines jeden Jahres, in dem wir sparsam gewirtschaftet haben, schauen, damit wir einen Teil der Haushaltskonsolidierungen auch in Zukunftsinvestitionen im Hochschulbereich stecken können, denn das ist die Zukunft des Wohlstandes unseres Landes. Hier müssen wir anschlussfähig bleiben. Wir müssen dies auch nach Norden hin in der Zusammenarbeit mit den dänischen Nachbarn und nach Süden hin bei der Zusammenarbeit mit den Kollegen aus Hamburg bleiben.

Das ist ein Kraftakt, aber Bildung rechnet sich. Hannelore Kraft und die Regierung in Nordrhein-Westfalen haben es gerade deutlich gesagt, und dies ist vom Wähler auch bestätigt worden: Es ist richtig, wenn man in Kinderbetreuung und Bildung investiert. Dadurch hat man in späterer Zeit entsprechend geringere Sozialkosten, die dadurch entstehen, dass Menschen von der Bahn kommen, nicht gefördert werden und sich nicht mitgenommen fühlen und am Ende ihr Leben lang Sozialtransfers brauchen. Diesen Teufelskreis wollen wir durchbrechen, und diesen Teufelskreis werden wir durchbrechen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW)

Liebe Wara Wende, Sie haben dieses Ressort in Zukunft zu führen. Das ist mit eine der schwierigsten Aufgaben in der Landesregierung. Sie werden bei dieser Aufgabe in vollem Umfang unsere Unterstützung haben. Wir wünschen Ihnen den Erfolg, den Sie verdienen. Sie bringen eine Menge an Kompetenz ein, und wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Ihnen in dem neuen Amt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen die Kommunen stärken. Das ist die Basis unserer Demokratie. Hier erleben die Menschen vor Ort, was es bedeutet, wenn Schwimmbäder geschlossen werden, wenn Jugendeinrichtungen geschlossen werden und wenn wir den Menschen sagen: Hier funktioniert Demokratie überhaupt nicht. Demokratie machen wir dann, wenn wir beschließen, Rettungspakete für große Banken zu schnüren. Hier muss wieder Handlungsfähigkeit hergestellt werden, und zwar nicht nur um zu verwalten, sondern um selbst und eigenverantwortlich zu gestalten.

Dazu gehört auch, die Verwaltung zu optimieren und ein besseres und effektiveres Zusammenspiel der verschiedenen Ebenen zu ermöglichen. Dazu gehören auch die Minimierung von Kontrollen sowie die Einführung von möglichst abschließenden Verfahren. Ja, das zentrale Versprechen, das Torsten Albig im Wahlkampf abgegeben hat, nämlich dass wir den Kommunen bei ihren Aufgaben helfen wollen und dass wir das, was wir aus dem kommunalen Finanzausgleich herausgenommen haben, zurückgeben werden, werden wir halten. Wir werden Wege finden. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die nur einen Geldbeutel haben, halten von diesem Kampf verschiedener von ihnen selbst finanzierter Ebenen untereinander überhaupt nichts. Sie wollen eine gute Politik. Sie wollen nicht, dass sich die Ebenen untereinander um die Ressourcen streiten. Das ist der Sachverhalt.

(Beifall SPD und vereinzelt SSW)

Bei der Frage des Rechtsanspruchs ist es doch völlig schnurz, ob wir darüber reden, wenn wir den Kommunen nicht auch die Möglichkeiten in die Hand geben, die Betreuung der unter Dreijährigen zu gewährleisten. Die Eltern gehen vor Gericht und klagen dieses Recht ein. Sie fragen nicht danach, wer zuständig ist. Sie interessieren sich nicht für die Zuständigkeit, sondern sie wollen, dass die Zustände geändert werden. Das ist das, was die Eltern von den Kommunen erwarten. Deshalb werden wir den Kommunen in den Schritten, die Torsten Albig be-



**(Dr. Ralf Stegner)**

geschrieben hat und für die er die volle Unterstützung dieser Koalition hat, dabei helfen, diese Kinderbetreuung zu realisieren.

Wir werden an den kommunalen Finanzausgleich herangehen müssen, weil es hier viele Unwuchten gibt. Wir werden das aber anders machen, als es die Vorgängerregierung gemacht hat. Wir wollen den zentralen Orten und den Städten helfen, die andere Aufgaben haben, aber wir werden dies nicht durch eine Politik gegen den ländlichen Raum tun, denn Stadt und Land müssen zusammenarbeiten, wenn dies funktionieren soll. Das haben Sie nicht verstanden. Das werden wir miteinander ändern.

(Beifall SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Da sind wir gespannt!)

Die demografische Entwicklung verlangt in diesem Flächenland eine Menge von uns. In manchen ostdeutschen Bundesländern kann man sich angucken, was wir zu tun haben. Wir haben schon im eigenen Land Unwuchten. Andreas Breitner war ein guter Bürgermeister der Stadt Rendsburg. Er weiß, dass ein anderer Umgang mit den Kommunen nötig ist. Als Kommunalminister hat er unsere volle Unterstützung dabei, das zu realisieren. Lieber Andreas Breitner, wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Ihnen. Das wird eine gute Zusammenarbeit werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Verehrter Herr Kollege Callsen, das Lob für das kommunale Ehrenamt ist gut. Sie sollten allerdings nicht so tun, als sei dies hier im Lande ein Gegensatz. Ich weiß, dass Kommunalwahlen sind. Das kommunale Ehrenamt schätzen wir alle hier im Hause. Ich glaube, das können wir sagen. Das ist aber kein Gegensatz zur Verwaltungsreform. Diesen haben Sie aufgemacht, und das ist falsch, denn die Identität des kommunalen Ehrenamtes liegt nicht darin, ineffiziente Verwaltungen zu haben, sondern kommunal selbstständig handeln zu können und nicht - wie es von Ihnen gemacht wurde - durch Gesetze von diesem Handeln abgehalten zu werden.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genauso künstlich war der Gegensatz, den Sie in der Innenpolitik aufgemacht haben. Unser neuer Innenminister ist viel zu klug, als dass er sich auf diese Leimroute locken ließe, die Sie ausgelegt haben. Wir wissen sehr genau, dass unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte Hunderttausende von Über-

stunden und schwere Arbeit leisten. Sie haben die Unterstützung dieses Hauses. Sie haben die Unterstützung dieser Koalition, und das werden sie in unserer praktischen Politik auch feststellen.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Wir werden den sozialen Zusammenhalt wiederherstellen. Wir kürzen keine notwendigen Strukturen kaputt. Zuschüsse zu Frauenhäusern und das Blindengeld sind für uns keine Almosen, sondern notwendige Mittel, um möglichst vielen in Schleswig-Holstein ein eigenständiges Leben zu ermöglichen. Sie haben vorhin über die Schokoherzen gespottet. Nicht wir haben davon gesprochen, dass Fürsorge auch erdrücken könnte. Wir haben eine andere Form von Sozialpolitik im Sinn, sehr verehrter Herr Kollege Callsen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Diese Form ist ganz anders. Sie ist nicht karitativ, sondern in Form eines Rechts von Menschen, die dieses Recht in Anspruch nehmen können, die nicht geduldet werden, sondern die gefördert werden. Die Kosten für Beratungsstellen sind übrigens geringer als die Kosten der Folgen, die durch das Kaputtsparen angerichtet werden. Das erleben Sie überall im Land. Sie sind noch stolz darauf, dass die größten Demonstrationen vor dem Landeshaus während der Zeit Ihrer Verantwortung stattgefunden haben. Das ist kein Grund zum Stolz, sondern das ist ein Grund zur Scham, weil manches falsch gewesen ist.

Wir haben alle Menschen im Auge. Wir wollen niemanden ausgrenzen, wir wollen niemanden zurücklassen. Wir müssen uns um Schulabschlüsse kümmern, wir müssen uns um Berufsübergänge und um Ausbildung kümmern. Wir wollen uns übrigens auch um Gleichstellung kümmern. Schauen Sie einmal auf die Regierungsbank. Die Hälfte der Ressorts wird von Frauen geführt, die andere Hälfte von Männern. Auch das ist ein Unterschied zur Vorgängerregierung. Gleichstellung zeigt sich auch an diesem Punkt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

An bestimmten Stellen wissen wir, dass wir schwierige Aufgaben vor uns haben. Der Ministerpräsident hat das Thema Eingliederungshilfe angesprochen. Das ist ein großes und schwieriges Thema. Wir wissen, dass das ein riesiger Haushaltstitel ist. Es gilt, sich um Menschen mit Behinderung zu

**(Dr. Ralf Stegner)**

kümmern, ohne ihnen den Eindruck zu vermitteln, dass man ihnen an den Kragen wolle, jedoch dafür zu sorgen, dass die Devise ambulant vor stationär umgesetzt wird und dass man an komplizierte Strukturen in Zusammenarbeit mit denen, die dafür verantwortlich sind, herangeht. Das werden wir leisten müssen, und das werden wir auch leisten.

Wir werden auch den völlig unverständlichen Widerspruch angehen müssen, nämlich dass wir einerseits wissen, dass wir eine qualifizierte Altenpflege brauchen, dass jedoch diejenigen, die sich dieser Ausbildung widmen, das Geld selbst mitbringen müssen. Das ist ein Skandal, den wir beenden werden müssen, egal ob das Geld dafür da ist oder nicht. Wir werden in den Bereich der Altenpflege investieren. Hier wird es Plätze geben müssen. Auf Dauer muss dies von der Solidargemeinschaft mitfinanziert werden, wie es auch in der Krankenpflege geschieht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch hier gilt: Machen wir uns nichts vor: Wie bei der Kinderbetreuung müssen diejenigen, die in der Altenpflege tätig sind, besser bezahlt werden, als das heute teilweise der Fall ist. Hier gibt es zu viel Leiharbeit. Hier gibt es zu viel Arbeit, die nicht von Fachkräften geleistet wird. Wir wissen, dass eine Pflege im Alter nur dann funktioniert, wenn es gut ausgebildete, motivierte und ordentlich bezahlte Pflegekräfte gibt.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

Kristin Alheit wird bei ihren schwierigen Aufgaben die volle Rückendeckung der SPD-Landtagsfraktion haben. Sozialpolitik ist für uns nicht in erster Linie ein Kostenfaktor, sondern sie ist für uns Sozialdemokraten ein Herzensthema und ein Kerngebiet landespolitischer Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Koalitionsvertrag ist mit dem Wort „Horizonte“ überschrieben. Das hat auch etwas mit Welttoffenheit zu tun. Unser Ziel ist eine gute Integrationspolitik. Zunächst einmal heißt dies für die vielen Menschen, die hier leben, dass wir nicht danach fragen, wo sie herkommen und welche Eltern sie haben, dass wir sie nicht ausgrenzen, sondern dass wir sagen: Jeder muss durch eine gute Bildungspolitik, durch eine faire Arbeitsmarktpolitik und durch Chancen, die jede und jeder bekommt, mitgenom-

men werden. Sie dürfen nicht mit einem Blick angesehen werden, der die Unterschiede festschreibt. Sie müssen mit einem Blick angesehen werden, der Vielfalt als Reichtum begreift und nicht Einfalt als Landeskultur.

Das wollen wir in der Integrationspolitik machen. Das heißt auch, dass wir die Menschen menschenwürdig behandeln, die zu uns geflüchtet sind. Als Land haben wir mit unserer deutschen Geschichte eine besondere Verpflichtung, das so wahrzunehmen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn wir also die Abschiebehaftanstalt in Rendsburg schließen und eine stichtagsunabhängige Bleiberegulation im Bundesrat vorantreiben werden, dann orientieren wir uns an der Tradition sozialdemokratischer Amtsvorgängerinnen und Amtsvorgänger, die immer die humanitären Spielräume zugunsten der Menschen in diesem Land maximiert haben. Das ist eine gute Tradition, an die wir mit dieser Landesregierung wieder anknüpfen werden.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin guter Hoffnung, dass sich, wenn ein Antrag eingebracht wird, die Landesverfassung zu ändern, um auch Sinti und Roma unter den Schutz und die Förderung des Landes zu stellen, die Union in diesem Haus endlich einen Ruck geben und mitmachen wird, damit das Haus das einstimmig beschließen kann und wir das nicht mit knappen Mehrheiten durch den Landtag bringen müssen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Ich appelliere an Sie und fordere Sie auf: Geben Sie sich einen Ruck, machen Sie mit. Das ist auch ein Zeichen von Lernfähigkeit. Es würde helfen, wenn Sie es tun.

Wir werden auch dafür sorgen, dass Schleswig-Holstein in der Minderheitenpolitik wieder seine internationale Vorbildfunktion einnimmt. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, das war früher etwas, das wir überparteilich miteinander besprochen haben. In der letzten Legislaturperiode ist das leider verlorengegangen. Unser Ziel ist es nicht, die neuen Mehrheiten für die Minderheitenpolitik zu nutzen, sondern wir wollen, dass Minderheitenpolitik wieder eine parteiübergreifende Angelegenheit ist, bei der alle im Haus einer Meinung sind. Die Regierungsbeteiligung des SSW ist eine große Chance und keine Gefahr. Wir sollten diese unseligen Angriffe der

**(Dr. Ralf Stegner)**

letzten Wochen zusammen zurückweisen. Da sind wir alle in der Pflicht. Das war nicht würdig.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Herr Callsen, ich habe gehört, was Sie gesagt haben. Ich nehme das dankbar an. Vielleicht kann ja Ihr Parteivorsitzender einmal mit dem Staatssekretär aus Pinneberg reden, damit das in allen Teilen Ihrer Partei gehört wird, was Sie zum Thema des Umgangs mit der Partei der dänischen Minderheit gesagt haben.

Ich sage ganz deutlich, nicht nur bei der Gleichstellung der Schülerinnen und Schüler der dänischen Minderheit, nicht nur bei der Frage, wie wir das in der Außenpolitik klären wollen: Wir sind ganz sicher, liebe Anke Spoorendonk - obwohl du dem Parlament fehlen wirst -, dass du eine gute Ministerin für Justiz, Europa und Kultur sein wirst, die die Unterstützung der gesamten Regierungskoalition haben wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Die Regierungsbeteiligung des SSW hat eine wahrhaft historische Dimension, lieber Flemming Meyer. Ich fand die Worte durchaus bewegend und habe ein bisschen an Ihren Vater denken müssen, der das sicher gern gehört hätte, was Sie zu dem Thema hier gesagt haben. Es ist etwas Besonderes nicht nur für dieses Land und dieses Parlaments, sondern es ist etwas Besonderes für Europa, und alle gucken hin. Manche gucken ja manchmal aus anderen Gründen nach Schleswig-Holstein. Ich finde es schön, dass es ein solcher Grund ist, nach Schleswig-Holstein zu schauen, weil wir hier ein so gutes Beispiel geben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich auch meiner Freude Ausdruck verleihen, dass Renate Schnack als Minderheitenbeauftragte des Ministerpräsidenten wieder das Gesicht der Minderheitenpolitik des Landes Schleswig-Holstein sein wird. Sie steht und stand in der Tradition ihrer großen Vorgänger, Kurt Hamer und Kurt Schulz. Sie ist vermisst worden, und wir freuen uns, dass sie wieder da ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Viertens. Wir brauchen eine nachhaltige und zukunftsbewusste Politik. Wir müssen wirtschaftliche Strukturen ausbauen, Stärken stärken und alle Re-

gionen im Blick haben: Energie- und Umwelttechnik, neue Speichertechnologien, Gesundheitswirtschaft und Medizintechnik, maritime Wirtschaft, nachhaltiger Tourismus, Kreativwirtschaft, Mobilität, Maschinenbau, Ernährungswirtschaft, Informationstechnologie, Logistik. All das sind Branchen, in denen wir in diesem Land unendlich viele Chancen haben, die wir nutzen müssen. Ich sage aber auch: Bedingung für eine gesunde Wirtschaft ist gute Arbeit. Das müssen wir im Blick haben, fördern und darauf achten. Das, was gute Arbeit heißt, werden wir auch in dem Tariftreuegesetz umsetzen, von dem Sie immer behauptet haben, das gehe in Europa nicht. Es geht in Europa, und wir werden es hier machen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Mindestlöhne, Wertschöpfung, gute Arbeit, wir wollen nicht das Las Vegas des Nordens sein. Das war die Vorstellung, die eher bei Ihnen zu Hause war. Wir wollen mitbestimmte gute Arbeit und Wertschöpfung in diesem Land. Das werden wir hinkriegen, weil wir nie vergessen dürfen: Es sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dieses Landes, die den Wohlstand erwirtschaften, von dem wir leben, und niemand sonst. Sie verdienen Respekt, sie verdienen bessere Beteiligung, und sie werden wieder erleben, dass sie in diesem Land ernst genommen werden und dass es anders ist als früher. Dazu reichen wir auch den Gewerkschaften die Hand.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Karsten Jasper [CDU]: Sehr gut!)

- Ja, das ist gut, wenn Sie das auch gut finden. Vielleicht machen Sie ja mit, Herr Kollege Jasper. Es würde mich freuen, wenn Sie da mit machen.

Wir streben ein gemeinsames Korruptionsregister mit Hamburg und den norddeutschen Ländern an. Auch das ist ein Teil unfairer Bedingungen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Ich weiß gar nicht, warum Sie das verhindert haben.

Ich komme zur Verkehrspolitik. Wie manche von Ihnen wissen, bin ich ja seit 1990 in diesem Land. Seit 1990 bin ich bei vielen Empfängen von IHK und UV Nord und wie das alles heißt, gewesen und habe diese langen Listen gehört, was an Straßenbauprojekten alles wichtig sei. Manchmal habe ich mich gefragt - man wird ja älter -, ob man denn womöglich noch das eine oder andere erlebt von dem, was realisiert werden könnte.

**(Dr. Ralf Stegner)**

(Zuruf Abgeordneter Rainer Wiegard [CDU])

- Herr Kollege Wiegard, wenn ich es richtig weiß, hat die Union ja die letzten sieben Jahre regiert - sieben Jahre lang! Wenn man sich dann einmal anguckt, was von dem realisiert wurde, was Sie alles richtig finden, dann verstehe ich den Hochmut, der in den Worten von Herrn Callsen zum Ausdruck gekommen ist, nicht, als er versucht hat, uns über Verkehrspolitik einen Bären aufzubinden. Wenn wir sagen, wir müssen bei den knappen Bundesverkehrswegeplanmitteln mehr Mittel zugunsten von Wasser und Schiene umschichten, dann ist das übrigens etwas, bei dem wir die Überzeugung der Gewerkschaften und der anderen norddeutschen Ländern teilen, und dann hat das etwas mit elementaren Interessen unseres Landes zu tun, wenn ich etwa an die Verbreiterung des Nord-Ostsee-Kanals denke und an das, was wir gewinnen können, wenn wir dort mehr Verkehrsaufkommen haben.

Es hat dann aber auch etwas mit Pendlern im Hamburger Umland zu tun, wenn ich an die S 4 und an andere denke. Wir werden doch den Verkehrsinfarkt nicht vermeiden, wenn wir glauben, es gehe alles nur mit zusätzlichen Straßenbauprojekten. Das weiß doch jeder. Deswegen werden wir da Veränderungen vornehmen müssen. Das ist gemeinsame Überzeugung dieser Regierungskoalition.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben aber auch überragende Straßenverkehrsprojekte. Dazu gehört auch die A 20. Wenn man Sie hier so reden höre, könnte man meinen, Sie seien die Regierung in Mecklenburg-Vorpommern, die ja die A 20 so flott durchgebaut hat. Wenn man dann guckt, wie viel Sie wirklich gebaut haben, dann stellt man fest, dass es genau 20 km - 19-Komma-irgendwas - sind.

(Zuruf Abgeordneter Johannes Callsen [CDU] - Weitere Zurufe CDU)

- Ich runde mal auf. Die ersten Kilometer sind in rot-grüner Regierungszeit begonnen worden, um das einmal hinzuzufügen.

(Zuruf Abgeordneter Rainer Wiegard [CDU] - Weitere Zurufe CDU)

- Ich weiß ja, dass Sie aufgeregt sind, aber Sie gewöhnen sich schon noch an die Oppositionsrolle.

Was wir jetzt tun, ist, dass wir realistischer Weise sagen: Wir bauen in dieser Legislaturperiode das, was möglich ist, nämlich bis zur A 7. Es ist schon

etwas kurios, dass Sie sagen, es verstopfe die A 7, wenn wir das machten. Entweder stimmt die Planung bis zur A 7 bisher nicht - die wollten Sie ja auch haben -, oder Sie haben im nördlichen Landesteil noch nicht verstanden, dass ganz viele, die sich Hamburg nähern, über die A 1 fahren. Vielleicht sollten Sie sich mit dem Straßenverkehrsnetz noch ein bisschen vertrauter machen, um das zu beurteilen.

(Zurufe Abgeordnete Rainer Wiegard [CDU] und Christopher Vogt [FDP])

Jedenfalls ist es mit der A 20 so, dass wir als Sozialdemokraten fest davon überzeugt sind, dass es das überragendste Straßenverkehrsprojekt ist und dass es damit auch bis zur Elbe weitergehen muss. Es ist aber schon kurios, dass Sie in Ihrem Bundesministerium ein Gutachten haben, das Sie mit Blick auf den schleswig-holsteinischen Wahlkampf zurückhalten.

(Zuruf CDU: Stimmt doch gar nicht!)

Es hat Ihnen in Ihrem Wahlkampf nur gar nichts genutzt.

(Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

Die ehrliche Darstellung heißt: Wir machen das, was möglich ist, das wird in dieser Legislaturperiode gebaut. Verlassen Sie sich darauf.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass wir Menschen haben, die sich in Berlin auch ein bisschen auskennen, was das Thema angeht, mag ja vielleicht auch die Leistungsbilanz gegenüber dem verbessern, was Sie zu bieten hatten.

Was die Fehmarnbelt-Querung angeht, war es immer unsere Position, dass dieses Projekt, was zwischen dem Königreich Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland im Staatsvertrag geregelt worden ist - wenn es denn kommt, und es wird nicht hier entschieden -,

(Zuruf CDU: Das bauen wir aus!)

so ausgestaltet werden muss, dass die Interessen in der Region nicht hinten runter fallen, was den Tourismus angeht, damit die Hinterlandanbindung eine ordentliche ist und nicht auf der dänischer Seite 21. Jahrhundert und auf deutscher Seite bulgarische Eisenbahnverhältnisse herrschen. Das ist nicht unsere Vorstellung. Deswegen sagen wir: Der Bund muss das tun, wofür er laut Staatsvertrag da ist. Dass Herr Austermann das ohne Zuständigkeit des

**(Dr. Ralf Stegner)**

Landes in den Haushalt hineingeschmuggelt hat, macht die Sache mit den 60 Millionen ja nicht besser. Wir haben das gestrichen, weil es da hingehört, wo es hingehört, nämlich in den Bundeshaushalt. Der Bund ist dafür verantwortlich, dass das auch geschieht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Reinhard Meyer wird mit seinen Erfahrungen in Berlin eine starke Stimme sein, auch mit Hilfe seiner Staatssekretärs Nägele. Herzlich willkommen in Schleswig-Holstein! Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit. Es wird eine gute sein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Energiewende, von der waren wir - wie Sie wissen - ja schon länger überzeugt als andere in diesem Haus, aber jeder, der dazulernt, ist willkommen. Diese Energiewende muss vernünftig eingeleitet werden. Wir wollen das, und wir können das, kenntnisreich und mit viel Elan Ausstieg möglichst zügig und so sicher wie möglich. Der Ministerpräsident hat völlig Recht: Wenn Sie über das Ruhrgebiet spotten, ging es nicht um die Industrialisierung, sondern dass das Ruhrgebiet seinerzeit die Bundesrepublik nach dem Krieg mit seiner Energie versorgt hat. Wir werden die Bundesrepublik mit der Energie der Zukunft versorgen.

Wir werden die Bundesrepublik mit der Energie der Zukunft versorgen. Das ist Wertschöpfung und Wohlstand für dieses Land, und deswegen ist es gut.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir müssen wieder Vorreiter werden bei der Energiewende, so wie das zwischen 1988 und 2005 war, als wir dafür gesorgt haben, dass der Anteil erneuerbaren Energien von 0,05 % auf 40 % gestiegen ist. Das war gute Politik, weil man die Potenziale nutzt, die dieses Land hat. Für uns ist bei der Energieversorgung wichtig, dass sie sicher ist, dass sie dezentral und bezahlbar für die Menschen in diesem Land ist. Das ist die gemeinsame Aufgabe. Auch hier gilt übrigens Bürgerbeteiligung und Transparenz und nicht das Sankt-Florians-Prinzip. Wir müssen den Menschen deutlich machen, dass die Alternative zum Windrad nicht keine Energie ist, sondern die Alternative dazu sind rauchende Schloten oder giftiger oder strahlender Müll. Das kann es nicht sein. Wir wollen nie wieder über Restlaufzeiten reden. Wir wollen nicht zurück in

fossile Energien. Wir müssen die Energiewende schaffen. Wenn wir dabei versagen, ist es etwas, was wir überhaupt nicht mehr gutmachen können. Das ist die zentrale Herausforderung, die wir zu bewältigen haben.

Lieber Robert Habeck, Sie haben als Energiewendeminister eine Herkulesaufgabe vor sich. Dabei werden Sie die SPD-Fraktion vor, neben und hinter sich haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Lachen CDU und FDP)

Das werden wir gemeinsam machen.

Die nachhaltige Finanzpolitik ist etwas, bei dem man den Eindruck haben könnte, dass Sie das erfunden hätten. Ich habe ganz viele tolle Reden von Ihnen gehört, wie klasse das mit der Finanzpolitik war und dass wir das alles gar nicht wussten. Sie haben versucht, den Bürgern zu erzählen, dass sei das Thema Nummer eins, und man müssen Sie wieder wählen, das sei das Allerbeste. Das scheint nicht ganz funktioniert zu haben. Ich sage Ihnen aber: klare Prioritäten, sparsames Wirtschaften, Einnahmen stärken und Ausgaben kürzen - all dieses gehört zusammen, wenn man nachhaltige Finanzpolitik betreiben will. Das heißt, wenn wir die Einnahmen stärken, dass wir die Menschen und die Unternehmen stärken müssen, damit qualitativ gutes Wachstum entsteht. Es stärkt unsere Finanzen. Dass wir Investitionen in Bildung und Wirtschaft vornehmen, steigert unsere Steuerkraft.

Wir wollen die Energiewende als Chance nutzen, ökologisch, aber auch ökonomisch, weil das die Arbeitsplätze und die Wertschöpfung der Zukunft sind, die wir vor Ort haben wollen, nicht in großen Konzernen, sondern bei denjenigen, denen daran gelegen ist, dass die Region weiterentwickelt wird, und weil wir wissen, dass das auch eine gute Sozialpolitik ist, die dauerhaft höhere Kosten verhindert, die sonst an anderer Stelle entstehen und die wir sonst so behandeln, als sei es wie das Wetter, das man nicht ändern könne. Man kann es ändern, und wir wollen es ändern.

Ja, wir müssen Ausgaben senken, aber sparsames, nicht kurzsichtiges Wirtschaften mit unseren knappen Mitteln, Abbau von Doppelstrukturen, neue Einnahmequellen erschließen. Sie haben uns das nicht zugetraut, aber es ist so. Schauen Sie hinein: Wir haben einen klaren Plan für den Haushalt 2013 schon jetzt benannt - mit klarer Gegenfinanzierung. Nichts ist wolzig, nichts ist allgemein, sondern es ist ganz konkret beschrieben, was wir wie finanzieren, und so wird das übrigens auch bleiben.

**(Dr. Ralf Stegner)**

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo denn?)

- Anders als Sie sagen wir: keine strukturelle Mehrbelastung ohne strukturelle Gegenfinanzierung. Sie haben in Bereichen gekürzt, von denen Sie genau wussten, dass die Reparaturkosten immer höher werden, ob das die Uni Lübeck betroffen hat, das Blindengeld oder die Frauenhäuser oder ganz viele andere Dinge. Selbst beim Ökolandbau haben Sie nicht begriffen, dass ein Land wie Schleswig-Holstein damit Arbeitsplätze sichert. Wir haben das in Ihrer Zeit weniger gefördert als das Saarland. Wie kann man volkswirtschaftlich so unvernünftig handeln? - Das werden wir alles anders machen müssen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Da freuen wir uns!)

Aber keine strukturelle Mehrbelastung ohne strukturelle Gegenfinanzierung, das haben wir häufiger als einmal, liebe Eka von Kalben, miteinander besprochen und uns darauf verständigt.

Ich sage Ihnen aber auch: Wir brauchen eine andere Steuerpolitik in diesem Land, und wir werden sie auch kriegen, denn Sie sind jetzt als Schwarz-Gelb - ich glaube elf Mal hintereinander - abgewählt worden. Das wird auch im Bund nächstes Jahr der Fall sein. Dann werden wir eine andere Steuerpolitik bekommen,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Schauen wir doch mal!)

eine Steuerpolitik, wo die mit den höchsten Einkommen und Vermögen mehr beitragen müssen. Es ist übrigens nicht Neid, sondern sozialer Patriotismus, wenn man einfordert, dass die, die mehr können, auch müssen. Es muss vorbei sein mit der Politik des Egoismus. Es muss etwas getan werden, um unser Gemeinwesen zu stärken.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das sagt der Richtige!)

Übrigens, die 600 Millionen € pro Jahr, die es für Schleswig-Holstein bedeuten würde, wenn das umgesetzt wird, was SPD und Grüne bundesweit wollen,

(Zuruf Abgeordneter Rainer Wiegard [CDU])

die haben wir nicht eingepreist - das finden Sie entgegen Ihrer Vorwürfe nicht -, sondern die wollen wir erreichen. Selbst wenn wir davon nur die Hälfte davon hätten,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann ist Deutschland schon tot!)

wäre das das Zehnfache dessen, was ein beitragsfreies Kita-Jahr in Schleswig-Holstein kostet. Wir werden das in dieser Legislaturperiode schaffen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und wenn nicht?)

Ich will Ihnen noch etwas anderes sagen.

(Zurufe - Unruhe)

- Herr Präsident, die Opposition ist sehr aufgeregt. Ich verstehe das, aber ich würde trotzdem etwas beitragen dürfen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Sie haben nach wie vor das Wort, Herr Abgeordneter.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Wenn die Bürgerinnen und Bürger momentan nach Europa gucken, stellen sie auch fest, dass Ihr Verständnis von Finanzpolitik verkürzt ist. Wer zum Beispiel allein für den Fiskalpakt eintritt, weil er glaubt, es ginge nur um eine Schuldenkrise, der verschärft einen Katastrophenkurs in Europa, der die Länder und die Menschen, die davon betroffen sind, in den Ruin treiben wird. Es geht nicht ohne zusätzliches Wachstum. Es geht nicht ohne Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit, und es geht übrigens auch nicht ohne die mit der Finanztransaktionssteuer daran zu beteiligen, die Krisenverursacher waren. Tut man das nämlich nicht, legt man die Axt an die Demokratie, weil die Menschen nicht einsehen, dass man diejenigen nicht beteiligt, die das alles angerichtet haben. Es waren nicht die Arbeitnehmer und nicht ihre Familien.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Preis darf auch nicht sein, dass nicht die Bundesregierung, sondern die Länder das bezahlen, die ohnehin schärfere Schuldenbremsen haben als der Bund das hat. Es muss stattdessen ein Weg gefunden werden, der die Länder nicht zusätzlich belastet. Kristin Alheit, es gibt momentan gute Gespräche darüber, ob möglicherweise die Zuständigkeit ein Ausgleichsmechanismus für die Eingliederungshilfe sein könnte. Das finde ich einen sehr interessanten Gedanken, der vielleicht bei der Frage vernünftigen Fiskalausgleichs eine gute Rolle spielen könnte.

**(Dr. Ralf Stegner)**

(Zuruf Abgeordneter Rainer Wiegard  
[CDU])

Dazu braucht man aber starken Einfluss in Berlin. Ich füge an dieser Stelle hinzu: Monika Heinold wird eine gute und kompetente Finanzministerin sein, mit der wir im neuen Amt genauso gut zusammenarbeiten, wie das seit vielen Jahren hier im Parlament gilt. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit ihr.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und SSW)

Wir werden übrigens zeigen, dass sich diese Koalition nicht auseinanderdividieren lässt. Es wird kein Rollenspiel nach dem Motto „good cop, bad cop“ geben, sondern wir werden das Gute und das Schwierige gemeinsam zu tragen haben. Das wollen wir auch als eine Koalition, die so viel mehr Gemeinsamkeiten hat als die, die wir gerade abgelöst haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe auch von einem anderen Parlament gesprochen. Ich glaube, auch das ist ein Punkt, über den man hier ein paar Sätze verlieren sollte. Selbstbewusst ja, ich glaube, ein selbstbewusstes Parlament ist auch eines, das produktiv miteinander umgeht. Wir werden deutlich weniger Begrüßungsanträge schreiben, als wir das in der letzten Legislaturperiode von den Regierungsfractionen gesehen haben.

(Christopher Vogt [FDP]: Wenn es nichts zu begrüßen gibt!)

Wir sind keine abnickende Fraktion, sondern eine selbstbewusste, aber, Herr Ministerpräsident, die SPD-Landtagsfraktion wird im Politikwechsel Sie und Ihre Regierung unterstützen. Wir waren nur sehr kurz in der Opposition

(Christopher Vogt [FDP]: Zu kurz!)

und haben viel Regierungserfahrung, die wir einbringen werden, lieber Herr Ministerpräsident. Wir haben als Landtag ein gutes Beispiel geliefert, wir haben diesen Landtag nämlich verkleinert. Wir haben in der letzten Legislaturperiode schon gespart. Ich finde, etwas Lob für das Wahlgesetz hätten wir durchaus verdient. Ich habe Horrorszenarien gelesen, aber der Landtag ist kleiner geworden. Ich finde es sehr erfreulich, Herr Ministerpräsident, dass Ihre Regierung und dass Sie selbst diesem guten Beispiel folgen und bei sich selbst kürzen. Das ist ein neues, positives Signal dieser Landesregierung gegenüber Ihrer Vorgängerregierung. Das will ich ausdrücklich anerkennen, dass Sie nicht mit dem Finger auf andere zeigen

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN und SSW)

- das war der Stil der Vergangenheit -, sondern dass Sie sagen: Auch wir machen das.

Ich füge aber hinzu - das sage ich in allem Ernst auch in Richtung der Kolleginnen und Kollegen von der Opposition -: Wenn wir über Parlament reden, ist auch ein Mindestmaß an Ausstattung notwendig für das Ansehen dieses Parlaments. Das Ansehen von Politikerinnen und Politikern ist unser gemeinsames Anliegen. Die Wahlbeteiligung ist schon niedrig genug. Hinterm Horizont geht es weiter. Landtagsreisen sind keine Geldverschwendung. Wir müssen auch etwas dazu beitragen, und nicht noch selber dazu Beiträge leisten, Parlamentarismus verächtlich zu machen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN, FDP und SSW)

Repräsentative Demokratie ist wichtig. Ich komme noch zu der Ergänzung, was die Bürgerbeteiligung angeht. Aber repräsentative Demokratie ist gut und wichtig. Wie wir damit umgehen, sollten wir nicht nur denjenigen überlassen, die über uns schreiben und berichten, sondern auch in der Frage, wie wir selbst - selbstbewusst und im guten Stil - mit diesem Parlament umgehen, das ein gutes Parlament ist. Übrigens ist jeder, der hier sitzt, gewählt worden, um das Wohl des Landes Schleswig-Holstein voranzubringen. Das sollten wir uns immer bewusst machen.

Es gehört auch dazu, dass wir uns unserer Vergangenheit bewusst sind, dass wir eine lebendige und starke Erinnerungskultur in diesem Land pflegen. Deswegen begrüßen wir ausdrücklich, dass diese Koalitionsvereinbarung vorsieht, die Gedenkstätten für die Opfer und Verfolgten des Naziregimes zu stärken und ausbauen und den Kampf gegen den Rechtsextremismus mit aller Entschlossenheit zu führen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SSW vereinzelt CDU und FDP)

Wir müssen die Balance zwischen direkter und parlamentarischer Demokratie wahren. Wir werden die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger stärken und das Initiierten von Bürgerbegehren erleichtern. Es bedarf hier einer unentgeltlichen Beratung durch die Kommunalaufsicht sowie verschiedenster anderer Maßnahmen. Dazu gehört auch die Absenkung von Quoren. Wir werden die gesetzlichen Hürden für Volksinitiativen senken, Eintragsfristen verlängern und vieles andere mehr.

**(Dr. Ralf Stegner)**

Ich sage aber auch: Wir wollen mehr Bürgerbeteiligung und mehr direkte Demokratie, es muss aber auch Quoren geben. Wir wollen weder eine finanzielle noch eine intellektuelle Elitendemokratie, meine sehr verehrten Damen und Herren. Beteiligung muss schon für alle möglich sein, und es muss demokratisch bleiben. Das wollen wir. Deswegen ist das ein wichtiger Dialog. Zu dem Dialog gehört übrigens auch, dass wir wieder Vorbildland sein wollen, was die Mitbestimmung in diesem Land angeht. Wir waren einmal stolz darauf, das fortschrittlichste Mitbestimmungsgesetz in Deutschland zu haben. Björn Engholm hat es geschaffen. Wir werden dazu zurückkehren, damit es wieder so sein wird. Denn wir müssen mit gutem Beispiel vorangehen, wenn wir anderen etwas von guter Arbeit erzählen. Das gilt auch im öffentlichen Dienst des Landes.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich habe mich als Anhänger parlamentarischer Demokratie geoutet. Dazu gehört aushandeln, abwägen, Interessen offenlegen und auch, vertrauliche Gespräche zu führen. Ich hoffe, dass auch Sie von der PIRATEN-Fraktion dies schätzen lernen werden und dass Sie manches, was Sie an Veränderungen wollen, auch an dem messen, was Sie hier an Erfahrungen machen werden. Ich wünsche mir, dass Sie sich den einen oder anderen Monat Zeit geben, um diese Erfahrungen zu machen. Aber auch wir wollen Ihre Beiträge schätzen. Wir wissen, dass es Veränderungen gibt und dass mehr Transparenz nötig und möglich ist. Dem wollen wir uns auch stellen. Auch das gehört, finde ich, dazu.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und PIRATEN)

Wir wollen das Wahlalter auf 16 Jahre senken - übrigens nicht, weil wir glauben, dass uns das wahltaktisch etwas nützt. Das glauben wir nicht. Wir müssen dazu kommen, dass es Jugendliche wichtig finden, sich zu beteiligen, und dass wir sie ernst nehmen.

Ich finde, es ist auch eine Schande, dass es Menschen gibt, die jahrelang in diesem Land leben, arbeiten, Steuern bezahlen, aber nicht wählen dürfen. Das kann ich überhaupt nicht begreifen, warum wir dieses Bürgerrecht nicht ausdehnen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und PIRATEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die SPD-Landtagsfraktion freut sich über einen guten Koali-

tionsvertrag und über ein gutes Regierungsteam von Frauen und Männern, Ministerinnen und Ministern, Staatssekretärinnen und Staatssekretären. Das ist gut für das Land und die Kommunen. Vor allen Dingen ist es gut für die Menschen in unserem Land.

Ich möchte all denjenigen danken, die dabei mitgeholfen haben. Zunächst wende ich mich an die Koalitionspartner, die fair und konstruktiv mitgewirkt haben. Auch der SSW ist ein Gewinn für diese Regierung. Übrigens ist ein Tisch mit drei Beinen deutlich stabiler als einer mit zweien. Insofern ist auch das etwas Gutes. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit, Eka von Kalben und Lars Harms, in der neuen Regierungskoalition und auch im Parlament.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich wende mich an die Opposition und sage: Nicht alles, was Sie in Ihrer Regierungspolitik gemacht haben, war falsch. Zum guten Stil gehört auch, Ihren Einsatz für das Land - wie gestern beim scheidenden Ministerpräsidenten geschehen - zu würdigen. Auch ich mache das an dieser Stelle ausdrücklich. Unsere Auffassungen über Inhalt und Stil der Landespolitik waren immer verschieden. Aber auch die Vorgängerregierung wollte nach bestem Wissen und Gewissen diesem Land dienen. Deshalb meinen Respekt!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Opposition von gestern ist die Regierung von morgen - und umgekehrt -, auch wenn wir Letzteres für dieses Jahrzehnt nun wirklich nicht mehr einplanen. Ihre Rede, Herr Kollege Callsen, hat mir gute Hoffnungen gemacht, dass das auch nicht so sein wird.

Es soll einen fairen Umgang und die ausgestreckte Hand geben, aber auch eine leidenschaftliche Debatte um den richtigen Weg. Die Bürger haben bei dieser Landtagswahl glasklar auch eine andere Politik gewählt.

(Lachen CDU und FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Bei d'Hondt hätten Sie keine Mehrheit!)

- Dass Sie an diesem alten Stimmauszählungsverfahren festhalten, Herr Kollege, sagt eher, wo Sie hingucken, nämlich eher zurück als nach vorn.

Nicht zuletzt möchte ich mich aber auch bei den Wählerinnen und Wählern für das Vertrauen und



**(Dr. Ralf Stegner)**

für das Votum bedanken, eine andere Politik machen beziehungsweise einen anderen Politikstil pflegen zu können. Ich bedanke mich bei ihnen, dass sie uns diese Chance gegeben haben.

(Christopher Vogt [FDP]: Den wenigen!)

Ich selbst habe in der Regierung von Björn Engholm als Mitarbeiter gearbeitet. Zwölf Jahre war ich in Regierungsfunktionen und kenne die Koalitionen mit den Grünen und mit der Union. Ich kenne die Verantwortung als Oppositionsführer, und ich weiß: Wer Verantwortung hat, macht auch Fehler. Das ist in der Opposition leichter, weil das bei ihr niemand auf die Goldwaage legt. In der Regierung ist das schwierig. Es ist da mit einer großen Verantwortung verbunden. Viele Menschen haben hohe Erwartungen, und in der Zukunft gibt es nicht nur in Europa viele Unwägbarkeiten.

Der Koalitionsvertrag nimmt weder der Regierung noch dem Parlament die Arbeit ab. Wir haben uns aber fest vorgenommen, nur zu versprechen, was wir auch halten können. Ich bin zuversichtlich, dass wir diesem Votum gerecht werden können.

Herr Ministerpräsident, wir freuen uns darauf, dass Schleswig-Holstein wieder seriös und gut regiert wird. Wir freuen uns darauf, gemeinsam mit den Grünen und dem SSW in einem offenen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern und in einem fairen Ringen mit der Opposition den besten Weg für unser Land zu finden, sodass es uns gelingt, neue Horizonte für Schleswig-Holstein zu erschließen. Auf diesem Weg können Sie sich auf Ihre SPD-Fraktion verlassen. Darauf können sich unsere Koalitionspartner verlassen. Darauf müssen sich die Oppositionsparteien einstellen. Vor allen Dingen können sich darauf aber die Menschen in Schleswig-Holstein verlassen. Wir freuen uns darauf, und wir sind dazu bereit.

Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung bis 14 Uhr. Ich bitte Sie, um 14 Uhr ins Parlament zurückzukommen. Bis dahin machen wir die Mittagspause.

(Unterbrechung: 13:07 bis 14:07 Uhr)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Die Sitzung ist wieder eröffnet. Wir fahren in der Aussprache zur Regierungserklärung fort. Zu ihrer Jungfernrede darf ich der Frau Abgeordneten von Kalben von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitten, nach vorn zu kommen.

(Beifall)

- Entschuldigen Sie, bevor Sie anfangen, möchte ich gern mit Ihnen gemeinsam unsere Besucher auf der Tribüne begrüßen. Das Regionale Bildungszentrum aus Kiel ist hier. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

- So, jetzt haben Sie das Wort.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Albig! Es ist schon komisch, dass man jetzt als dreifache Mutter und einfache Großmutter hier heute seine Jungfernrede hält. Ich bin gespannt, wie es mir gelingen wird, das umzusetzen.

Als erprobte Chorsängerin kenne ich eine Regel: Der Anfang und das Ende eines Stückes müssen sitzen, dazwischen hört man sowieso nicht so genau hin. Mit Blick auf den gestrigen Tag lässt sich sagen: Der Anfang saß. Und mit der heutigen Regierungserklärung haben Sie, Herr Ministerpräsident, ebenfalls einen guten Anfang gemacht.

Aber eines ist auch völlig klar: Bei dem, was wir uns für diese Wahlperiode vorgenommen haben, kommt es auch auf das Dazwischen an. Da brauchen wir jeden einzelnen Tag, um unser ehrgeiziges Programm umzusetzen.

Sie sind der zweite Ministerpräsident dieses Landes, der mit den Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in das Amt gewählt wurde. Wir haben Ihnen unsere Stimmen gern gegeben. Wir vertrauen darauf, dass wir zusammen handeln werden, wie wir verhandelt haben, nämlich mit Fairness und Teamgeist, mit Konzentration auf das Gemeinsame, aber auch bei Achtung aller Unterschiede.

Herr Ministerpräsident, Sie wissen: Wir als Grüne sind manchmal struppig, immer hartnäckig und diskussionsfreudig. Und offensichtlich hat unser Hang zum Detail die Opposition bei der Lektüre des Koalitionsvertrags noch nicht befriedigt, wir hätten also noch mehr hineinschreiben können. Aber ich sichere Ihnen an dieser Stelle zu: Die grüne Fraktion wird sich mit vereinter Kraft und all ihrer Leiden-

**(Eka von Kalben)**

schaft in das Projekt reinhängen, um diese einmalige Koalition in der Landesgeschichte zum Erfolg zu führen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Koalition knüpft nicht an das Jahr 2005 an. Sie hat das Jahr 2012 und auch das Jahr 2017 im Blick. Diese Koalition ist ganz offensichtlich anders. Wir sind jetzt zu dritt. Nach den Koalitionsverhandlungen finde ich: Das ist auch gut so. Gerade dort, wo SPD und Grüne von unterschiedlichen Ausgangspositionen kamen, hat der SSW manche Brücke gebaut. Ich habe bekanntlich nicht jedes Brückenprojekt gleich lieb. Aber über die Brücken, die Anke Spoorendonk und Lars Harms bauen, gehe ich gern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und SSW, ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit Ihnen allen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Noch wichtiger als die Farbenlehre aber ist die Feststellung: Die Zeiten haben sich verändert - die fortgeschrittene Digitalisierung unseres Alltags, der Klimawandel, der demografische Wandel, die europäische Schulden- und Finanzkrise. Wäre ich Pessimistin, so würde ich sagen: Wir sind von den Versäumnissen der Vergangenheit getrieben. Da ich aber Optimistin bin, sage ich: Wir werden von den Herausforderungen der Zukunft gezogen.

Die Handlungsfähigkeit von Politik ist enorm gefordert. Selten waren politische Herausforderungen so dringend, selten waren die Bürgerinnen und Bürger so ungeduldig. Und immer mehr Menschen haben die Geduld mit uns verloren. Wären die Nichtwählenden an der Sitzverteilung in diesem Haus beteiligt, so wäre ihre Fraktion stärker als SPD und CDU gemeinsam.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das macht die Erkenntnis unausweichlich: Wir alle müssen die Koalition mit der Partei der Nichtwählenden suchen. Wir müssen sie für das Bündnis der Demokratinnen und Demokraten in Schleswig-Holstein zurückgewinnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und PIRATEN)

Ein wichtiger Schritt dafür ist, dass die politische Kultur in diesem Land wieder Lust auf das Einmi-

schen macht. Es gibt so viele Menschen in Schleswig-Holstein, die täglich mindestens einmal denken: Was für ein Glück, in diesem schönen Land zu leben, einem Stück Heimat mit Weitblick. Die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner lieben ihr Zuhause. Es liegt an uns, ob wir ein Klima schaffen, in dem man sich als Bürgerin und Bürger wieder gern einmisch, in dem man seine Rechte wahrnehmen will, statt morgens den landespolitischen Teil in der Zeitung mit Schaudern zu überblättern.

Die neue Landesregierung stützt sich auf eine Stimme Mehrheit im Landtag. Auch die Vorgängerregierung von CDU und FDP hatte eine Stimme Mehrheit. Das zeigt uns, dass Schleswig-Holstein ein knappes Land ist, in dem alles nah beieinander liegt, auch die Mehrheiten. Hier liegt eine wichtige Ursache dafür, dass der Kampf um die Macht bei uns so unerbittlich ist. Das hat die politische Kultur in diesem Land immer wieder verwüstet.

Ja, es stimmt: Wir, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, wollen eine andere Politik machen. Aber es stimmt auch: Politik anders machen, das können nur Regierung und Opposition gemeinsam.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Dass wir ein „knappes Land“ sind, muss nicht dauerhaft dazu führen, dass aus Konkurrentinnen und Konkurrenten Feinde werden. Es kann auch das Gegenteil bewirken.

Wer in Schleswig-Holstein die Regierung stellt, weiß aus Erfahrung: Macht in der Demokratie ist geliehene Macht auf Zeit. Das lehrt ein Stück Demut, wenn man die Regierungsverantwortung trägt.

Wer die Opposition stellt, weiß aus Erfahrung, er muss bei jeder Wahl darauf vorbereitet sein, die Regierungsgeschäfte übernehmen zu können. Das verbietet die Flucht ins Ungefähre, und das erfordert eine sachliche Oppositionsarbeit, die sich auf die Gefahr vorbereitet, wieder regieren zu müssen. Keine Angst - wir werden alles tun, um Ihnen das möglichst zu ersparen. Lassen Sie uns diesen Umstand erstmals als Chance und nicht als Bürde begreifen. Begreifen wir es als Auftrag zu gemeinsamer Verantwortung und zu konstruktiver Zusammenarbeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Haltung, die wir dafür brauchen, hat niemand geringeres als Bismarck beschrieben - zugegebenermaßen nicht gerade ein Politiker, den ich häufig zitiere -:

„Verfallen wir nicht in den Fehler, bei jedem Andersmeinenden entweder an seinem Ver-

**(Eka von Kalben)**

stand oder an seinem guten Willen zu zweifeln.“

Das Andersmeinen gehört zur Demokratie. Wir wollen im Parlament keine Friedhofsruhe. Die wird wohl auch nicht eintreten, Herr Kubicki. Demokratie braucht das Wechselspiel von Konsens, Kompromiss und Konflikt. Wenn wir uns gegenseitig den Verstand und den guten Willen absprechen, können wir es den 40 % Nichtwählenden kaum verübeln, wenn sie es ebenso tun.

Nun, liebe Kolleginnen und Kollegen, es wäre zweifellos zu kurz gesprungen, wenn wir die politische Kultur auf die Frage verkürzten, ob und wie wir uns hier im Landtag vertragen. Eine neue politische Kultur, das bedeutet vor allem auch mehr Bürgerbeteiligung und mehr Demokratie.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Dass wir als Bündnis es damit ernst meinen, haben wir im Koalitionsvertrag sehr klar festgehalten. Wir wollen die Möglichkeit für Bürgerbegehren in der Gemeindeordnung deutlich verbessern und die Hürden für Volksinitiativen auf Landesebene senken.

Aber diese Maßnahmen sind noch nicht genug. Schleswig-Holstein kann sich hier von seinen skandinavischen Nachbarn inspirieren lassen. Wer zum Beispiel gern schwedische Krimis liest, weiß, dass eine Journalistin in Schweden ohne Weiteres in ein Ministerium gehen kann, um sich Kopien von der dienstlichen Korrespondenz des Ministers aushändigen zu lassen. Das nennt man dann Öffentlichkeitsgrundsatz und ist ein in der Verfassung verbrieftes Recht und wird von unseren skandinavischen Nachbarn als Kernbestandteil der gelebten Demokratie betrachtet.

(Zuruf - Heiterkeit)

- Wir müssen nicht alles aus schwedischen Krimis kopieren.

Nicht die Öffentlichkeit bedarf der Begründung, die Geheimhaltung bedarf der Begründung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, SSW und vereinzelt SPD)

Diese Überzeugung finde ich so einfach wie einleuchtend. Das ist die Grundphilosophie, die uns in den nächsten Jahren leiten sollte.

Wir brauchen eine Grundhaltung in der Politik, die aus der Mitte der Gesellschaft heraus regiert und nicht von oben herab.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann mal zu!)

Ein gutes, vielleicht das beste Beispiel dafür ist die Schulpolitik. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wir als Grüne haben unsere Lehren aus den Erfahrungen in Hamburg gezogen. Was dort versucht wurde, war zweifellos eine Schulpolitik mit Sachverstand und gutem Willen, aber es war eine Schulpolitik mit der falschen Perspektive - von oben. Wir haben daraus gelernt, die Vorgängerregierung in Schleswig-Holstein leider nicht. Die Grünen haben Ihnen immer wieder erklärt, Schulentwicklung im 21. Jahrhundert funktioniert immer nur, wenn man die Betroffenen zu Beteiligten macht. Sie wollten das nicht hören.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Machen Sie doch jetzt auch nicht!)

Wir werden das, was Sie versäumt haben, jetzt nachholen. Wir setzen darauf, dass wir in der Bildungskonferenz Schule mit breiter Beteiligung zu einem Schulkonsens für ein Jahrzehnt kommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber wehe, eine andere Auffassung als Ihre!)

Selbstverständlich ersetzt eine solche Konferenz nicht, dass man mit einer eigenen Position reingeht. Die Koalition steht für die Stärkung der Gemeinschaftsschulen.

(Christopher Vogt [FDP]: Teure Beteiligung!)

Sie steht für gemeinsames Lernen im Rahmen eines Zwei-Wege-Konzepts. Wir gehen mit offenen Ohren in diese Bildungskonferenz. Die Menschen haben ein feines Gespür dafür entwickelt, ob ein Beteiligungsangebot eine Alibiveranstaltung ist oder ob sie wirklich etwas zu entscheiden haben.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist Ihr Problem!)

Wir wollen raus aus den Schützengräben, in denen in den letzten Wochen vor der Wahl noch einmal einige von Ihnen ihr zuhause gefunden haben.

Der Kongress, meine Damen und Herren von der Opposition, ist keine Farce; er ist überfällig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

In der Bildungspolitik haben wir es immer mit Statistiken zu tun. Für mich gibt es aber eine Zahl, die eindringlicher als jede andere ist. Sie stammt aus der Kinderarmutsstudie von 2009. Danach glauben fast 90 % aller Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen im Alter zwischen 6 und 13 Jahren,

**(Eka von Kalben)**

dass ihr Leben einmal richtig schön werden wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, welche andere Aufgabe haben wir, als diesem Vertrauen gerecht zu werden? Welche andere Aufgabe haben wir, als für jedes dieser Kinder das zentrale Versprechen unserer Gesellschaft einzulösen: Wenn du dich richtig anstrengst, dann kannst du viel von dem erreichen, was du dir wünschst, und das gilt unabhängig davon, ob du Anatol oder Anton heißt, und unabhängig davon, ob dein Vater Taxifahrer oder deine Mutter Chefchirurgin ist? Ich will in einem Schleswig-Holstein leben, in dem sich kein Kind mehr bei der Verteilung von Bildungschancen hinten anstellen muss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das ist Grundvoraussetzung für ein erfolgreiches Einwanderungsland. Es ist auch eine fundamentale Aufgabe für unsere Demokratie. Das gilt nicht nur für die Schulpolitik.

Auch die Energiewende als ökonomische Schlüsselaufgabe und das Klimaschutzgesetz als ökologische Schlüsselaufgabe wollen wir mit Transparenz und Beteiligung voranbringen. Wir wissen, dass wir gerade als Küsten- und Agrarland mit unseren fantastischen Wachstumschancen im Bereich von Windenergie ein hohes Interesse am Leitungsausbau haben. Wir brauchen in Deutschland keine 16 kleinen Energiewenden, sondern eine große. Schleswig-Holstein kann und muss dabei seine zentrale Rolle als Energieexportland haben. Ich sage Ihnen: Das große Problem in der Energiewende ist gegenwärtig kein Zuviel an Widerstand in der Gesellschaft, sondern ein Zuviel an Widerstand in der Bundesregierung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das größte Hindernis für die Energiewende wäre, wenn wir ausgerechnet hier die Fehler vergangener Großprojekte wiederholen würden. Nur wer frühzeitig Bürgerbeteiligung organisiert, kann später Bürgerprotest verhindern. Deshalb sage ich gemeinsam mit Winfried Kretschmann: Die Energiewende ist auch ein großes demokratisches Projekt. - Viel Erfolg dabei, Herr Habeck!

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt SPD)

Das gilt ebenso sehr für den Umwelt- und Naturschutz. Wir stehen für eine konsequente ökologische Politik mit einem klaren ordnungsrechtlichen Rahmen. Aber wir stehen auch und vor allem dafür ein, dass das vielfältige bürgerschaftliche Engage-

ment, das wir im Bereich von Umwelt- und Naturschutz haben, in der Landespolitik endlich wieder einen Bündnispartner findet. Schleswig-Holstein ist ein Land, das so reich ist an landschaftlicher Schönheit und Vielfalt. Der Schutz unserer Umwelt ist nicht Klientelpolitik, liebe Oppositionskollegen, sondern liegt im Interesse aller. Das müsste auch in Ihrem Interesse liegen. Diese zu bewahren und für kommende Generationen zu sichern, daran sind viele Menschen beteiligt, Naturschützer und Landwirte, sowohl konventionell als auch ökologisch wirtschaftende, Forstwirte und Jäger gemeinsam.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natur- und Umweltschutz sind seit jeher eine große bürgerschaftliche Bewegung. Auch hier gilt es Gräben zu schließen oder Brücken zu bauen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich räume offen ein, es gibt kaum etwas, was mich an der politischen Kultur in Schleswig-Holstein so sehr nervt wie die Tatsache, dass große Infrastrukturprojekte bei uns stets als Glaubens- und weniger als Sachfragen diskutiert werden. Die A 20 ist für mich das beste Beispiel. Für CDU und FDP ist doch - so würde ich zumindest unterstellen - entscheidend, dass weitergebaut wird. Wenn Sie den Koalitionsvertrag richtig gelesen haben, dann werden Sie feststellen: Es wird weitergebaut.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Aber was wir nun von Ihnen erleben, das ist lautstarke Empörung darüber, dass sich diese Regierung nicht darauf festlegt, ob, wo und wann eine neue Regierung im Jahre 2017 weiterbaut. Das macht doch die ganze Absurdität dieser Debatte deutlich.

Ich sage Ihnen klipp und klar: Ja, die regierungstragenden Fraktionen haben bei der Weiterführung der A 20 und der Fehmarnbelt-Querung unterschiedliche Sichtweisen. Aber in einem sind wir uns völlig einig, und das unterscheidet uns von Ihnen: Für uns hat Verkehrspolitik nichts mit Glauben zu tun, sondern mit Können.

(Zurufe CDU und FDP)

Wie eine Verkehrspolitik aussieht, die glaubt, aber nicht kann, das haben Sie uns vorgeführt. Damit ist jetzt Schluss.

**(Eka von Kalben)**

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zurufe CDU und FDP)

Moderne Verkehrspolitik misst sich im Übrigen nicht an Straßenkilometern, sondern an Konzepten, die sich auf eine Zukunft einstellen, in der Ressourcen knapper und Mobilität umfassender gedacht werden müssen.

(Zurufe CDU und FDP: Kiel!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir, SPD, Grüne und SSW, übernehmen die Regierungsverantwortung in schwerer Zeit. Alles, was wir tun, steht unter den Vorzeichen der Haushaltskonsolidierung in höchster Not und letzter Minute. Wir sind gemeinsam davon überzeugt: Gerade wenn wir den Weg zur Schuldenbremse 2020 erfolgreich gehen wollen, dann geht das nur mit der Königsdisziplin der politischen Kultur, der Glaubwürdigkeit.

Wir haben uns klar zu dem Prinzip bekannt: Keine Mehrausgabe ohne Gegenfinanzierung. Wir haben gerade in der Haushaltspolitik - meine mitverhandelnden Kollegen können das bestätigen - einen sehr präzisen Koalitionsvertrag vorgelegt, der im Übrigen keine Steuererhöhungen im Bund einpreist, auch wenn sie wünschenswert wären.

Wir müssen den Menschen auch erklären, warum wir aus der Schuldenfalle herauskommen müssen. Jeder Euro, den wir für Zinsen zahlen, ist ein Euro, der in der Bildung, in der vorbeugenden Sozialpolitik, im Umwelt- und Naturschutz oder bei der Flüchtlingsarbeit fehlt.

Unser Koalitionsvertrag hält mehr, als wir versprechen. Wir werden auf der gesamten Strecke der Bildungspolitik von der U-3-Betreuung bis zu den Hochschulen, beim Ökolandbau, bei den Frauenhäusern, bei den Minderheiten die Fehler einer Politik korrigieren, für die Sparen Selbstzweck war. Aber wir werden diese Ausgaben sauber gegenfinanzieren. Uns jetzt schon Haushaltstricks zu unterstellen, während Frau Heinold den ersten Tag im Amt ist, ist ein deutliches Zeichen von Hilflosigkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Johannes Callsen [CDU]: Das steht doch in Ihrem Koalitionsvertrag!)

Ganz besonders wichtig ist: Wir dürfen nicht weiter in die Falle laufen, bei der Haushaltskonsolidierung das Land und die Gemeinden gegeneinander auszuspielen. Das hat sehr unmittelbar etwas mit Demokratie und mit Bürgerbeteiligung zu tun. Ob ein Staat, ob eine Demokratie funktioniert, das erleben die Menschen ganz unmittelbar vor Ort. Wenn ihre

Schulgebäude verrotten, wenn ihre Bibliotheken und Jugendzentren schließen, dann verlieren sie das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik.

Ich habe da vielleicht eine altmodische Überzeugung. Eine gute Politik misst sich vor allem daran, ob sie den Menschen hilft, die Hilfe am nötigsten haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ob uns das gelingt, ist vor allem eine Frage der sozialen Infrastruktur. Die wird vor allem vor Ort, in den Städten und Gemeinden, organisiert. Deshalb halte ich es für ein sehr wichtiges Signal, dass wir im Koalitionsvertrag bei der Entlastung der Gemeindefinanzen zu klaren Verabredungen gekommen sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sagte eingangs: Diese Koalition schließt nicht an 2005 an. Aber es gibt eine Tradition, in die ich mich gern stelle: Schleswig-Holstein soll endlich wieder Vorreiter in Fragen einer liberalen, humanen Flüchtlingspolitik sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Sie alle werden das vermutlich kennen: Es gibt Momente in der Politik, in denen man sich daran erinnert, warum man sich das eigentlich alles antut, in denen man aufrichtige Freude und auch ein Stück Genugtuung empfindet, in denen man zurückgeworfen wird auf das, was man an menschlichen Motiven hatte, die einen in die Politik gebracht haben. Ein solcher Moment war für mich, als ich das erste Mal das abgestimmte Kapitel zu Integration und Flüchtlingen im Koalitionsvertrag gelesen habe. Was wir dort vereinbart haben, das macht mich stolz. Wir wollen gemeinsam den Kampf gegen die Abschiebehaft auf Bundesebene aufnehmen. Wir werden uns im Bundesrat für eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung einsetzen, den Flüchtlingsrat institutionell fördern und per Erlass dafür sorgen, dass Arbeitsverbote keine zulässigen Sanktionsmittel mehr sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Alle diese Maßnahmen berühren mich in einer fundamentalen politischen Überzeugung. Wir waren einmal ein Land, aus dem Menschen fliehen mussten, um ihr Leben zu retten. Heute sind wir ein Land, in das Menschen fliehen können, um ihr Leben zu retten. Das ist ein unbeschreibliches Glück, das wir mit aller Kraft schützen müssen.

**(Eka von Kalben)**

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als ich am letzten Tag der Koalitionsverhandlungen abends nach Hause fuhr, hörte ich ein Lied der Hamburger Band Kettcar. Darin heißt es:

„Nur weil man sich so dran gewöhnt hat, ist es nicht normal. Nur weil man es nicht besser kennt, ist es nicht, noch lange nicht egal.“

Für mich ist das die Grundphilosophie, die diese besondere Koalition, dieses Bündnis für den Norden, in seinen Inhalten trägt.

Wir wollen unter historisch schwierigen Bedingungen beweisen, dass Schleswig-Holstein politikfähig ist, dass wir uns nicht gewöhnen und abfinden, sondern einen Aufbruch für eine soziale, eine ökologische, eine bürgernahe Politik organisieren können. Ich hoffe, dass dies in den kommenden fünf Jahren auch der Refrain der politischen Zusammenarbeit in diesem Haus sein wird.

Sie mögen sich an die floskelhaften Rituale politischer Schaukämpfe gewöhnt haben, wir mögen es nicht besser kennen, aber deshalb sind sie noch lange nicht normal. Lassen Sie uns zusammen den verwegenen Versuch unternehmen, es besser zu machen. Unser Land hat es verdient.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit Ihnen im Schleswig-Holsteinischen Landtag, unserem Parlament, das in Zukunft eine wichtige Rolle in unserem demokratischen Zusammenleben spielen wird.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: War das bisher nicht der Fall?)

Ich wünsche Ihnen, Herr Ministerpräsident, und Ihnen, liebe Ministerinnen und Minister, für Ihre Amtsführung ein heißes politisches Herz, einen kühlen Verstand und eine glückliche Hand.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Die Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verteilen Sonnenblumen auf der Regierungsbank - Unruhe CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das ist keine politische Demonstration, wie mir angekündigt wurde, sondern eine Gratulation. Als solche können wir sie stehen lassen.

(Zurufe)

Das ordnen wir dem Tagesordnungspunkt Vereidigung zu. - Wir fahren mit den Beratungen zur Regierungserklärung fort. Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der FDP-Landtagsfraktion. Herr Abgeordneter Kubicki, Sie haben das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach einigen träumerischen Prosa-Essays wird es Zeit, zur Wirklichkeit zurückzukehren. Bevor ich mich mit der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten auseinandersetze, möchte ich an ein Zitat von Peter Ustinov erinnern. Es erinnert vielleicht auch an die ehemaligen Oppositionsfraktionen, die sich jetzt anschicken, regierungstragende Fraktionen zu sein, was möglicherweise ein anderes Verhalten beinhaltet. Peter Ustinov sagte:

„Von allen politischen Idealen ist der Wunsch, die Menschen glücklich zu machen, vielleicht der gefährlichste.“

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, die SPD hat unter Ihrer Führung das drittschlechteste Ergebnis in der Geschichte unseres Bundeslandes erzielt. Für die von Ihnen angeführte Koalition der Willigen stimmten ganze 48,2 % der Wählerinnen und Wähler. Zuneigung des Wahlvolkes sieht anders aus, und allein diese Zahlen verdeutlichen, dass Sie noch erhebliche Überzeugungsarbeit leisten müssen.

(Zuruf SPD: Machen wir!)

Sich nur von der Sparpolitik der Vorgängerregierung aus FDP und CDU abzugrenzen und im ersten Jahr Ihrer Regierung das Geld auszugeben, das FDP und CDU über die Vorgaben der Schuldenbremse hinaus eingespart hatten, wird nicht reichen.

(Beifall FDP und CDU)

Es gab historisch gesehen unterschiedliche Regierungserklärungen, die alle in ihrer Art und Weise etwas Besonderes ausstrahlten. Die Regierungserklärung Willy Brandts, die uns mit den Worten „Mehr Demokratie wagen“ in Erinnerung geblieben ist, läutete eine neue Zeitphase in der Bundesrepublik Deutschland ein. Die Regierungserklärung Helmut Kohls 1982 leitete die sogenannte geistig-moralische Wende ein, eine Zielumsteuerung der Bundesrepublik nach dreizehn Jahren sozialliberaler Koalition. Gerhard Schröders Regierungserklärung 1998 stellte für viele nach 16 Jahren Kohl-Herrschaft eine Befreiung vom Konservatismus dar. Selbst die Regierungserklärung von Björn Engholm, die zu erleben ich selbst noch die Ehre hatte,

(Wolfgang Kubicki)

hat das Land Schleswig-Holstein aus jahrzehntelanger Erstarrung unter der Führung der CDU befreit, Herr Lehnert.

Herr Ministerpräsident, müsste ich Ihrer Regierungserklärung passende Eigenschaftsworte geben, dann wären das die Worte: scheu und rückwärts gewandt; scheu, weil sich von Ihren großen Versprechungen im Wahlkampf nur wenig Substanzielles im Koalitionsvertrag wiederfinden lässt und weil auch Ihre heutige Regierungserklärung eher vage bleibt. Von den versprochenen 120 Millionen € für die Kommunen bleibt unterm Strich nichts übrig. Diese Forderung wird mit folgendem Satz im Koalitionsvertrag gewürdigt, ich zitiere:

„Wir erkennen an, dass die Kommunen durch die Eingriffe in Höhe von 120 Millionen € in den kommunalen Finanzausgleich belastet wurden.“

Dieser Satz ist für die neue Regierung prägend: Erstens erzählen Sie den Kommunen und Bürgern damit etwas, was sie ohnehin schon wissen. Zweitens gestehen Sie damit die eigenen Fehler der Vergangenheit ein, denn es war auch die SPD, die dies zu verantworten hat, Herr Kollege Dr. Stegner. Drittens wollen Sie nichts am Status quo verändern.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Politik insgesamt gerät unter einen immensen Rechtfertigungsdruck, wenn sich zwischen Wahlversprechen und Regierungsarbeit eine so große Lücke befindet, wie das bei Ihnen der Fall ist. Das ist ein Skandal!

(Zuruf Abgeordneter Martin Habersaat [SPD])

- Vielleicht hören Sie noch ein bisschen zu und warten, bis die entsprechenden Passagen drankommen.

(Weitere Zurufe SPD)

Das war mein Appell: Vielleicht lernen Sie, dass das Betragen als regierungstragende Fraktion etwas anderes ausmacht, als in der Opposition und wie in der Vergangenheit zu krakeelen.

(Beifall FDP und Lachen FDP)

Herr Ministerpräsident und Herr Dr. Stegner, ich finde es wohltuend, dass das der neue Stil des parlamentarischen Umgangs miteinander ist. Auf der einen Seite reichen Sie die Hand, um mit der anderen Hand zuzuschlagen. Wenn das der neue Umgang ist, dann steht dem Haus noch einiges bevor.

(Beifall FDP)

Herr Ministerpräsident, wenn Anspruch und Wirklichkeit einen solchen Abstand aufweisen, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Gesellschaft beginnt, der Politik die Frage nach der Legitimationsberechtigung zu stellen. Dabei rührt die Enttäuschung großer Teile der Wählerschaft nicht aus der konkreten Umsetzung, sondern aus der Unzufriedenheit über die unzureichenden Schritte und den Stillstand. Man kann nicht mutig um ein Amt kämpfen, das man im Anschluss nur halbherzig ausfüllt. Die Gestaltung, nicht die Macht an sich, muss die Antriebskraft der politischen Arbeit sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Koalition zeichnet sich nicht nur durch Mutlosigkeit, sondern auch durch eine rückwärtsgewandte Politik aus. Statt das hohe Tempo der Vorgängerregierung beizubehalten und unser Land in eine fortschrittliche Zukunft zu führen, drückt der rote Schuh auf das grüne Bremspedal. Es ist kurzsichtig, wenn die wirtschaftliche Entwicklung des Landes dem Koalitionsfrieden geopfert wird. Der offensichtliche Widerspruch zwischen Wachstumsankündigung im Wahlkampf und Wachstumsverhinderung im Koalitionsvertrag ist selten so offen nach außen getragen worden wie bei Ihnen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall FDP und CDU)

Auf Ihrer Internetseite „Chancen nutzen, Potenziale stärken“ gaben Sie, Herr Ministerpräsident, im Wahlkampf die Richtung vor. Herr Präsident, mit Ihrer Erlaubnis zitiere ich die folgenden Stellen. Ich muss das noch einmal vorlesen, damit deutlich wird, dass der Verfasser dieser Zeilen und der Ministerpräsident dieses Koalitionsvertrages ein und dieselbe Person sind. Auf der Internetseite steht:

„Schleswig-Holstein ist kein reiches Land - dieser Umstand zwingt uns zu einem bodenständigen Realismus und gebietet uns eine liberale Weltoffenheit.“

Ich weiß, dass die Menschen in unserem Land ihre Stärken kennen. Ich will sie dabei unterstützen, diese Kraft zu entfalten ...

Das Land fordert uns heraus zu neuen Horizonten. Unser Land braucht mehr Wirtschaftskraft und mehr Arbeitsplätze. Ich will ein Schleswig-Holstein mit starken Unternehmen, die hier investieren und Erfolg haben. Damit alle Menschen Arbeit haben.“

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Wolfgang Kubicki)

- Ich finde es schön, dass Sie das beklatschen. Wir kommen jetzt zur Frage der tatsächlichen Umsetzung. Die Menschen, die Sie aufgrund dieser Sätze gewählt haben, müssen sich verwundert die Augen reiben, wenn sie nun den Koalitionsvertrag lesen: Wirtschaftliche Entwicklung geht einher mit staatlicher Daseinsvorsorge. Herr Ministerpräsident, wenn der Staat nicht durch Straßen die notwendige Infrastruktur zur Verfügung stellt, können weder Chancen genutzt noch Potenziale gestärkt werden. Mir ist geschichtlich kein Koalitionsvertrag bekannt, bei dem der kleinere Koalitionspartner seine Parteiinteressen so zu Ungunsten der Zukunft und des Fortschritts durchsetzen konnte wie im vorliegenden Fall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei der Verkehrspolitik.

(Beifall FDP und CDU)

Herr Ministerpräsident, wie nur war es möglich, dass die Grünen Sie überzeugt haben, dass zentrale Infrastrukturprojekte für Europa - beides sind trans-europäische Trassen - nicht mehr erforderlich seien? - Ein Ministerpräsident muss die Weitsicht besitzen und darauf hinweisen, dass trotz aller utopischer Wunschvorstellungen auch zukünftig der Güterverkehr nicht über Radverkehrswege abgewickelt werden kann. Ein Ministerpräsident eines rohstoffarmen Landes muss bodenständigen Realismus aufweisen und darf nicht die Zukunft des Landes dem Koalitionsfrieden opfern.

Ohne die A 20 wird Schleswig-Holstein nicht nur die sich aus einem Ausbau ergebenden Chancen verspielen, sondern zugleich die bestehenden Unternehmen und Arbeitsplätze infrage stellen. Welcher Logistikkonzern soll zukünftig noch sein Geschäft in Steinburg, Dithmarschen oder Pinneberg unterhalten, wenn er weiß, dass das zentrale Projekt der Ost-West-Verbindung Europas nicht weitergeführt wird?

(Beifall FDP und CDU)

Dadurch werden überflüssigerweise die bereits bestehenden demografischen Probleme vor Ort weiter verstärkt. Wer bleibt dort wohnen, wo wirtschaftliche Perspektiven verschwinden? - Mit dieser Politik werden Menschen aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen, ihr Lieblingsland zu verlassen und anderenorts ihr Talent und ihre Kreativität zu entfalten. Herr Ministerpräsident, Sie wissen es aus eigener Erfahrung besser als das, was Sie heute gesagt haben.

Welche ökonomische Unvernunft verbirgt sich hinter dem Gedanken, die Menschen zuerst ausgezeichnet auszubilden, was wir alle im Landtag un-

terstützen, aber sie anschließend zur Emigration zu zwingen, da die örtliche Infrastruktur ihnen keine Möglichkeit bietet, sich wirtschaftlich einzubringen? - Mit Ihrer Verhinderungs- und wachstumsfeindlichen Politik ist es Rot-Grün bereits einmal gelungen, die Leistungsfähigkeit der Menschen im Land zu behindern. An den Folgen leiden wir noch heute.

(Beifall FDP und CDU)

Eine A 20 ohne westliche Elbquerung löst keine bestehenden Probleme, sondern verstärkt diese im Gegenteil sogar noch. Der Bau der A 20 aus Schleswig bis zur A 7 hat zur Folge, dass das Nadelöhr Hamburg nicht - wie vorgesehen - entlastet wird, sondern zusätzlich belastet wird. Wenn Sie uns das schon nicht glauben, dann hören Sie doch auf Ihren Parteifreund Olaf Scholz, der das gerade in gleicher Weise noch einmal sehr nachdrücklich bekräftigt hat. Der erwartete Verkehr aus dem Tiefseehafen Wilhelmshaven kann dann nicht um Hamburg umgeleitet werden, sondern müsste durch Hamburg geleitet werden. Das ist nicht nur verkehrspolitisch fatal, sondern durch zusätzliche Verkehrsüberlastung ökologisch schädlich. Erklären Sie einmal, wie Sie ohne westliche Elbquerung der A 20 den Industrieraum Brunsbüttel wirtschaftlich weiterentwickeln wollen.

Die Hoffnungen des Landes bei der Infrastruktur ruhen auf den Schultern der Vernünftigen in der Regierung. In den „Kieler Nachrichten“ vom 7. Juni räumten Sie ein, sehr verehrter Herr Meyer - und ich wünsche Ihnen in Ihrem Amt im Interesse des Landes viel Erfolg -, dass sich die gesamtverkehrliche Wirkung mit der A 20 erst entfalte, wenn sie bis nach Niedersachsen hinein führe. Dieser diplomatischen Ausführung hängen Sie zum Schluss noch die Aussage an, dass ohne die Querung das Ganze keinen Sinn ergebe. Dazu fällt mir der Satz ein: Ihr Wort in Gottes Ohr - in diesem Fall: Ihr Wort in den Ohren des Koalitionspartners.

Im gleichen Artikel werden Sie, Herr Ministerpräsident, dagegen mit folgendem Satz zitiert:

„Die SPD wird dafür werben, dass es westlich weitergeht.“

Wie soll ich mir das vorstellen - montags, auf der SPD-Vorstandssitzung, weisen Sie auf die Bedeutung und Wichtigkeit des Projekts hin, und dienstags, in der Kabinettsitzung, lehnen Sie das dann ab? Herr Ministerpräsident, man kämpft um die Braut, bevor sie vergeben ist, und nicht erst, wenn sie bereits unter der Haube ist.



(Wolfgang Kubicki)

Keine Bundesregierung, unabhängig von ihrer Farbe, wird sich hinter ein verkehrspolitisches Projekt stellen, das von der Landesregierung abgelehnt wird. Es besteht die Befürchtung, dass wenn Sie die Planungen der A 20 nicht fortführen - und Sie werden sie nicht fortführen, denn im Koalitionsvertrag steht drin, dass Sie ja neue, ökologische und verkehrliche Aspekte berücksichtigen wollen; was anderes heißt es denn sonst, als die Planungen nicht wie geplant fortzuführen? -, dass die Mittel Schleswig-Holsteins auf ewig verloren gehen. Bei den Verkehrsministern in den anderen Bundesländern, auch in den von Sozialdemokraten regierten, muss der Koalitionsvertrag Freude ausgelöst haben.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Genau!)

Wenn sich einige vom nicht gerade üppig gedeckten Buffet entfernen, werden andere entsprechend mehr abgreifen.

(Beifall FDP und CDU)

Die Gelder werden statt nach Schleswig-Holstein dann nach Nordrhein-Westfalen und Berlin fließen. Dabei werden die bereits in Planungskosten geflossenen Ausgaben für Teilstücke westlich der A 7 für immer in Aktenschranken und Schubladen verschwinden, die dafür aufgewendeten Millionen sind dann unwiderbringlich verloren. Wie widersprüchlich Sie doch sind, zeigen Sie uns selbst mit Ihrer Erklärung, die B 5 bis Brunsbüttel werde ausgebaut werden. Wenn denn richtig ist, dass der Bundesverkehrswegeplan chronisch unterfinanziert ist, gilt das auch für dieses Teilstück. Wie Sie das Versprechen umsetzen wollen, aber gleichzeitig erklären, dass für die A 20 von der A 7 bis zur westlichen Elbquerung keine Mittel vorhanden sind, das erklären Sie den Menschen einmal im Hinblick auf die Widerspruchsfreiheit Ihrer eigenen Argumentation.

(Beifall FDP und CDU)

Was Sie vorhin als Phantomdebatte bezeichnet haben, ist die Geschäftsgrundlage des Spediteurs in Steinburg und Dithmarschen. Über die berechtigten Existenzsorgen der Unternehmen und deren Angestellten gehen Sie einfach hinweg. Noch einmal: Sie müssen nicht glauben, dass die Menschen in Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg und Nordfriesland dümmere sind als Sie hier im Hohen Haus.

(Beifall FDP und CDU)

Die Proteste, die vor Ort da sind, haben einen realen Hintergrund, und sie werden sich verstärken, ähnlich wie die Proteste der Wirtschaft, die Sie nicht mit wagen Erklärungen und schlicht und ergreifend befriedigen können.

Dass es gegen den Erpressungsversuch der Grünen auch andere Alternativen als den Verzicht auf wirtschaftliche Entwicklungen gegeben hätte, hat vor einigen Monaten Ihr Parteifreund in Berlin, Klaus Wowereit, bewiesen. Statt gegen die Interessen des Landes zu handeln und damit den Grünen entgegenzukommen, hat er kurzer Hand die Koalitionsgespräche abgebrochen und sich auf neue Möglichkeiten eingelassen, obwohl ich hier von dieser Stelle aus nicht einer Großen Koalition das Wort reden will. Ich will hier nicht falsch verstanden werden. Diesem Beispiel hätten Sie folgen können, zum Wohl Ihres Lieblingslandes, zum Wohl der Menschen in Schleswig-Holstein.

Damit hätten Sie nicht nur ein Zeichen der Vernunft und der Weitsicht gesetzt, sondern auch gezeigt, dass Erpressungsversuche kein Mittel einer vertrauensvollen Zusammenarbeit sein dürfen. Stattdessen war der Machtwille bei Ihnen die prägende Antriebskraft, der Sie alles rücksichtslos untergeordnet haben. Dies zeugt eher von persönlichem Schwäche als von politisch - visionärer Größe.

Lassen Sie mich zum nächsten Infrastrukturprojekt schreiten, das die Schleswig-Holstein-Ampel mit ihrem Koalitionsvertrag zu Grabe getragen hat, die Hinterlandanbindung einer festen Fehmarnbelt-Querung. Sie betonen selbst die Bedeutung des Projekts im Koalitionsvertrag und weisen auf die europäische Dimension dieses Vorhabens hin: Ein Projekt von immenser Tragweite für die Metropolregionen Kopenhagen/Malmö und Hamburg. Die Möglichkeiten, die sich daraus für unser Land entwickeln, sind immens. Es ist nämlich nicht so, wie einzelne Akteure der Regierungsfaktionen gern darstellen, dass der Bau der Strecke nur die Pole A und B stärken würde und die Menschen dazwischen nur Belastungen und keine Vorteile ziehen könnten, mitnichten.

Seit jeher haben sich an wichtigen Verkehrsstrecken Gewerbe und Menschen angesiedelt und somit von den sich bietenden Chancen profitiert. Das war mit dem Bau der Eisenbahn in den Westen der USA ebenso wie mit dem Anschluss von Ortschaften an das Fernverkehrsnetz in Deutschland. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, was die IHK Lübeck mit ihrem Projekt der Fehmarnbelt-Querung und der Gestaltung für Ostholstein und Lübeck bereits auf den Weg gebracht hat. Das sind wirtschaftliche Perspektiven für Schleswig-Holstein, die nun von Ihnen zumindest behindert werden. Solche Gebiete werden attraktiv, der Ansiedlung von Gewerbe folgt das entsprechende Arbeitskräfte-reservoir,

(Wolfgang Kubicki)

womit die Wertschöpfung steigt und die Steuerkraft zunimmt.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie schon die Argumente der Wirtschaftsverbände nicht überzeugen können, dann bitte ich Sie, doch wenigstens auf den Rat der Grande Dame Ihrer Partei, der ehemaligen Ministerpräsidentin Heide Simonis, zu hören. Ich verweise auf das Interview von Heide Simonis aus der Zeitung „Die Welt“ von Montag. Auf die Frage, ob es klug sei, dass die neue Regierung die Haushaltsmittel für die Hinterlandanbindung der Fehmarnbelt-Querung gestrichen habe, äußert sich die ehemalige Ministerpräsidentin wie folgt:

„Die Fehmarnbelt-Querung ist sauber ausdiskutiert worden. Es gibt einen Staatsvertrag zwischen Deutschland und Dänemark. Eine schleswig-holsteinische Landesregierung sollte sich an geltendes Gesetz halten, statt immer wieder an der gleichen Stelle gegen die Wand zu laufen.“

Dem schließe ich mich vollständig an.

(Beifall FDP und CDU - Dr. Heiner Garg [FDP]: Sehr gut!)

Herr Kollege Dr. Stegner, wenn Sie kritisieren, dass Herr Austermann - und er war es ja nicht allein - 60 Millionen € als Zusage Schleswig-Holsteins gegeben habe, um an den Planungskosten der Hinterlandanbindung beteiligt zu werden, dann möchte ich Sie daran erinnern, das Sie zum damaligen Zeitpunkt mit Herrn Austermann gemeinsam im Kabinett saßen, und - soweit ich mich erinnern kann - hat das auch Ihre Zustimmung, jedenfalls nicht Ihre Ablehnung, gefunden, denn mit Ihrer Ablehnung wäre es nicht möglich gewesen. Insofern ist das, was Sie uns hier heute vorgetragen haben, ein Stück aus dem Tollhaus, mit dem Sie eigene Entscheidungen von damals konterkarieren.

(Beifall FDP und CDU)

„Europa schaut heute auf uns“, damit haben Sie, Herr Ministerpräsident, heute Ihre Rede begonnen. Ein gemeinsames Europa entsteht aus Taten und Handlungen, nicht aus Floskeln und Bemerkungen. Mit Ihrem Richtungswechsel bei der festen Fehmarnbelt-Querung und der A 20 sorgen Sie dafür, dass das Zusammenwachsen Europas gehindert und nicht gefördert wird.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Genau!)

Damit zeigen Sie doch, dass das in Sonntagsreden propagierte dringende Wirtschaftswachstum für Europa für Sie nur ein Lippenbekenntnis ist. Wie

sonst könnten Sie ein solches europaweit bedeutendes Projekt so widerstands- und geräuschlos beenden wollen?

Skurril empfand ich in Ihrem Koalitionsvertrag die Passagen, in denen etwas abgelehnt wird, was überhaupt niemand fordert. Auf Seite 31 des Koalitionsvertrags heißt es - ich zitiere:

„Eine weitere Vertiefung der Unterelbe lehnen die Koalitionspartner ab, weil sie ökologisch problematisch ist und dadurch erhebliche Umweltrisiken mit unkalkulierbaren finanziellen Folgen verbunden sind.“

Und ich ergänze mal: weil es im übrigen wegen des Elbtunnels auch gar nicht geht.

(Beifall FDP und CDU)

Trotz mehrmaligen Lesens hat sich die Passage für mich nicht erschlossen. Eine weitere Vertiefung wird derzeit von keiner Seite, von niemandem, ernsthaft diskutiert. Der Grünenbasis zuliebe wurde hier ökologisch ein Projekt ausgeschlossen, was politisch niemand fordert.

Überhaupt findet sich im Koalitionsvertrag nicht der vernünftige Konsens Aller, der das Ziel verfolgt, das Land voranzubringen, sondern die partiellen Interessen Einzelner, die ihre eigenen Lebensziele verwirklichen wollen. Die meisten unter Ihnen wissen, wer und was gemeint ist - richtig, die Stadt-Regional-Bahn. Hier wird ein verkehrspolitisch sinnloses und haushaltspolitisch höchst fragwürdiges Projekt gefördert, bei dem sich selbst die beteiligten Kreise gegen das Projekt aussprechen. Das wäre alles noch nicht so schlimm, Herr Ministerpräsident, würden dadurch nicht andere, wichtige verkehrspolitische Projekte im Hamburger Umland, insbesondere der Ausbau der S 4, in ihrer Umsetzung massiv gefährdet.

Partielle Parteiinteressen vor Landesinteresse, das kann doch nicht der Aufbruch des Nordes sein. Die Menschen im Hamburger Umland werden Ihnen schon dokumentieren, Herr Ministerpräsident, was sie davon halten, dass Sie in Kiel eine Bimmelbahn bauen wollen, für die es keine verkehrspolitische Notwendigkeit gibt.

(Beifall FDP und CDU)

Auf Seite 27 des Koalitionsvertrags heißt es:

„Die Landesregierung wird diese Entwicklung aufgreifen, um weitere Innovationen im ÖPNV, wie Rufbus- und Ruftaxisysteme, ehrenamtliche Bürgerbusse, Car-Sharing und Mitfahrportale voranzubringen.“

(Wolfgang Kubicki)

Herr Ministerpräsident, da werden bereits gut laufende Projekte öffentlich mit Ihrem Bild in der Zeitung präsentiert, nur der Wert ist null. Ein Blick auf die Internetseite [www.mitfahrgelegenheit.de](http://www.mitfahrgelegenheit.de) - Herr Dr. Breyer, Sie können das ja sofort im Internet nachvollziehen - löst das angesprochene Innovationsproblem der Landesregierung. Zugleich versuchen Sie, Herr Ministerpräsident, im Koalitionsvertrag durch die Verwendung von Anglizismen eine gewisse Modernität und eine Aufbruchstimmung zu suggerieren. Sie sprechen davon, dass Sie im öffentlichen Personennahverkehr eine Art Flatrate entwickeln wollen.

(Beifall PIRATEN)

- Ja, ich finde das auch sehr vernünftig. Meine erste Frage, nachdem ich diese Zeilen gelesen habe, war: Wessen Idee war es eigentlich, das Rad neu zu erfinden? Sie, die Bürger und ich wissen doch, dass unter Flatrate nichts anderes gemeint ist als das bekannte Monatsticket: für 53 € für den Stadtverkehr Kiel seit Jahrzehnten erhältlich.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Innovationen werden nicht durch Begriffe, sondern durch neue Ideen vorangebracht.

Grüne Ideologie, frei von wirtschaftlichen, ökologischen und finanziellen Sachzwängen. Das ist der rote Faden, der den Koalitionsvertrag durchzieht. So wird im Koalitionsvertrag festgezurr, dass der Erdölförderzins zum folgenden Haushaltsjahr angehoben wird. Herr Kollege Koch, wir erinnern uns: Im ersten Haushaltsentwurf zum Doppelhaushalt 2011/2012 wollten die Grünen die Erdölförderzinsabgabe von 15 auf 17,5 % erhöhen. Der Hinweis aus unserer Fraktion, dass dieser Zins bereits seit 2009 auf 18 % erhöht ist, verleitete die Grünen dazu, eine willkürliche Erhöhung auf 21 % zu fordern.

(Heiterkeit FDP und CDU)

Dieser Vorschlag, so verlockend er im ersten Moment auch klingen mag, ist ökonomisch unbegründet, gefährdet Arbeitsplätze, ist finanzpolitisch abwegig und umweltpolitisch sogar schädlich.

Ökonomisch unbegründet ist er, da bei der letzten Erhöhung im Sommer 2008 der Ölpreis bei über 140 US\$ pro Barrel lag. Der Preis für die Rohölsorte Brent lag am vergangenen Freitag bei unter 100 \$, also um fast 30 % niedriger. Eine Erhöhung der Erdölförderzinsabgabe hat zur Folge, dass die Abgaben steigen, während die Erlöse sinken. Ab einem gewissen Punkt überschreiten diese die Gewinnschwelle. Eine Produktion unterhalb dieser

Schwelle ist nicht lohnenswert, sodass die weitere Förderung eingestellt würde. Damit würden die Einnahmen aus der Erdölförderzinsabgabe auf Null sinken. Ich rate an, dass, bevor eine solche Maßnahme umgesetzt wird, Sie dringend mit denjenigen Gesprächen führen, die von der Erdölförderung der Mittelplate abhängig sind. Denn dies hätte natürlich massive Auswirkungen auf die Beschäftigten in Hemmingstedt und Brunsbüttel.

Bei einer solchen Gefahr müsste man doch zumindest davon ausgehen, dass die Maßnahme finanzpolitisch eine gewisse maßgebliche Relevanz aufweist, auf die die grüne Finanzministerin schießt. Leider auch hier Fehlanzeige: Durch die verzwickte Wirkung des Länderfinanzausgleichs ist es so, dass 90 % der zusätzlichen Einnahmen aus der Erhöhung der Erdölförderzinsabgabe das Land sofort und direkt wieder verlassen würden.

Ist denn die Erhöhung zumindest umweltpolitisch gerechtfertigt? - Sie können sich die Antwort vorstellen: Nein, im Gegenteil, sie ist sogar umweltpolitisch schädlich. Da nicht davon auszugehen ist, dass die Erhöhung der Erdölförderzinsabgabe in Schleswig-Holstein den globalen Ölmarkt beeinflusst, wird bei der Einstellung der Produktion das Öl nicht mehr von der Mittelplate, sondern aus dem Nahen Osten kommen. Durch den langen Transportweg würde die Energiebilanz deutlich negativer ausfallen.

Die Einzigen, die von dieser Maßnahme nachhaltig profitieren würden, wären Exxon, Gazprom und die uns nicht wohlgesonnenen Regime im Mittleren Osten. In diesem Licht appellieren wir an die Vernünftigen in der Regierung - Herr Meyer, an Sie und an den Ministerpräsidenten -, von dieser Idee Abstand zu nehmen, nachdem Sie die entsprechenden Gespräche geführt haben.

(Beifall FDP und CDU)

Lassen Sie uns bei der Wirtschaft bleiben. Unter der Regierung Albig muss jeder sein wirtschaftliches Wachstum bremsen, auch die Tourismusbranche. Auf Seite 26 des Koalitionsvertrages heißt es:

„Wir werden im Dialog mit den Akteuren die schleswig-holsteinische Bäderregelung auf ein ausgewogenes Ausnahme-Regel-Verhältnis zurückführen.“

Soll das heißen, dass der bisher von der Großen Koalition unter Beteiligung der SPD beschlossene Kompromiss unausgewogen war? - Wieder scheinen sich einzelne Akteure durch diesen Satz im Ko-

(Wolfgang Kubicki)

alitionsvertrag verewigen zu wollen und die Konsequenzen ihres Handelns nicht zu bedenken.

Ich bitte die Regierung, die außerhalb des Parlaments geäußerte Kritik zur Kenntnis zu nehmen, den Betroffenen zuzuhören, wie Sie das angekündigt haben, und nach einem Gespräch mit eben jenen Ihre getroffene Entscheidung nochmals zu überdenken. Die Auswirkungen auf Schleswig-Holstein wären aus meiner Sicht verheerend. Eine Änderung der Regelung hätte viele Verlierer und keine Gewinner. Eine geringere Attraktivität der Urlaubsdestination hätte auch Auswirkungen auf das lokale Gastronomie- und Hotelleriegewerbe. Für einen wesentlichen Teil unserer Touristen gehört der Sonntagsbummel zum perfekten Urlaub genauso dazu, wie ein gutes Glas Wein und ein leckeres Essen. Das kann man gut finden oder auch nicht, aber es ist nicht zu ändern. Wenn den Urlaubern der Sonntagseinkauf verwehrt wird, werden sie künftig einen Bogen um unser Land machen und ihren Urlaub anderswo verbringen.

Im Hinblick auf die Äußerungen der Kirche, die beim Vorstoß zur Neuordnung der Bäderregelung ihre Freude bekundete, möchte ich darauf hinweisen, dass die Vernichtung von Arbeitsplätzen und Existenzen kein Gebot christlicher Nächstenliebe ist.

(Beifall FDP und CDU)

Es ist nicht zu erwarten, dass die Kirchenbänke sich füllen, wenn die Läden sonntags geschlossen bleiben.

Herr Meyer, als Wirtschaftsminister und Vorsitzender des deutschen Tourismusverbandes sind Sie gezwungen, bei diesem Thema der wirtschaftspolitischen Vernunft und nicht der Symbolpolitik die Vorfahrt zu gewähren. Symbolpolitik - ich hoffe, dieses Wort wird Ihre Regierungszeit nicht derart begleiten, wie es Ihre bisherige Arbeit auszeichnete. Großen Symbolen folgen große Enttäuschungen. Das wäre die passende Beschreibung des Ergebnisses.

Herr Ministerpräsident, Sie haben bei Ihren Ministern eine 10-prozentige Kürzung angeordnet, damit die Regierung auch bei sich selbst den Rotstift ansetzt. 100.000 € wollten Sie damit einsparen. Da Sie aber zugleich einen Staatssekretärsposten mehr geschaffen haben, wurde aus den 100.000 € schnell eine rote Zahl. Täuschen Sie sich nicht: Die Bürgerinnen und Bürger werden diese Maßnahme nicht vergessen.

(Beifall FDP und CDU)

Verantwortung scheuen und Forderungen gegen andere erheben, Fremdverwaltung statt Selbstgestaltung - das ist die Maßgabe Ihrer Finanzpolitik. Da wird in poetischen Tönen auf die Bundesregierung verwiesen, diese müsse die Kosten der Unterkunft für SGB-II-Bezieher vollständig übernehmen - Kostenpunkt 8,7 Milliarden €. Diese müsse sich stärker an den Schulkosten beteiligen, am besten vielleicht auch gleich die bundeseinheitliche Schule einführen. Da soll die Bundesregierung massiv die Steuern erhöhen, damit das Land seinen Rot-Grünen-Konsolidierungs- und Wachstumskurs beginnen kann. 600 Millionen € verspricht man sich für das Land. Herr Dr. Stegner hat diese Zahlen noch einmal heute hier genannt.

Wer das rechnet, stellt schnell fest: Wer den Ländern diese Einnahmebasis ermöglichen möchte, müsste die Mehrwertsteuer um fünf Prozentpunkte erhöhen. Dabei hätte der Bund zeitgleich geringere und nicht höhere Steuereinnahmen zu befürchten. Diese Politik ist selbst in der sozialistischen Utopie nicht möglich, und das wissen Sie auch. Es kann nicht sein, dass Sie im Wahlkampf die Verantwortung im Land anstreben, um sie anschließend an den Bund weiterzureichen. Einen Steuermann und keinen Frühstücksdirektor braucht dieses Land, Herr Ministerpräsident.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Insgesamt scheint sich die Koalition mit den Realitäten der Schuldenbremse, des Fiskalpaktes und der finanzwirtschaftlichen Situation nicht auseinanderzusetzen zu wollen. Es geht vor allem um das Mehr-Geld-Ausgeben. Konsolidierung - damit möchte sich die Schleswig-Holstein-Ampel nicht beschäftigen, sondern lieber finanzpolitische Früchte der Vorgängerregierung ernten und einen Ein-Jahres-Haushalt einbringen. Andererseits wäre man nämlich gezwungen, bereits jetzt Einsparungen vorzustellen und die wackelige Mehrheit bereits jetzt auf die Probe zu stellen. Lieber noch etwas in den Versprechungen des Wahlkampfes schwelgen, statt sich den Realitäten der Regierungsverantwortung zu stellen; es hat nichts mit sozialer Gerechtigkeit zu tun, wenn Sie heute soziale Wohltaten beschließen und deren Kosten künftigen Generationen in Rechnung stellen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Die Einhaltung der Schuldenbremse liegt in der Verantwortung des Landtages. Wir werden darauf achten, dass die Schuldenbremse weder aufgeweicht noch von ihr abgewichen wird. Wir werden Sie bei Bedarf an die Verfassung erinnern.

(Wolfgang Kubicki)

Apropos Verfassung. Die hätten Sie bei den Koalitionsverhandlungen schon beachten sollen, auch wenn es, wie wir wissen, dem Kollegen Dr. Stegner gelegentlich schwerfällt. Auf Seite 58 Ihres Koalitionsvertrages heißt es unter anderem:

„Der SSW stellt die zweite stellvertretende Ministerpräsidentin ...“

Sie haben mich, alle anderen Fraktionsvorsitzenden und den Präsidenten gestern darüber unterrichtet, dass Sie die Ministerin für Justiz, Europa und Kultur, Frau Anke Spoorendonk, zur zweiten stellvertretenden Ministerpräsidentin bestellten.

Ein Blick in Artikel 26 Abs. 2 der Landesverfassung hätte Sie vor einer solchen Formulierung bewahrt. Dort heißt es:

„Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident wird vom Landtag ohne Aussprache gewählt. Sie oder er beruft und entlässt die Landesministerinnen und Landesminister und bestellt aus diesem Kreis für sich eine Vertreterin oder einen Vertreter.“

Herr Ministerpräsident, Sie haben gar nicht die Befugnis, eine zweite stellvertretende Ministerpräsidentin zu bestellen. Vielleicht wäre es doch ratsamer gewesen, Innen- und Justizministerium von einer Juristin oder einem Juristen führen zu lassen.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Abgeordneter Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Sie mögen das für eine Petitesse halten, Herr Kollege Dr. Stegner, ich halte die Beachtung der verfassungsrechtlichen Vorgaben für zwingend notwendig, wenn man sich als Ministerpräsident des Landes auch auf die Verfassung des Landes vereidigen lässt.

(Beifall FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns jetzt bei der Bildungspolitik verweilen. Was wurde in Ihrer Zeit noch von Einbeziehung, Grünen Tischen und Dialog geredet? - Man dürfe keine Entscheidung im Vorhinein treffen, sondern müsse gemeinsam mit den Beteiligten an Lösungen arbeiten. Kaum an Machtverhandlungen beteiligt, werden die alten Grundsätze über Bord geworfen. Da wird der rot-grüne Wille der Dänenampel den anderen aufgedrängt. Da werden das Y-Modell abgeschafft, die Wahlmöglichkeiten der Schulkonferenzen aufgehoben und die abschlussbezogenen Klassen an Gemeinschaftsschulen gestrichen. Zum Runden Tisch wird nur noch eingeladen, um die eigene Übermacht zu demonstrieren. Oder wollen Sie hier heute

erklären, dass, wenn sich die Mehrheit der Beteiligten dafür entscheidet - wie die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein -, dass an Gymnasien wieder G 9 angeboten werden soll, Sie das auch so umsetzen wollen? Wollen Sie das heute so erklären, oder sagen Sie den Menschen: Ihr müsst daran gar nicht mehr teilnehmen, euer Wille interessiert uns nicht?

Eine ausgestreckte Hand hinzuhalten, aber die andere Hand zur Faust zu ballen, um den Menschen im Zweifel damit zu dokumentieren, man könne damit auf den Tisch hauen, ist nicht der Dialog, den sich die Menschen unter Ihrer Ankündigung vorstellen.

(Beifall FDP und CDU)

Seien Sie wenigstens so ehrlich zu sich selbst und geben Sie zu, dass der Runde Tisch ein öffentlichkeitswirksames Oppositionsinstrument war, nicht mehr und nicht weniger. Ehrlichkeit würde auch Ihrer Bildungspolitik gut anstehen. Geben Sie zu, dass Sie das zweigliedrige Schulsystem zutiefst ablehnen. Geben Sie zu, dass Sie die Gymnasien lieber heute als morgen schließen würden. Geben Sie zu, dass Sie die Gymnasien in die Gemeinschaftsschule integrieren wollen, dass das gemeinsame Lernen bis zum Abschluss Ihr Nonplusultra in der Bildungspolitik darstellt. Scheuen Sie doch nicht die Auseinandersetzung genau in dieser Frage, wenn Sie die besseren Argumente haben. Versuchen Sie, die Menschen davon zu überzeugen, dass die Einheitsschule gut für sie ist und das Gymnasium abgeschafft werden muss. Mit der Stufenausbildung bei Lehrern geben Sie doch die gewünschte Richtung bereits vor.

Lassen Sie uns zu dem zweiten wichtigen landespolitischen Thema kommen: Innere Sicherheit. Den Menschen im Land wird angst und bange, wenn sie sehen, welche Vorstellungen Sie zur Inneren Sicherheit formuliert haben. Da wird an einem 120 Jahre alten Gefängnis festgehalten, als ob das wirtschaftliche Wohl und Wehe einer ganzen Region, ja des gesamten Landes an 69 Haftplätzen und 35 Mitarbeitern des allgemeinen Vollzugsdienstes hängt. Da soll nun ein zweistelliger Millionenbetrag in die Justizvollzugsanstalt Flensburg fließen, damit diese den gesetzlichen Standards überhaupt erst wieder entspricht.

Dabei ist das Projekt weder aus Gründen fehlender Kapazität noch sicherheitspolitisch erforderlich, geschweige denn regionalpolitisch unerlässlich. Auch die interessante Frage, wie dieses Projekt finanziert wird, beantwortet der Koalitionsvertrag: aus dem

(Wolfgang Kubicki)

Budget des neuen Ministeriums für Justiz, Kultur und Europa. Da bei Europa keine nennenswerten Kürzungen möglich sind und bei der Kultur Einsparungen ausgeschlossen wurden, muss die Justiz - die Gerichte und die Staatsanwälte sowie der Vollzug an anderer Stelle - zurückstecken, damit der SSW ein völlig unbegründetes Regionalprojekt befördern kann. Viel Spaß auf dieser Reise, Herr Ministerpräsident.

(Beifall FDP und CDU)

Der Nutzen von 35 Beschäftigten des Justizvollzugsdienstes und 69 Häftlingen steht in keinem Verhältnis zu den Kürzungen bei der Inneren Sicherheit für 2,8 Millionen Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner. Hier wurde wieder frei nach dem Motto gehandelt: partielle Parteiinteressen vor Landesinteressen. So kann man einen Ortsverband, aber kein Land führen. Wenn jemals der Begriff „lobbyistische Politik“ eine Grundlage hatte, dann, Frau Sporendonk und der SSW, bei der Durchsetzung der Forderungen des SSW.

(Beifall FDP und CDU)

Nicht nur, dass Sie bei der inneren Sicherheit das falsche Lied anspielen, nein, Sie geben mit Ihren Entscheidungen auch noch einen völlig falschen Takt vor. Sie wollen für die Polizeibeamten eine Kennzeichnungspflicht einführen. Darüber haben wir hier seit Jahren sehr ausführlich - auch mit Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaft der Polizei - diskutiert. Mit dieser Maßnahme erwecken Sie den Eindruck, als ob unsere Bürger vor der Polizei geschützt werden müssten. Dass bei 7.000 Polizeibeamten einzelnen Fehlverhalten vorgeworfen werden kann, ist nicht verwunderlich. In unserem Rechtsstaat wird das anstandslos geahndet. Man kann aber doch nicht alle 7.000 Polizeibeamte deswegen unter Kollektivhaftung stellen.

Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in unserem Land leisten eine hervorragende Arbeit. Sie haben das heute noch einmal betont, und dem schließe ich mich an. Sie riskieren jeden Tag ihr Leben im Dienst für unser Land und haben es nicht verdient, von Ihnen unter Generalverdacht gestellt zu werden.

(Beifall FDP und CDU)

Ich muss betonen - weil die Piraten und andere, die noch nicht im Parlament waren, es nicht wissen -, dass die FDP-Fraktion unter meiner Führung seit 1992 in fast allen Debatten für eine größtmögliche Transparenz auch in diesem Bereich eingetreten ist. Sie müssen aber auch ein wenig zur Kenntnis neh-

men, dass schon heute Polizeibeamte, die sich in Großlagen wiederfinden beziehungsweise dort zum Einsatz kommen, sehr subtilen Bedrohungen - das gilt auch für ihre Familie - ausgesetzt sind. Dieses Konfliktpotenzial nimmt zu. Ich warne alle Beteiligten dringend davor, so zu tun, als müssten wir unbeteiligte Dritte schützen, aber unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte von dieser subtilen Einwirkung auf sie selbst nicht.

(Beifall FDP und CDU)

In der Tat hat es einen Grund, dass die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte der Sondereinsatzkommandos beziehungsweise der GSG 9 beispielsweise mit verdecktem Gesicht agieren. Auch hat es einen Grund, dass Menschen, die des Terrorismus Verdächtige dem Bundesgerichtshof überstellen, mit verdecktem Gesicht operieren und man darauf verzichtet, sie zu kennzeichnen. Denn selbstverständlich ist klar, dass sie und ihre Familien ansonsten entsprechenden Bedrohlagen ausgesetzt sind.

Noch einmal: Ich spreche ausschließlich von Großlagen und nicht darüber, wie ein normaler Polizeibeamter im normalen Streifendienst vor Ort den Menschen gegenübertritt. Es geschieht heute schon, dass die meisten Namensschilder an ihren Revers haben.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sprechen aber nicht von Namensschildern!)

Die Zusammenstellung Ihres Ministeriums, Herr Dr. Habeck, zeigt, wie unfreundlich das Klima bereits in den Koalitionsverhandlungen gewesen sein muss, auch wenn Sie heute hier wahrscheinlich anderes erklären wollen. Hier hat die SPD späte Rache für die verhinderten Verkehrsprojekte geübt. Sie haben das als neuer Energiewendeminister zu spüren bekommen. Zwar haben Sie die Energiereferate aus dem Wirtschaftsministerium bekommen, nicht aber die essentiell wichtigere Planungsabteilung aus dem Innenministerium. Ohne diese Abteilung ist die Energiewende aber nicht möglich. Der Ausbau der Energienetze, die Novellierung des Windkraftanlagenerlasses und die Umsetzung des Landesentwicklungsplans - nichts davon fällt in ihre Zuständigkeit.

(Zuruf SPD)

- Nein, nein! Statt „Energiewendeministerium“ verwende ich den zweckmäßigen Begriff „Energieverwaltungsministerium“. Ihre Planungsmöglichkeiten als Energiewendeminister, Herr Dr. Habeck,

(Wolfgang Kubicki)

enden bei der Wahl der Deckenoberbeleuchtung in Ihrem Ministerbüro.

In Ihrem Koalitionsvertrag schreiben Sie zudem fest – ich finde besonders bemerkenswert, wenn es Menschen machen, die erklären, sie verstünden etwas davon –, dass der künftige Wirkungsgrad von Kraftwerken bei 57 % liegen muss. Da Sie Atom- und Kohlekraftwerke ausschließen, können Sie sich doch nur auf alle anderen Kraftwerke konzentrieren. Das kann auch nur dafür gemeint sein. Dabei scheint den Akteuren gar nicht bewusst gewesen zu sein, dass Windkraftanlagen einen Wirkungsgrad von etwa 50 % haben, während es bei Photovoltaikanlagen nur 20 % sind. Würden wir Sie jetzt ernst nehmen, dürften wir keine Windkraftanlagen und keine Photovoltaikanlagen in Schleswig-Holstein mehr zulassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist unüberlegt, unausgereift und vorschnell. Lassen Sie uns die grüne Energiepolitik wieder in die Wirklichkeit zurückholen. Woher soll der Strom denn künftig kommen? Im Energieministerium wird nach dem Motto gearbeitet: völlig egal, woher. Die Staatskanzlei soll es planen. Unter diesen Umständen wird nicht deutsche Ingenieurskunst, sondern märchenhafte Zauberkunst benötigt.

Wenn wir nicht dazu übergehen, Herr Ministerpräsident, die Erstellung von Produktionsanlagen an den Ausbau der Netze zu koppeln, werden wir für die Stromkunden in Schleswig-Holstein ein fatales Ergebnis erreichen. Schon heute, in diesem Jahr, bezahlen die schleswig-holsteinischen Stromkunden 20 Millionen € für Strom, der nicht produziert wird. Der kann nicht an die Netze abgegeben werden. Wir wissen bereits heute, dass sich das bis zum Jahre 2015 auf 200 Millionen € ausweiten wird, weil die Anlagen, die wir zubauen, nicht in der Lage sind, den Strom in die Netze einzuleiten. Wenn dies weiter voranschreitet, werden Sie in Schleswig-Holstein einen Sturm der Entrüstung erleben. Dagegen war Demonstration, die die alte Koalition hat erleben müssen, ein kleiner Windhauch. Konzentrieren Sie sich also darauf, den Bau der Kapazitäten an den Ausbau der Netze zu koppeln. Alles andere wird in eine ökonomische Sackgasse führen.

(Beifall FDP und CDU)

Ich wende mich jetzt an den von mir wirklich sehr geschätzten stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Robert Habeck. Bezüglich der Energiewende möchte ich Ihnen gern die Worte unseres Bundespräsidenten Joachim Gauck mit auf den Weg geben. Joachim Gauck hat bei der Eröffnung der

„Woche der Umwelt“ am 5. Juni auf folgende Punkte bei der Energiepolitik hingewiesen:

„Es wird uns nicht gelingen, allein mit planwirtschaftlichen Verordnungen wohl auch nicht mit einem Übermaß an Subventionen. Es kann uns aber gelingen mit überzeugenden Innovationen und im fairen Wettbewerb. Ich bin überzeugt, es gibt keinen besseren Nährboden für unsere Ideen und Problemlösungen als unsere offene Gesellschaft mit offenen Märkten und freiem und fairem Wettbewerb.“

Herr Kollege Habeck, führen Sie sich diese Sätze zu Gemüte und füllen Sie sie mit Leben aus. Auf meine Partei können Sie dabei als Gefährtin zählen.

Nicht nur in Ihrer Energie-, sondern auch in Ihrer Landwirtschaftspolitik gibt es Überraschungen. Hier wird mit grüner Ideologie Recht und Gesetz außer Kraft gesetzt. Obwohl Ihnen der Wissenschaftliche Dienst bestätigt hat, dass wir den Bauern nicht vorschreiben dürfen, was diese anbauen möchten, wollen Sie von dieser Idee keinen Abstand nehmen. Vorschriften und Gebote, die von Ihnen kommen, sind uns bekannt. Sie wollen es auf die Spitze treiben, indem Sie eine „Eiweiß-Strategie“ betreiben. Ich wiederhole es noch einmal: Diese Landesregierung betreibt im Rahmen der Landwirtschaft eine „Eiweiß-Strategie“. Das heißt, den Bauern wird nicht nur verwehrt, etwas anzubauen, nein, ihnen wird vorgeschrieben, etwas Bestimmtes anzubauen. Eine große Auswahl gibt es freilich nicht. Erbsen, Bohnen, Linsen und - wer es exotisch mag - Kichererbsen sind eiweißhaltige Pflanzen. Deswegen nenne ich die Strategie auch eine „Kichererbsen-Strategie“.

(Heiterkeit FDP und CDU)

Diese Vorschriften erinnern eher an die Ernährung in einer Mangelwirtschaft, passen aber nicht in eine frei bestimmte Landwirtschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss möchte ich auf die Art der Debatte und den geführten Wahlkampf zurückkommen. Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass die politische Auseinandersetzung häufig überspitzt geführt werden muss. Jedoch dürfen Sie nicht - wie im letzten Wahlkampf - Menschen und ihre Lebensvorstellungen denunzieren und herabwürdigen, wie Sie es übrigens heute, Kollege Dr. Stegner, auch wieder sehr subtil gemacht haben.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Meine Partei - und auch ich persönlich - lehnen aus inhaltlichen Grün-

(Wolfgang Kubicki)

den das von der Union angestrebte Betreuungsgeld ab. Ihre Argumentation im Wahlkampf richtete sich aber nicht inhaltlich gegen das Betreuungsgeld als Sozialleistung an sich, sondern gegen die Lebensweise einzelner Bevölkerungsgruppen. Es wurde und wird nach wie vor von Ihnen der Eindruck vermittelt, dass Eltern - insbesondere wenn sie über ein geringes Einkommen verfügen oder einen Migrationshintergrund haben - gar nicht in der Lage sind, ihre Kinder selbst zu erziehen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist doch unerhört!)

Diese unsägliche Art, die in dem Wort „Herdprämie“ gipfelte, diffamierte die Mütter und Väter, die sich entschließen, die Erziehung selbst in die Hand zu nehmen.

(Beifall FDP und CDU)

Diese an den Pranger zu stellen, hat rein gar nichts mit einer liberalen, offenen und verantwortungsvollen Politik zu tun.

Die von Ihnen häufig gepredigte politische Korrektheit darf nicht bei Inhalten fremder Parteien haltmachen. Kontroverse politische Auseinandersetzung ja, aber Diffamierungen nein. Daran sollten wir uns alle halten, Herr Kollege Dr. Stegner. Ich greife gern auf, was Sie versucht haben, in Ihrem heutigen Redebeitrag anzusprechen. Sie haben davon gesprochen, dass der Begriff ein dehnbarer Kampfbegriff sei. Man mag das halten, wie man will. Ich kann mich an Beiträge von Ihnen erinnern, in denen Sie die Koalition aus CDU und FDP als Koalition von Konservativen und Egoisten bezeichnet haben. Und ich kann mich an Beiträge von Ihnen erinnern, in denen Sie die FDP als „Mövenpick-Partei“, die nur Promiinteressen verfolgen will, denunziert haben. Sie können nicht auf der einen Seite für sich in Anspruch nehmen, dass man mit Ihnen sorgfältig und pfleglich umgehen soll, während Sie auf der anderen Seite aber das genaue Gegenteil machen. Ich nehme Ihre heutigen Worte ernst. Wir werden in den nächsten Monaten sehen, ob Sie sich daran halten. Ich sage Ihnen aber gleichzeitig: Wir werden mit gleicher Münze heimzahlen, ohne dass wir noch einen drauflegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident, Sie werden feststellen, dass politische Gestaltung mit der dazu notwendigen Verantwortung einhergeht. Gerade wenn es hart und konfliktreich wird, darf man sich nicht wegducken, sondern muss für seine Überzeugungen und das Wohl des Landes geradestehen. Politik verlangt häufig, wenn es die Lage erfordert, auch schnelles, konsequentes und

unbequemes Handeln. Wenn ein Haus brennt, dann müssen Sie zum Wasserschlauch greifen und nicht etwa - wie vielleicht manche in diesem Hohen Haus meinen -, erst einmal ein Meinungsbild einholen.

Gern, liebe Kolleginnen und Kollegen und lieber Herr Ministerpräsident, werden wir Sie an die gemeinsamen Punkte in Ihrem Koalitionsvertrag erinnern und Ihnen dabei auch als Partner zur Seite stehen.

In diesem Zusammenhang wundere ich mich etwas, Frau von Kalben, dass Sie gerade die Flüchtlings- und Migrationspolitik unter Führung von Emil Schmalfuß als rückwärtsgewandt oder nicht der Zukunft zugewandt klassifiziert haben. So hörte sich das jedenfalls an. Wir haben in diesen Fragen mit den Grünen bisher immer ein hervorragendes Einverständnis gehabt. Das soll auch so bleiben.

Ich möchte insbesondere die Abschaffung des Optionszwangs bei Einbürgerungen, die Kann-Regelung bei den Schülerbeförderungskosten, die Streichung der Verordnungsermächtigung zur Erhebung einer Küstenschutzabgabe sowie die Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung erwähnen, wo Sie mit Sicherheit unsere Unterstützung finden werden.

(Beifall FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

So haben wir es in der Vergangenheit als FDP auch immer gehalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich fasse zusammen: Der Koalitionsvertrag ist gespickt mit viel Lyrik, wenig konkreter Politik, kaum Ideen und jedenfalls keinen Visionen. Im Oktober 2013, zu den Haushaltsberatungen für 2014, wird diese Koalition zeigen müssen, ob sie wirklich mehr kann als Geld auszugeben, was sie dann nicht mehr haben wird. Unser Land hat jede Chance verdient, und wir werden mit Ihnen parlamentarisch fair darum ringen, dass es diese Chance auch erhält.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege.

Bevor wir in der Tagesordnung weiter fortfahren, möchte ich Sie bitten, mit mir gemeinsam Mitglieder des Marinefliegergeschwaders 5 aus Kiel sowie Mitglieder des Theodor-Schäfer-Bildungswerks aus Husum mit Auszubildenden hier im Landtag in Kiel zu begrüßen. - Herzlich willkommen im Landeshaus!

(Beifall)



**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

Wir fahren nun in der Aussprache zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten fort. Ich rufe Herrn Abgeordneten Wolfgang Dudda für die Fraktion der PIRATEN auf.

(Beifall)

**Wolfgang Dudda [PIRATEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ja, das ist ein neuer Moment für mich, das ist meine - so sagt man ja wohl - Jungferrede. Ich bitte mir nachzusehen, wenn es hier und da etwas holprig sein sollte, ich denke, das mit der Routine wird noch kommen.

Bevor ich zum eigentlichen Thema komme, wollte ich mich bei Ihnen, Herr Albig, sehr, sehr für das bedanken, was Sie gestern Nachmittag getan haben, nämlich Ihre Würdigung der Verdienste von Herrn Carstensen und auch die Art und Weise, wie Sie das gemacht haben. Das zeigt, dass hier ein neuer Stil einziehen kann, ein Stil, den wir als PIRATEN sehr begrüßen. Noch einmal ein Dankeschön dafür.

(Beifall PIRATEN, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Nun zu dem, was meinen Themenbereich in dieser Regierungserklärung betrifft. Wir haben uns überlegt, dass wir diese Debatte piratentypisch mit Themen statt Köpfen bedienen wollen. Das heißt, es werden drei oder vier PIRATEN von uns dazu sprechen. Ich habe mir das Thema Innenpolitik herausgesucht, und ich werde am Ende noch ein wenig auf Sozialpolitik eingehen.

Es wird Sie nicht überraschen, wenn ich für meine Fraktion feststelle, dass wir mit vielen Ihrer Politikthemen sehr einverstanden sind. Wir finden sehr, sehr viele Dinge auch sehr gut. Insbesondere Ihre Einstellung zum Thema Vorratsdatenspeicherung hat uns sehr gut gefallen. Wir wissen, wie schwierig das vor allen Dingen vor dem Hintergrund des bundespolitischen Kontextes der Sozialdemokraten gewesen sein muss. Wir bedanken uns dafür, dass das so in den Koalitionsvertrag eingeflossen ist.

Wir als PIRATEN wünschen uns aber auch, dass dieses zarte Pflänzchen, das hier gepflanzt wurde, noch etwas größer werden kann. Wir wünschen uns ein generelles Umdenken in der Innenpolitik. Wir wollen das beginnen mit einer Evaluierung der bestehenden Gesetze und einem Moratorium für neue Gesetze. Wenn Sie diesen Weg auch noch mitgehen, haben Sie uns an dieser Stelle ganz an Ihrer Seite.

Wir wollen damit der Hysterie von Sicherheit und angenommenen Befürchtungen begegnen und die Themen einer gewissen Sachlichkeit zuführen, einer Sachlichkeit, die wir übrigens ganz bewundernswert in anderen Parlamenten und auch hier finden, wenn es darum geht, gelassen auf das Thema Abgeordnetenbestechung zu reagieren, wo man hier Untätigkeit sieht. Auch an dieser Stelle setzen wir auf Sie.

Sicherheit ist immer ein subjektives Gefühl. Unsere Bürgerinnen und Bürger sollen sich sicher fühlen. Das ist unser Job, dafür sind wir hier im Parlament zuständig. Das haben wir zu gestalten. Aber gefühlte Sicherheit hat auch etwas mit staatlicher Präsenz zu tun. Da den richtigen Weg zwischen dem, was gerade noch angemessen ist, und dem, was zu viel ist, also zwischen dem, was Sicherheit sein sollte und einem Polizeistaat, zu finden, das ist unsere Aufgabe. In Ihrem Koalitionsvertrag haben wir dazu vernünftige Ansätze gefunden. Es sind aber nur Ansätze - und das haben wir Ihnen, Herr Breitner, und auch Ihnen, Herrn Albig, schon erklärt -, weil Sie zwar gute Ideen haben, diese aber nicht bis zu Ende formuliert oder nicht zu Ende gedacht haben - eins von beiden; wir wissen es ja noch nicht, das kann sich ja noch ergeben.

Beginnen möchte ich mit der Kennzeichnungspflicht, die wir bei Demonstrations- und Einsatzlagen ausdrücklich begrüßen. Es ist Ihnen aber nicht gelungen darzustellen, dass es sich dabei nicht um ein permanentes Misstrauen unserer Polizei gegenüber handelt. Unsere Polizei verdient kein permanentes Misstrauen. Sie leistet einen tollen Job. Hier wäre einleitend vielleicht das Bekenntnis zur Polizei erleichternd gewesen, für eine Polizei, die mit einem hohen Ethos 24/7 ihren Job sehr, sehr gut für uns alle erfüllt.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt FDP)

Weil Sie aber genau dies unterlassen haben, wehrt sich die Polizei verständlicherweise gegen die Kennzeichnungspflicht. Sie versteht die Kennzeichnungspflicht so, wie sie im Koalitionsvertrag allein nachzulesen ist, berechtigterweise als Affront und als Ausdruck eines in der Regierung angekommenen Generalverdachts. Das ist sie aber nicht. Hätten Sie in dem Koalitionsvertrag beispielsweise klargestellt, dass die Ausübung unmittelbaren Zwangs ein Verwaltungsakt darstellt, der genauso nachvollziehbar sein sollte wie jeder andere Verwaltungsakt, hätte das vielleicht hilfreich sein können. Noch besser wäre es gewesen, wenn Sie die Schutzrechte, die Persönlichkeitsschutzrechte der Polizistinnen und Polizisten, erkennbar mit eingearbeitet hätten.

(Wolfgang Dudda)

(Beifall PIRATEN und Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

Der Persönlichkeitsschutz der Polizistinnen und Polizisten ist aus unserer Sicht am besten dadurch gewährleistet, dass die alphanumerische Kennzeichnung und die Auflösung derselben dem Richtervorbehalt unterliegt. An keiner anderen Stelle sollte erlaubt sein, dieses Gebot aufzulösen, damit es auch nicht dazu kommt, dass Polizisten verfolgt werden können, wie es auch dargestellt worden ist. Ich weiß, dass in Einzellagen im Tagesdienst 80 % der Kolleginnen und Kollegen der Polizei die Kennzeichnung tragen und das freiwillig tun.

Am besten wäre es auch, wenn sie diese Kennzeichnungspflicht im Gesetz beim unmittelbaren Zwang verankern würden. Dann würde sie umfassend gelten, und es wäre auch dafür gesorgt, dass andere hier im Land hilfsweise eingesetzte Polizeikräfte sich dem einfügen hätten. Das wäre ganz praktisch.

Dass Sie die Präsenz der Polizei im ländlichen Raum erhalten wollen, begrüßen wir ebenfalls ausdrücklich. Der Dorfpolizist mit seiner häufig zu beobachtenden freiwilligen Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit ist unentbehrlich und trägt dazu bei, dass es bei uns auf dem Land in diesem Punkt genauso zugeht wie in den städtischen Regionen. Weil wir aber wissen, dass diese Polizisten ihren Job so erledigen, regen wir an, dass wir einmal über etwas nachdenken, was man eine „Überstundenbremse“ bei der Polizei nennen könnte. Eine Überstundenbremse ist einzuziehen. Sie wissen, dass im Durchschnitt 85 Stunden Monat für Monat vor sich hergeschoben werden. Sie mögen sich vorstellen, wie das bei den Einsatzhundertschaften aussieht, die regelmäßig an den Wochenenden Mehrarbeit leisten. Diese Überstundenbremse ist aus fürsorgerechtlichen Gründen notwendig.

(Beifall PIRATEN)

Aber wie soll ein Innenminister das tun, wenn seine Polizei immer und immer wieder politisches Versagen auf Demonstrationen kompensieren muss, weil sie die Demonstrationen begleiten muss? Allein ein neues Versammlungsrecht - so wie Sie das wollen - wird hier nicht helfen. Wir sind alle aufgefordert, durch vernünftige Politik dafür Sorge zu tragen, dass es weniger Unmut gibt, der polizeiliche Begleitung erfordert. Gute, nachvollziehbare und gerechte Politik ist für unsere Demokratie das beste Mittel, um die Demonstrationsfrequenz zu reduzieren. Gern diskutieren wir mit Ihnen auch Ansätze und Möglichkeiten, die widerlichen Naziaufmärs-

che durch ein längst überfälliges NPD-Verbotsverfahren am besten ganz und gar aus unserem Straßenbild zu verbannen.

Sie wollen einen Polizeibeauftragten schaffen und diesen organisatorisch bei der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten unterbringen. Wir halten dies für unlogisch und der Aufgabe nicht gerecht werdend. Richtiger wäre es, ihn dem Landtagspräsidenten anzugliedern und ihn einmal jährlich einen Bericht zur Lage der Polizei erstatten zu lassen. Wir glauben, dass es so gelingen kann, die Polizei noch mehr in der Mitte der Gesellschaft zu verankern. Polizistinnen und Polizisten haben gerade und dann bei besonderen Einsatzlagen darunter zu leiden, dass ihr sonst vorhandenes Demonstrationsrecht nicht vorhanden und aufgehoben ist und sie sich deshalb kaum an jemanden wenden können, wenn sie sich in ihren Rechten eingeschränkt fühlen. Ergänzend sollte dieser Polizeibeauftragte das Ausbildungsgeschehen begleiten, und damit dem Parlament helfen, ein vollständiges und korrektes Bild der Polizei zu bekommen.

Und auch die Innere Sicherheit und gleichzeitig Sozialpolitik gefällt uns bei Ihnen sehr gut, nämlich die neue Suchtpolitik. Sie wollen Suchtpolitik statt Drogenkrieg durchführen. Das gefällt uns sehr gut. Aufklärung und Prävention - das wissen wir alle, das ist eine Binsenweisheit - ist allemal besser als Strafverfolgung von Süchtigen. Allerdings: Wenn die Prävention nicht gegriffen hat, also zu spät kommt, ist es auch richtig, nicht gnadenlos zu kriminalisieren. Das heißt, der Schwerstabhängige mit einer kleinen Menge Drogen ist nicht zu kriminalisieren, ihm ist zu helfen, er ist der Hilfe zuzuführen, und auch Auswege sind zu schaffen. Ich beobachte in Ihrer Position dazu zum ersten Mal in diesem Land einen vernünftigen Weg. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Wir wollen genau wie Sie aber auch, dass die Straftaten, die echten Straftaten, stärker verfolgt werden. Das ist auch Ihre Absicht, und deshalb sind wir auch an der Stelle bei Ihnen.

Beim Sozialen habe ich ein bisschen Probleme. Inhaltlich sind wir bei Ihnen. Wir wollen den Mindestlohn genauso wie Sie. Tariftreue ist auch für uns ein wichtiges Thema. Die Wiedereinführung von vernünftiger Augenhöhe bei der Mitbestimmung ist auch okay. Aber in allen Punkten fehlt uns die Gegenfinanzierung. Sie ist für uns einfach nicht erkennbar. Sie mögen sie noch vorlegen. Zurzeit können wir sie nicht erkennen. Auch die Personaleinsparungen im öffentlichen Dienst, die Reduzierung von 39 auf 32 Abteilungen, verlangen ein so-

**(Wolfgang Dudda)**

ziales Vorgehen mit den Mitarbeitern, die umgesetzt oder woanders hinverlagert werden sollen. Auch wenn Sie es erklärt haben, Herr Albig, können wir nicht ganz nachvollziehen, warum Sie einen Staatssekretär mehr brauchen. Wenn das so toll ist und eine solche Rendite bringt, sage ich: Wir stellen noch 20 Staatssekretäre ein, und dann ist dem Land geholfen. Das ist der Schluss aus dem, was Sie mir erklärt haben.

Ich komme zum Ende und sage: viele Ideen, viele sehr gute, die wir auch gern mittragen, vielfach unkonkret und oft aus unserer Sicht ohne Finanzierung. Ich setze darauf, dass die von Ihnen formulierte Präambel gültig ist, umgesetzt wird und wir alle im Parlament gefragt werden, beteiligt werden und uns mit vernünftigen Ideen einbringen. Dann freue ich mich auf die nächsten fünf Jahre mit Ihnen.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Dudda, für Ihre erste Rede hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

Ebenfalls seine erste Rede wird jetzt der Herr Kollege Sven Krumbeck halten, ebenfalls von der Piratenpartei.

(Beifall)

**Sven Krumbeck [PIRATEN]:**

Moin, moin! Es ist ebenfalls meine erste Rede, deswegen bitte ich um ein bisschen Nachsicht.

„Neue Horizonte für Schleswig-Holstein“ - so hat die Regierung ihren Koalitionsvertrag genannt. In der Tat, neu hört sich vieles an. Dabei sind einige der bildungspolitischen Vorstellungen durchaus zu begrüßen. Die Koalition will einheitliche Bildungsstandards einführen. Allerdings muss sie das auch konsequent durchziehen und sich im Bundesrat dafür einsetzen. Der Impuls hierfür muss über Schleswig-Holstein hinausgehen.

Das Kooperationsverbot aufzuheben, ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Auch wir PIRATEN lehnen Kita-Gebühren im Grundsatz ab und treten dafür ein, dass der Besuch des Kindergartens kostenlos wird.

Die Regierung erwartet, dass durch den demografischen Wandel bis 2017 1.400 Lehrerstellen frei werden, und will die Hälfte der freigewordenen

Mittel wieder in Bildung investieren. Das begrüßen wir. Das ist der richtige Ansatz.

Trotzdem tun sich in der Tat einige Abgründe am Bildungshorizont von Schleswig-Holstein auf. Das Motto der neuen Regierungskoalition heißt zwar „Bildungspolitik im Dialog“, trotzdem will sie den Schulen von oben herab die Möglichkeit nehmen, sich gegebenenfalls für das doppelte Angebot von G 8 und G 9 zu entscheiden.

Das gleiche Prinzip des Von-oben-herab-Diktierens wenden Sie auch bei der Umwandlung von Regional- in Gemeinschaftsschulen an. Die Umwandlung haben Sie schon längst beschlossen. Wann wollen Sie denn die Lehrer, Eltern und Schüler in diese Entscheidung einbeziehen? Bürgernah wäre es gewesen, solche Entscheidungen direkt mit den Betroffenen vor Ort zu treffen.

Den Integrationsklassen wollen Sie zwei der drei gekürzten Differenzierungsstunden zurückgeben. Fragen Sie einmal die Lehrer in diesen Klassen. Eigentlich müssten in solchen Klassen ständig zwei Lehrkräfte sein.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt FDP - Zuerufe Abgeordnete Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Außerdem vermisste ich in Ihrem Koalitionsvertrag eine Obergrenze für Klassenstärken.

Wir PIRATEN sehen es als unsere Aufgabe an, Sie in Ihrer Regierungszeit daran zu erinnern, dass Bürgerbeteiligung und kritisches Hinterfragen allgemein zu einem festen Bestandteil unseres neuen Politikstils werden müssen.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für den SSW erteile ich nunmehr dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das „Bündnis für den Norden“ ist in vielerlei Hinsicht ein Novum. Zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte unseres Landes gibt es ein Regierungsbündnis aus drei Parteien. Seit über 60 Jahren ist der SSW ein fester Bestandteil der schleswig-holsteinischen Parteienlandschaft. Der SSW hat natürlich immer verantwortungsvolle Politik für die

**(Lars Harms)**

Menschen hier im Land gemacht. Zu dieser Verantwortung und zur Verpflichtung bekennen wir uns. Daher haben wir auch immer gesagt, dass wir dieses Land nicht unregierbar machen. Dieser Verantwortung haben wir uns nach der Landtagswahl gestellt und sind das Dreierbündnis eingegangen.

Zum ersten Mal in der langen Geschichte des SSW werden wir in den kommenden Jahren Regierungsverantwortung tragen und die Politik in unserem Land noch stärker gestalten und prägen. Damit wird zum ersten Mal eine Minderheitenpartei in Deutschland Regierungsverantwortung für ein Land übernehmen. Das ist ein historischer Schritt.

Dieser historische Schritt ist nicht nur auf Landesebene von Bedeutung. Man blickt minderheitenpolitisch aus ganz Europa auf unser Land und die Regierungsbeteiligung des SSW. Wir haben viele Anfragen aus anderen Regionen und von anderen Minderheiten zu unserer Regierungsbeteiligung erhalten. Es scheint so zu sein, dass das Land Schleswig-Holstein wieder eine Vorbildfunktion einnimmt, indem nämlich die Minderheitenpartei in eine Regierungszusammenarbeit einsteigt. Das ist in Europa keine Selbstverständlichkeit. Deswegen ist es ein richtiger und wichtiger Schritt, dass der SSW Verantwortung übernehmen will und dass der Landtag dem SSW und damit auch den Minderheiten nicht das Recht abspricht, aktiv an der Gestaltung des Landes mitzuarbeiten. Dies ist für uns eine zentrale Botschaft, die von unserer Regierungsbeteiligung ausgeht und die auch Auswirkungen auf die Teilhabe von Minderheiten in anderen Staaten Europas, auch vieler deutscher Minderheiten im Ausland, haben wird. Ich glaube, dass wir uns dessen sehr bewusst sein müssen.

Der SSW trägt dazu bei, dass Schleswig-Holstein eine handlungsfähige Regierung für eine ganze Legislaturperiode bekommt. Wir haben uns mit unseren Koalitionspartnern auf gemeinsame Ziele verständigt, die Schleswig-Holstein wieder voranbringen werden. Mit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen wir die Politik im Land neu gestalten. Dafür bildet der rot-grün-blaue Koalitionsvertrag das Fundament. Wir werden eine gerechtere, klügere und weitsichtige Politik betreiben. Vor allem werden wir einen anderen Politikstil in unserem Land Einzug halten lassen. Wir wollen auf die Menschen zugehen, mit ihnen reden und sie mitnehmen. Das ist notwendig, weil wir in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen stehen.

Ohne die notwendige Offenheit und Transparenz, ohne den Dialog und ohne die Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Akteuren wird es schwer, die

Menschen im Land von unserer Politik zu überzeugen.

Für alle Ziele in diesem Koalitionsvertrag gilt der Leitsatz der Koalition, dass strukturelle Mehrausgaben durch strukturelle Mehreinnahmen oder Einsparungen erwirtschaftet werden müssen. Eine rot-grün-blaue Koalition wird eine verantwortliche Haushaltskonsolidierung betreiben. Wir werden natürlich die Vorgaben der Schuldenbremse erfüllen und dafür sorgen, dass die Nettoneuverschuldung Schleswig-Holsteins bis 2020 auf null sinkt. Wer anderes behauptet, redet Blödsinn. Dies ist durch die Verfassungsänderung festgelegt, die wir selbst mit angeschoben haben - nicht nur wir, sondern auch die Sozialdemokraten, auch die Grünen, auch die FDP und auch die CDU. Deswegen werden wir uns natürlich daran halten. Wir sind verfassungstreu, wie wir es immer waren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden aber nicht wie Schwarz-Gelb vom grünen Tisch aus mit dem Sparschäler über das Land ziehen und dabei in Kauf nehmen, dass vieles weg-rasiert wird, was für unser Zusammenleben in Schleswig-Holstein wichtig ist. Wir werden auch mit den Menschen sprechen, statt unbesehen ihr Leben, ihre beruflichen Erfolge oder ihr ehrenamtliches Werk zu zerstören. Damit keine Missverständnisse aufkommen - auch wir werden nicht darum herumkommen, die Schulden abzubauen. Wir werden eine Politik machen müssen, die nicht allen behagt und manchen wehtut. Aber wir werden den Beweis antreten, dass sich viele Dinge durch intelligentere Änderungen von Strukturen oder eine Umverteilung von Geldern retten lassen. Für Schwarz-Gelb waren die Kürzungen ein Selbstzweck, weil sie von einem schlanken Staat träumten, in dem sich jeder selbst der Nächste ist und Solidarität mehr und mehr zu einer Phrase verkommt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist es!)

Für uns ist Sparen eine Notwendigkeit, die behutsam und klug umgesetzt werden muss. Das ist der Unterschied. Diesen Unterschied haben die Menschen in Schleswig-Holstein bewusst gewählt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die rot-grün-blaue Koalition wird keine ideologische Politik machen, sondern realistische Möglichkeiten haben. Wir wollen dieses Land besser machen. Das tun wir vor allem, indem wir die Bildung voranbringen. Wir werden in einem ersten Schritt

(Lars Harms)

schon im Herbst 300 Lehrerstellen zurückgeben, die von Schwarz-Gelb gestrichen wurden. Statt Geld in einem Vertretungsfonds zu parken, für den es ohnehin keine Lehrkräfte gibt, und statt leere Stellen zu horten, sollen damit die gesetzlich vorgeschriebenen Differenzierungsstunden in den Gemeinschaftsschulen wieder geleistet werden. Das ist auch richtig so. Das dient gerade unseren Kindern.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem werden wir die sinkenden Schülerzahlen in den kommenden Jahren nicht ausnutzen, um die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer auf ein Minimum zu reduzieren. Für uns stehen die Qualität des Schulunterrichts und die Bekämpfung des Unterrichtsausfalls im Zentrum, denn dies sind die Voraussetzungen dafür, dass die Schulkinder von heute möglichst gute Chancen im Leben haben und zum Wohlstand unseres Landes beitragen.

Deshalb soll die sogenannte demografische Rendite, also die Gelder, die durch den Schülerrückgang frei werden, zur Hälfte im Bildungswesen bleiben und zur Hälfte in den Schuldenabbau gehen. Beides dient der Zukunft unserer Kinder und Enkel, und deren Zukunft ist das Wertvollste, was wir haben.

Natürlich wollen wir auch mit dem Bildungschaos aufräumen, das die FDP gemeinsam mit der CDU hinterlassen hat. Das Verwirrspiel mit G 8, G 9, G Y oder dem Abitur an Gemeinschaftsschulen soll endlich aufhören. Künftig kann man an Gymnasien das Abitur nach acht Jahren und an Gemeinschaftsschulen das Abitur nach neun Jahren erwerben. Das sind klare Verhältnisse. Damit der neunjährige Bildungsgang wirklich überall zur Verfügung steht, wollen wir die Oberstufen an Gemeinschaftsschulen ausbauen. Das ist auch richtig so.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, das sind die klaren Linien und der Schulfrieden, nach dem sich alle sehnen.

(Lachen FDP)

Damit die Bildungspolitik wirklich für Frieden sorgt, gehen wir offen in einen Bildungsgipfel mit allen Beteiligten,

(Christopher Vogt [FDP]: Offen?)

um einen tragfähigen Konsens zu entwickeln, der viele Jahre halten kann. Die Schüler, Eltern und Lehrer wollen endlich Ruhe, um zu lernen und zu

lehren, und die Ruhe wollen wir ihnen als Koalition geben.

(Johannes Callsen [CDU]: Dann macht das doch!)

Die rot-grün-blaue Koalition wird dafür sorgen, dass die Kommunen wieder finanziell gestärkt werden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das schaue ich mir an!)

Sie sind durch die Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs um 120 Millionen € schwer getroffen worden. Zukünftig erhalten sie 80 Millionen €, mit denen sie die gesetzlich vorgeschriebene Betreuung von unter Dreijährigen vor Ort finanzieren können. Die restlichen 40 Millionen wollen wir ihnen auf anderem Wege zukommen lassen. Auch das ist eine pragmatische und saubere Lösung.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Abgeordneter Johannes Callsen [CDU])

- Lieber Kollege Callsen, wir werden die freiwillige - ich betone: die freiwillige - Zusammenlegung von kleinen Kommunen fördern und uns für eine weniger bürokratische Aufgabenverteilung der verschiedenen Ebenen im Land einsetzen. Das ist nicht nur bürgerfreundlicher und schafft mehr Demokratie vor Ort, das ist auch ein verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern. Wir kommen schlicht nicht umhin, die öffentlichen Verwaltungen des Landes zu verringern, um finanzielle Handlungsspielräume zu gewinnen. Das haben Sie jahrelang unterlassen, aber wir werden das anpacken.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

Das angebliche Programm zur Konsolidierung der Kommunen, mit dem sich die Landesregierung eigentlich nur Einfluss auf die kommunalen Haushalte erkaufen wollte, werden wir stoppen. Außerdem werden wir uns dagegen wehren, dass das Land und die Kommunen vom Bund immer neue Aufgaben aufs Auge gedrückt bekommen, ohne dass es hier einen finanziellen Ausgleich gibt. All das, was Sie im Bundesrat getrieben haben, liebe Kolleginnen und Kollegen von der anderen Seite, werden wir so nicht mitmachen.

(Beifall SSW und Abgeordneter Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, dass uns nicht nur neue Aufgaben vom Bund aufs Auge gedrückt werden

(Lars Harms)

sollen, gilt natürlich auch für die Fehmarnbelt-Querung. Der SSW akzeptiert, dass es einen Staatsvertrag des Bundes mit Dänemark gibt, der eingehalten werden muss.

(Zuruf FDP: Immerhin!)

Deshalb ist es jetzt Aufgabe der Bundesregierung, dafür zu sorgen, dass eine Überprüfung der Kostenschätzung und des Kosten-Nutzen-Verhältnisses in Bezug auf die Hinterlandanbindung vorgenommen wird, damit endlich einmal verlässliche Zahlen vorliegen. Dann muss der Bund, wenn am Bau der Fehmarnbelt-Querung festgehalten wird, auch sagen, wie er die Hinterlandanbindung finanzieren will. Bisher hat Schwarz-Gelb hier aus ideologischen Gründen nicht nachgehakt und so viele andere Verkehrsprojekte im Land gefährdet. Genau das muss ein Ende haben. Wir als Koalition werden das anders machen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Hinterlandanbindung darf nämlich nicht zu einer Verzögerung oder gar Streichung von Projekten führen, die für Schleswig-Holstein auch notwendig sind. Wir brauchen für Verkehrsprojekte dieser Größenordnung verlässliche Zusagen durch den Bund. Das Wischiwaschi der letzten Jahre hat nur dazu geführt, dass niemand weiß, woran er wirklich ist.

Auch in Bezug auf die Fehmarnbelt-Querung gilt das Leitbild, das sich unsere Koalition gegeben hat: Wir wollen mehr und bessere Bürgerbeteiligung. Deshalb wird die Landesregierung die Ergebnisse des Dialogforums so weit wie möglich übernehmen und sie in die weitere Planung mit einfließen lassen. Die Landesregierung wird sicherstellen, dass erweiterte Beteiligungsmöglichkeiten im Verfahren angewandt werden. Das wird zu mehr Akzeptanz in der Region führen. Das wiederum dient dem ganzen Land.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abgeordneter Dr. Ralf Stegner [SPD])

In der Verkehrspolitik setzen wir außerdem auf eine verbesserte Mobilität im gesamten Land. Deshalb werden wir neue finanzielle Spielräume schaffen, indem mehr Finanzmittel für Projekte im öffentlichen Personennahverkehr freigeschaufelt werden. Hierzu zählen Schnellbuslinien genauso wie alternative Mobilitätsangebote oder auch die Anpassung der Tarife in der Metropolregion, für die bisher kein Geld da war. Hier entstehen gerade auch für die Kommunen und ihr ÖPNV-Angebot riesige Chan-

cen - sei es für die Stadt-Regional-Bahn Kiel, für den Ausbau der S 4 und der S 21 in der Metropolregion oder aber auch für erweiterte ÖPNV-Angebote im ländlichen Raum. All dies wird förderfähig sein, und der Kreativität vor Ort werden wir keine Grenzen setzen.

Was für mich ganz wichtig ist: All das führt dazu, dass vor Ort Arbeitsplätze geschaffen werden. Auch der ÖPNV schafft Arbeitsplätze vor Ort. Die sind dauerhaft und sicher, und das nur dadurch, dass wir diese Mittel umschichten und wir als Koalition anders arbeiten, als Sie es getan haben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wir wissen auch, dass die beste Idee für die Verbesserung der Mobilität zum Scheitern verurteilt ist, wenn die Verkehrswege nicht adäquat unterhalten werden. Deshalb setzen wir vornehmlich darauf, dass bestehende Verkehrswege besser unterhalten und geplante Verkehrswegeprojekte weitergeführt werden können.

Dabei wollen wir auch hier eine Verkehrspolitik mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam machen. Als Beispiel hierfür sei der B-5-Ausbau zwischen Hattstedt und Bredstedt genannt. Die Diskussion mit den Bürgern, einer Bürgerinitiative, den dortigen Kommunen und den Naturschutzverbänden vor Ort werden nun schon seit 2004 geführt, und trotzdem ist man ihnen bisher nicht wirklich entgegengekommen - und das, obwohl die von den Menschen vor Ort vorgeschlagenen Ideen naturverträglicher und um mehrere Millionen Euro billiger als die geplante Variante der Trassenführung sind. So etwas versteht kein Mensch. Deshalb werden wir hier unserem Leitmotto folgend die Bedenken der Menschen vor Ort in die zukünftigen Planungen weitgehend einbeziehen. Das ist billiger und besser für die Region, und das schadet auch nicht der Natur. Insofern machen wir auch da wieder genau die richtige Politik.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich nun etwas zur A 20 sagen. Hier scheint es eine Vielzahl von Missverständnissen zu geben. Der dritte Abschnitt von Bad Segeberg über die A 21 hinaus bis zur B 206 ist baureif. Somit werden für den dritten Abschnitt wie geplant die Bauarbeiten unverzüglich aufgenommen. Es gibt inhaltlich nur eine Änderung zu den politischen Aussagen der bisherigen Regierung: Im Gegensatz zur schwarz-gelben Landesregierung wird nicht der Abschnitt sieben zuerst gebaut werden, sondern der

(Lars Harms)

vierte Abschnitt nach dem dritten Abschnitt planfestgestellt und gebaut. Hierdurch wird die Autobahn weitergeführt bis zur A 7. Dadurch erhalten die Region Ostholstein und die Hansestadt Lübeck eine direkte Verbindung zum nördlichen Teil Hamburgs mitsamt dem dortigen Flughafen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe CDU und FDP)

- Lieber Kollege Kubicki, man möge sich das einmal vor Augen halten: Beide, sowohl die Hansestadt Lübeck als auch der Kreis Ostholstein, sind jüngst Mitglied in der Metropolregion geworden. Genau deshalb schließen wir diese Region an die Metropolregion verkehrstechnisch wirklich an. Das tun wir. Das hätten Sie unterlassen. Das hätten die in den nächsten fünf Jahren nicht gehabt.

(Beifall Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering [SSW] und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Lachen FDP)

Wir machen mehr als das, was Sie machen. Beide Abschnitte lassen sich finanzieren; das werden wir in dieser Legislaturperiode hinbekommen. Dann schauen wir einmal, was sich danach entwickelt.

Meine Damen und Herren, die Planfeststellungsverfahren der Streckenabschnitte vier bis acht bei der A 20 inklusive der westlichen Elbquerung werden unvermindert weitergeführt und voraussichtlich Ende 2012, spätestens Anfang 2013 abgeschlossen sein.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Quatsch!)

- Wenn Sie behaupten, das sei Quatsch, dann ist es Quatsch, was Ihre Regierung gemacht hat, weil die genau das angeschoben hat, lieber Kollege. Wir führen das nur weiter. Wenn Sie nicht einmal ertragen können, dass wir Ihre Politik weiterführen, was die Planung angeht, sind Sie wirklich ärmlich.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man realistisch draufguckt, können sich da noch mögliche Klagen anschließen, sodass mit einer endgültigen Baureife gegen Ende der Legislaturperiode zu rechnen ist.

(Unruhe CDU und FDP)

Nach der Planfeststellung kann man sich um eine Finanzierung auch dieser Abschnitte kümmern und die A 20 dann möglicherweise von Ost nach West entsprechend weiterbauen.

(Christopher Vogt [FDP]: Möglicherweise!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von FDP und CDU, der eigentliche Skandal ist doch nicht, dass wir vernünftigerweise dort weiterbauen, wo der bisherige Bau endet und wo man dann den meisten Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger erzielen kann. Der Skandal ist, dass die bisherige Landesregierung verschwiegen hat, dass ihr mindestens seit November letzten Jahres klar war, dass es erhebliche Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Elbquerung gibt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Reaktion der damaligen Landesregierung war nicht, dass man sich intensiv an die Bundesregierung gewandt hätte, um konkrete Finanzierungszusagen zu erhalten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das stimmt doch nicht!)

Stattdessen wollte man sozusagen als Demonstration des Willens, die A 20 zu bauen, einen Abschnitt zwischen A 23 und Glückstadt bauen, der auf absehbare Zeit mehr oder weniger nutzlos in der Landschaft gelegen hätte; ohne Anbindung an die A 20 und ohne Chance, in den nächsten Jahren oder möglicherweise im nächsten Jahrzehnt über die Elbe hinaus weitergeführt zu werden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Kollege Kubicki, das ist eine wirklich unverantwortliche Politik. Damit werden wir in der Tat Schluss machen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

Die rot-grün-blaue Koalition wird nicht zuletzt für die Wirtschaft im Land Verantwortung übernehmen, denn die Wirtschaft ist die Existenzgrundlage der Menschen. Wir werden den Mittelstand fördern, der in unserem Land die meisten Arbeitsplätze erhält und schafft und der auch die beste Versicherung gegen die Folgen der internationalen wirtschaftlichen Turbulenzen ist.

Wir werden eine Wirtschaftspolitik machen, die alle Regionen des Landes im Blick behält. Die CDU hat absolut nicht recht, wenn sie jetzt behauptet, dass der SSW innerhalb der künftigen Koalition die Interessen des Landesteils Schleswig nicht gewahrt habe. Das ist umso absurder, als der Koalition und namentlich dem SSW gleichzeitig im Hamburger Raum vorgeworfen wird, den Fokus zu stark auf

**(Lars Harms)**

den nördlichen Landesteil zu verlagern und den Süden zu vernachlässigen. Jeder behauptet also, was ihm in den Kram passt. Realität ist aber, dass diese Koalition für das ganze Land antritt. Das werden die Leute in den nächsten fünf Jahren auch sehr stark merken.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uns ist durchaus bewusst, dass die Metropolregion Hamburg und die Region Lübeck zu den wirtschaftlichen Motoren gehören und dass das gesamte Land betroffen ist, wenn es dort nicht gut läuft. Die Wirtschaftspolitik in diesen Regionen ist entscheidend. Diese Regionen wollen wir natürlich pflegen und fördern. Wir wollen aber auch sehen, wie wir die anderen Bereiche des Landes voranbringen. Es gibt nicht nur den Norden, es gibt auch andere Bereiche des Landes, die durchaus Hilfe brauchen und die nicht von der Dynamik im Süden profitieren können. Deshalb soll es auch Strategien geben, die das Leben und Arbeiten in diesen Regionen in den Mittelpunkt rücken. Deshalb sollen die Hochschulen in Heide und Flensburg beispielsweise gesichert und ausgebaut werden.

Lieber Kollege Callsen, es ist richtig, dass wir die einzelbetriebliche Förderung einstellen werden. Wir werden dafür aber eine Entwicklungsstrategie für den Landesteil Schleswig und für die Westküste bekommen. Lieber Kollege, nach sieben Jahren der Vernachlässigung durch schwarze Wirtschaftsminister wird sich die Landesregierung endlich wieder kümmern. Das ist mehr wert als jedes Förderprogramm, das die bisherige Landesregierung eigentlich nur als Beruhigungsspiel für das Nichtstun genutzt hat.

(Beifall SSW und SPD - Johannes Callsen [CDU]: Wir werden das fragen, jede Woche!)

- Ihr könnt nachfragen, das ist gar kein Problem. Wir sind hier völlig schmerzfrei. Wir wissen genau, dass wir das alles wunderbar hinkriegen werden. Sie haben so wenig für den Norden und für den Westen des Landes geleistet. Wir haben im Vergleich überhaupt keine Schwierigkeiten, hier etwas auf die Beine zu stellen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Sag doch mal, was Ihr machen wollt!)

Lieber Kollege Callsen und lieber Kollege Kubicki, auch bei den arbeitsplatzintensivsten Wirtschaftsbereichen in unserem Land wollen wir darangehen

und diese wieder vernünftig fördern. Der Tourismus wurde von der schwarz-gelben Landesregierung sträflich vernachlässigt.

(Lachen FDP)

Dabei ist der Tourismus eigentlich ein aufstrebender Wirtschaftszweig mit großer Zukunft, der auch auf andere Lebensbereiche der Bevölkerung ausstrahlt.

(Christopher Vogt [FDP]: Warum merken wir das nicht?)

Deshalb wollen wir mehr und nicht weniger investieren, als sie dies vorhatten. Wir werden insbesondere die Tourismusagentur Schleswig-Holstein stärken. Auch diese sollte von Ihnen zugrunde gerichtet werden. Wir werden am bisherigen Zielgruppenkonzept festhalten und versuchen, die Aktivitäten des Landes im Bereich Tourismus besser zusammenzuführen.

(Zurufe CDU und FDP)

- Das können Sie alles im Koalitionsvertrag nachlesen. Wir tun mehr für den Tourismus. Wir fassen alles zusammen, und wir stecken mehr Geld in diesen Bereich, als Sie reinstecken wollten.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Widerspruch CDU und FDP)

Deshalb wird es dem Tourismus in diesem Land demnächst wieder richtig gut gehen. Das ist im Gegensatz zu dem, was Sie ihm angedroht haben.

(Beifall SPD)

Natürlich steht die rot-grün-blaue Koalition auch für den Blick über den Tellerrand. Nicht zuletzt der SSW wird als Koalitionspartner dazu beitragen, buchstäblich die neuen Horizonte zu eröffnen, die der Koalitionsvertrag verspricht. Wir wollen, dass das Land seine Beziehungen zu den anderen norddeutschen Ländern und insbesondere zu Hamburg ausbaut. Wir wollen aber auch das lädierte Verhältnis zu Dänemark wieder verbessern. In den vergangenen Jahren wurde vieles eingerissen, was mühselig aufgebaut wurde. Dabei gibt es noch sehr viel Potenzial in der deutsch-dänischen Zusammenarbeit. Daher werden wir die Zusammenarbeit mit Dänemark intensivieren.

Insbesondere beim grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt müssen endlich bestehende Hemmnisse aus dem Weg geräumt werden. Es kann nicht angehen, dass es immer noch Probleme mit der gegenseitigen Anerkennung von Berufsabschlüssen gibt oder dass



(Lars Harms)

Sprachbarrieren der besseren Zusammenarbeit immer noch im Wege stehen. Ebenso werden wir EU-Programme für grenzüberschreitende Projekte nutzen, um die Ausbildung von Jugendlichen zu verbessern. In der Grenzregion werden wir die Stärken der Wirtschaft weiter fördern und die Leistungsfähigkeit ausbauen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Dänemark muss künftig besser koordiniert werden. Hierfür werden wir die Kontakte zu unseren dänischen Nachbarn verstärken. Sie haben es eben gehört: Die frühere Kollegin und jetzige Ministerin Spoorendonk wird sich schon in der nächsten Woche auf den Weg machen, um zu beginnen, genau diesen Part des Koalitionsvertrages umzusetzen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf beiden Seiten der Grenze gibt es Wirtschaftsstrategien. Damit die Grenzregionen wirklich davon profitieren können, müssen die dänischen Strategien und die Strategien des Landes eng aufeinander abgestimmt werden. So werden wir dafür sorgen, dass sich die grenzüberschreitenden Wirtschaftsräume entsprechend bilden können. Hier gibt es für die Region Sønderjylland/Schleswig ebenso wie für die Region Fehmarnbelt riesige Chancen. Es geht mehr um Kommunikation und weniger um den Einsatz von Geldmitteln. Es ist erst einmal wichtig, dass die Menschen miteinander reden und gemeinsame Strategien entwickeln. Die Menschen vor Ort wollen das, nur wurden sie bisher von der Regierung daran gehindert. Wir werden das ändern.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Grenzregion hat aber mehr zu bieten als die Wirtschaft. Daher sehen wir auch darin eine wichtige Aufgabe, die Bewerbung Sønderborgs als Kulturhauptstadt aktiv zu unterstützen. Darüber hinaus wollen wir die deutsch-dänischen Studiengänge der Universität Flensburg voranbringen. So wie wir uns im Dialog und in der Kooperation sowie in der Zusammenarbeit auf unsere dänischen Nachbarn zubewegen, werden diese Schritte dazu beitragen, dass das Land wieder zu der Vorreiterrolle in der Ostseekooperation zurückfindet, die ihm zusteht.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dafür werden wir uns stärker in die Ostseezusammenarbeit einbringen und die Ostseestrategie aktiv unterstützen. Schleswig-Holstein wird hierfür sogenannte Flaggschiff-Projekte initiieren und ausbauen.

Wir werden den Kontakt mit unseren Nachbarn ausbauen und die Akteure im eigenen Land beteiligen. Die Plattform hierfür bildet ein kontinuierlicher Dialog, in den landesweit alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteure eingebunden werden. Um den Stellenwert der Ostseepolitik auf Bundesebene und auf europäischer Ebene wieder zu erhöhen, muss die norddeutsche Kooperation in der Ostseezusammenarbeit verstärkt werden. Nur durch ein gemeinsames Auftreten der norddeutschen Länder in Berlin und Brüssel wird es gelingen, die Ostseepolitik mitzugestalten. Nur dann werden die Interessen Schleswig-Holsteins auch erfolgreich wahrgenommen.

Aber nicht nur die Ostseepolitik wird mit neuem Leben erfüllt. Eine rot-grün-blaue Koalition wird auch der Nordseepolitik einen höheren Stellenwert in Schleswig-Holstein zukommen lassen. Auch hier werden wir die Zusammenarbeit mit den Nachbarn der Nordseeregion verstärken und eine integrierte Meerespolitik verankern. Die vielseitigen und konkurrierenden Ansprüche in der Nordsee stellen hohe Herausforderungen an den Nordseeraum und damit an die Politik. Die Aufgabe wird darin bestehen, Lösungen für die Nordseeregion zu erarbeiten. Nur mit abgestimmten Strategien lassen sich diese Ansprüche vereinen.

Wir müssen aber auch erkennen, dass gerade die Nordseeregion eine herausragende Wirtschaftsregion ist. Unsere wichtigsten Handelspartner liegen in der Nordseeregion. Somit ist es auch vor diesem Hintergrund wichtig, bestehende Kontakte zu pflegen und neue Kooperationen auf die Beine zu stellen. Hier seien insbesondere der Tourismus, die Hafenwirtschaft, die Energiewirtschaft und eine gemeinsame Verkehrspolitik genannt.

Ein erster Schritt hin zu einer engeren Zusammenarbeit im Nordseeraum ist gerade die kulturelle und die interfriesische Zusammenarbeit, die schon ein Fundament hat und die in einen kulturellen Vertrag mit den Niederlanden oder den nördlichen niederländischen Provinzen münden könnte. Durch die kulturelle und minderheitenpolitische Zusammenarbeit könnte hier ein gutes Fundament für eine noch bessere wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Nordseeregion gelegt werden. Genau das wollen wir tun.

Eines der wesentlichen Zukunftsfelder für unser Land ist die Energiewende. Sie ist nicht nur richtig, um die Atomkraft loszuwerden und dauerhaft auf die klimaschädlichen fossilen Energieträger, allen voran Kohle, zu verzichten. Sie ist auch ein wesentliches strategisches Element, wenn es darum geht,

(Lars Harms)

die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes zu sichern. Neue Energien bringen neue Arbeit und erhalten die bisherigen Arbeitsplätze. Deshalb setzen wir massiv darauf, die Energietechnologie und die Energiewende in Schleswig-Holstein voranzutreiben. Dazu zählt natürlich auch die Windmesse in Husum.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen Schleswig-Holstein an 365 Tagen im Jahr aus regenerativen Energiequellen versorgen. Wir haben uns als Ziel gesetzt, hier bis 2020 aus erneuerbaren Quellen dreimal so viel Strom zu produzieren, wie wir in Schleswig-Holstein selbst verbrauchen.

Wir wollen die Förderprogramme des Landes so gestalten, dass die erneuerbaren Energien und das Energiesparen besonders gefördert werden. Das ist in jederlei Hinsicht klug. Denn wer zum Beispiel eine Schule energetisch saniert und mit erneuerbarer Energie versorgt, tut etwas für die Bildung, spart öffentliche Energiekosten und fördert das Handwerk. Es wäre also direkt dumm, diese Möglichkeiten nicht auszuschöpfen. Deswegen werden wir das auch nicht tun.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Eine der Grundvoraussetzungen für die Energiewende und den Ausbau der erneuerbaren Energien ist der Um- und Ausbau der Netze. Bei dem bisher durchgeführten Dialogforum hat es keine echte Beteiligung der betroffenen Bevölkerung gegeben. Es waren reine Informationsveranstaltungen, und dies wollen wir auch ändern. Wir werden den Menschen zuhören und mit ihnen reden. Bei der Planung werden wir die Bevölkerung und die Verbände auf Augenhöhe beteiligen - und das schon im Vorwege. Wir werden Transparenz schaffen und wesentliche Alternativen zulassen und diese auch veröffentlichen. Ergebnisse aus den Bürgerbeteiligungen werden so weit wie möglich umgesetzt. Auch wenn diese Form der Beteiligung vorerst noch zeitintensiv ist, wird es uns später aber dienlich sein. So wollen wir Konflikte schon im Vorwege ausräumen, um Projekte dann eben doch in der Gesamtschau möglichst schnell und konfliktarm umsetzen zu können. Denn nur wenn wir die Energiewende schnell schaffen, können wir unsere Ziele erreichen und dabei auch noch Arbeitsplätze schaffen.

Arbeitsplätze schafft man im Übrigen auch mit dem Naturschutz. Dies ist immer noch eine nicht genug gewürdigte Tatsache. Deshalb ist es richtig, dass

wir uns für mehr Naturschutz aussprechen und eben auch mehr tun, als die alte Landesregierung bisher getan hat. Wir wollen 15 % der Landesfläche als Vorranggebiete für den Naturschutz sichern. Neben dem Arbeitsplatzargument ist das auch ganz wichtig für die landwirtschaftliche Vielfalt und bedeutet dann auch einen sehr konservativen Ansatz. Es ist aber trotzdem richtig, dass wir ein Stück Landschaftskultur erhalten können. Auch das ist Ziel des Naturschutzes, und es ist ein sehr, sehr lobenswertes Ziel.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Deshalb ist die Idee mit den Vorranggebieten richtig. Es ist richtig, dass wir den Vertragsnaturschutz ausweiten. Es ist auch richtig, dass wir die Naturwaldflächen ausweiten, weil auch der Wald immer noch die größte Naturschutzmaßnahme des Landes Schleswig-Holstein ist und wahrscheinlich auch eine der größten Klimaschutzmaßnahmen Schleswig-Holsteins. Dass wir da investieren und dies dann auch rechtlich absichern, ist gut.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die rot-grün-blaue Koalition wird den ignoranten Sparkurs von CDU und FDP im sozialen Bereich nicht weiter fortsetzen. Wir können uns vieles nicht mehr leisten. Das mag richtig sein. Wir können es uns aber erst recht nicht leisten, die vielen sozialen Hilfsangebote nicht zu haben. Erstens ist es ein Angebot der Solidarität und Mitmenschlichkeit, zweitens aber auch in hohem Maße eine Frage der ökonomischen Vernunft, eine gute soziale Infrastruktur zu haben. Es muss Schluss mit dem Verschiebebahnhof sein, bei dem eine staatliche Ebene Geld spart und damit viel höhere Folgekosten bei einer anderen Kasse auslöst. Das gilt vor allem für jene Bereiche, hinter denen gleich das Abstellgleis unserer Gesellschaft beginnt. Wir wollen den Schwächeren solidarisch helfen, und wir wollen allen Menschen den Weg in die Mitte unserer Gesellschaft eröffnen.

Deshalb werden wir in den nächsten Jahren auch vor große Herausforderungen gestellt: die Bewältigung des demografischen Wandels, die Inklusion von Menschen mit Behinderung und die Bekämpfung von Armut, um nur drei zu nennen. Es muss uns gelingen, den Schwächeren auch künftig die Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Dafür werden wir den Dialog mit den Beteiligten suchen und mit ihnen ausloten, wie man die Herausforderung gemeinsam angehen kann, und welche Rolle

(Lars Harms)

dem Land dabei zukünftig zukommen wird. Ebenso wollen wir Menschen mit Behinderung und psychisch Kranken wieder die Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglichen. Wir werden mit einem Landesprogramm „Neue Arbeit“ die aktive Arbeitsmarktpolitik stärken und jenen Menschen Chancen eröffnen, die nicht auf Anhieb eine Anstellung im ersten Arbeitsmarkt finden können.

Dass gerade jetzt solche Arbeitsplätze auf dem zweiten Arbeitsmarkt in sozialen Projekten wegzubrechen drohen, sehen wir politisch gesehen als eine Aufkündigung des gesellschaftlichen Konsenses an.

(Beifall Abgeordnete Dr. Gitta Trauernicht [SPD])

Wir wollen deshalb diesen Konsens wiederherstellen und auch den Schwächsten auf dem Arbeitsmarkt helfen. Diese Menschen müssen eine vernünftige Beschäftigung bekommen. Wenn wir das als Land fördern müssen, dann ist das unsere Verpflichtung dies auch zu tun. Es kann nicht angehen, dass da Jobs für Menschen wegbrechen, die sonst keine andere Chance haben, einer sinnvollen Beschäftigung nachzugehen. Es ist unsere politische Pflicht, dafür zu sorgen, dass diese Menschen in dem Rahmen, der sich ihnen bietet, auch eine Zukunft haben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen auch dafür sorgen, dass diejenigen, die Arbeit haben, auch wirklich davon leben können. Wir brauchen gute Arbeit, und das erreichen wir unter anderem durch die Tariftreue und einen Mindestlohn. Wir werden uns im Rahmen einer Bundesratsinitiative für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 € einsetzen. Schleswig-Holstein wird ein modernes, wahrscheinlich sogar das modernste Tariftreuegesetz bekommen, indem neben transparenten Vergabegrenzen auch soziale und ökologische Belange sowie die Gleichstellung von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern mit der Stammebelegschaft berücksichtigt werden. Es werden Regelungen geschaffen, die die weitestgehende Wiedereinführung der Tariftreue in Schleswig-Holstein sichern. Das heißt, für öffentliche Aufträge gelten dann wieder Tariflöhne, regionale und bundesweite allgemein verbindliche Löhne und ein gesonderter Mindestlohn für öffentliche Aufträge.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden auch die Wirtschaftsförderprogramme daran ausrichten, dass solche sozialen, ökologischen und nachhaltigen Kriterien eingehalten werden müssen. Auch das ist wichtig. Sie sind nicht zum Bremsen der Wirtschaft da, sondern sie führen dazu, dass die Wirtschaft besser laufen kann und dass unsere Wirtschaft konkurrenzfähig bleibt. Das führt dazu, dass die Mitarbeiter, die dort beschäftigt werden, zu vernünftigen Bedingungen beschäftigt werden. Das muss Ziel sämtlicher Politik in diesem Land sein.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch all diese Maßnahmen werden wir sicherstellen, dass Wettbewerb in Zukunft wieder über Qualität statt über Lohndumping stattfindet. Durch faire Löhne werden auch die Steuereinnahmen des Landes und die Finanzlage der Sozialkassen positiv beeinflusst werden. Wir werden also auch hier im Gegensatz zur bisherigen Regierung nachhaltig handeln und die Lebenssituation der Menschen in unserem Land dabei auch noch verbessern. Die rot-grün-blaue Landesregierung steht für eine liberale Innenpolitik, die die Persönlichkeitsrechte der Menschen respektiert. Wir wollen keine Gesellschaft, in der alle beschnüffelt werden, um einige wenige zu finden, und lehnen die Vorratsdatenspeicherung ab.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stehen auch für einen transparenten, bürgernahen Staat, und deshalb wollen wir das Informationsfreiheitsgesetz wieder ausweiten und die Möglichkeiten der direkten demokratischen Mitbestimmung nutzen. Darum werden wir die Vorschläge der Volksinitiative für mehr Demokratie zum Anlass nehmen, hier erste Schritte zu gehen. So können wir der zunehmenden Verdrossenheit begegnen, die unserer Demokratie zu schaffen macht. Das ist auch ein Ziel, das wir uns zuvorderst gesetzt haben.

Schließlich wollen wir auch erreichen, dass der Pfad der Haushaltskonsolidierung nicht in einer kulturellen Wüste landet. Der Kulturbereich ist in den vergangenen Jahren schon so ausgepresst worden, dass sich dort nichts mehr holen lässt. Das Land und die Kommunen dürfen sich daher nicht weiter aus der Kulturförderung zurückziehen. Wir wollen gemeinsam mit den Beteiligten eine kulturpolitische Debatte führen, in der Leitlinien für den behutsamen, wertschätzenden Umgang mit Kunst und Kultur entwickelt werden. Wir wollen Wege finden, wie die so unglaublich vielfältige kulturelle

(Lars Harms)

Arbeit der öffentlichen und freiwilligen Träger und der zahlreichen engagierten Einzelpersonen in Schleswig-Holstein gesichert werden kann.

Aus Sicht des SSW war ein maßgeblicher und entscheidender Punkt der Koalitionsvereinbarung, dass Schleswig-Holstein von der katastrophalen Minderheitenpolitik der letzten Jahre wekommt und endlich wieder seiner Vorbildfunktion gerecht wird.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Die rot-grün-blaue Koalition wird dafür sorgen, dass die Gleichstellung von Mehrheit und Minderheit wieder der Maßstab ist, an dem ein gerechter Umgang mit Dänen, Friesen, Sinti und Roma gemessen wird. Für die dänische Minderheit war es in keinster Weise zu ertragen, dass die bisherige Landesregierung bewusst die Kinder an den dänischen Schulen ungleich behandelt hat. Wir werden diese Ungleichbehandlung wieder zurücknehmen und wieder genau den gleichen Zuschuss zu den Kosten leisten, der auch für Kinder im öffentlichen Schulsystem gezahlt wird. Das ist nicht nur ein Gebot der Fairness, sondern ergibt sich auch aus Artikel 8 der Landesverfassung. Denn wer in der Verfassung sagt, dass Eltern frei entscheiden können, ob ihre Kinder eine Minderheitenschule besuchen, der muss diese Wahlfreiheit dergestalt sichern, dass ein Minderheitenschulwesen aufrechterhalten werden kann. Das geht nur, wenn auch eine gerechte Finanzierung auf Basis der Gleichstellung erfolgt. Dieses Prinzip wird von uns wieder eingeführt. Wir wollen es auch bei der Frage der zukünftigen Regelung der Schülerbeförderung mit anwenden.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden die Minderheitenpolitik aber nicht nur wiederherstellen, wir werden sie auch weiterentwickeln. Denn eine gute Minderheitenpolitik umfasst weit mehr als die finanzielle Gleichstellung. Es geht darum, die kulturelle Vielfalt unseres Landes zu akzeptieren und zum Wohl aller zu nutzen. Schleswig-Holstein wird sich erstmals selbst als Mehrsprachenland begreifen und gemeinsam mit den Kommunen einen Handlungsplan Sprachenpolitik erarbeiten, um die Minderheitensprachen und die Regionalsprache Plattdeutsch mehr in den Vordergrund zu rücken.

Das ist nicht nur gut für das kulturelle Miteinander, es gibt Schleswig-Holstein auch ein einzigartiges Profil, da es unser Land für Touristen und Unternehmen aus anderen Regionen und Ländern unverwechselbar macht. Ganz konkret werden wir auch

den Friesischunterricht stärken und ausweiten, der in den letzten Jahren immer mehr unter Druck geraten ist. Hierfür wird endlich ein Umsetzungskonzept erarbeitet, das nicht nur zu mehr Friesischunterricht und zur Wiedereinführung einer echten Friesisch-Professur an der Uni Flensburg führt, sondern das auch deutlich macht, dass das Land hier eine besondere Verantwortung für die friesische Sprache und die friesische Minderheit hat.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gleiches gilt eben auch für das Nordfriisk Instituut, das besser unterstützt und gesichert werden soll.

Wir reden aber in der Minderheitenpolitik nicht nur über Gleichstellung und finanzielle Unterstützung. Wir reden auch über Anerkennung und Gleichberechtigung. Hiervon ist die Minderheit der Sinti und Roma in unserem Land immer noch ein Stück weit entfernt. Deshalb ist es die vornehmste Aufgabe unserer Koalition, eine Änderung von Artikel 5 der Landesverfassung einzubringen, die auch die nationale Minderheit der Sinti und Roma unter den Schutz und die Förderung des Landes stellt.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hoffen, dass sich in dieser Wahlperiode endlich eine Zweidrittelmehrheit für diese Verfassungsänderung finden wird. Die Zeit ist nach meiner Auffassung längst überreif. Ich hoffe inständig, dass alle da über ihren Schatten springen können, die es bisher noch nicht geschafft haben, weil ich glaube, dass alle Minderheiten in diesem Land gleich behandelt werden müssen. Das gilt für die Dänen, für die Friesen und selbstverständlich auch für die Minderheit der Sinti und Roma. Deswegen ist diese Verfassungsänderung überfällig.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die rot-grün-blaue Koalition hat im Bündnis für den Norden ihre gemeinsamen Ziele formuliert. Wir haben beschrieben, wo es in den nächsten fünf Jahren hingehen soll und was wir erreichen wollen. Genauso haben wir festgehalten, wo es nicht hingehen soll. So wurde beispielsweise die von Schwarz-Gelb beschlossene Küstenschutzabgabe vom Tisch genommen. Damit macht unsere Koalition deutlich, dass der Küstenschutz nicht allein nur eine Sache der Küstenbewohner ist, sondern es ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die muss dann auch von allen gemeinsam finanziert werden. Das ist auch richtig so.

(Lars Harms)

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ebenso sprechen wir uns deutlich gegen die CCS-Technik im Land aus. Wir werden entsprechende Initiativen auf Bundesebene unterstützen und gegebenenfalls ergreifen, um CCS in Deutschland sowie in der ausschließlichen Wirtschaftszone auszuschießen.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

- Lieber Kollege Kubicki, im Gegensatz zu der Truppe, die Sie in den letzten drei Jahren angeführt haben:

(Christopher Vogt [FDP]: Immer noch!)

Solange dies noch nicht der Fall ist, werden wir aber das tun, was wir schnell hier vor Ort tun können und was Sie unterlassen haben. Wir werden CCS in Schleswig-Holstein per Landesgesetz verbieten, damit zumindest hier schon einmal etwas geregelt ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das können Sie gar nicht, da haben Sie keine Rechtsgrundlage!)

- Wenn Sie sagen, wir können das nicht, können die Leute in Mecklenburg-Vorpommern das anscheinend auch nicht, die haben das aber schon längst getan. Da hätten Sie sich das abgucken können. Das haben Sie aber nicht gemacht. Daran kann man sehen, wie Sie zu CCS stehen - doppelzünftig, wie immer. Wir machen das, was man machen kann. Sie müssen sich daran gewöhnen, dass wir das tun, was wir sagen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

Mit der rot-grün-blauen Koalition schreiben wir in Schleswig-Holstein Geschichte. Wer den SSW kennt, weiß, dass wir für einen verantwortungsbewussten, sachlichen Politikstil stehen, der alle mit einbezieht und der im Rahmen der Realitäten nach der besten Lösung sucht. Das sind auch die Ziele, die sich die rot-grün-blaue Koalition gesteckt hat. Daher fällt es uns natürlich auch nicht schwer, uns mit dem Koalitionsvertrag zu identifizieren.

Der SSW wird weiter seinen Beitrag leisten, das Land voranzubringen. Wir werden als Koalition gemeinsam die traditionellen vier Kulturen im Land näher zusammenbringen. Wir werden die verschie-

denen Regionen im Land vertreten und neue Verbindungen zu unseren Nachbarn schaffen.

Unsere Arbeit wird geprägt sein von der tiefen Verankerung in unserer Region und von der Weltoffenheit, die gerade auch durch die Seefahrt in Schleswig-Holstein jahrhundertelange Tradition hat. Deshalb passt auch gerade eine friesische Lösung sehr gut zu dem, was die Menschen in unserem Land von uns erwarten können: „Rüm hart, klaar kimming“ - weites Herz, klarer Horizont! Nach diesem Motto werden wir als Koalition arbeiten. Darauf kann man sich verlassen. Ich freue mich schon auf die nächsten fünf Jahre.

(Anhaltender Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. Meine Damen und Herren, die Fraktion der PIRATEN hat ihre Redezeit unter ihren Abgeordneten aufgeteilt. Das ist auch mit den anderen Fraktionen so abgestimmt. Deshalb erteile ich jetzt nicht zu ihrer ersten Parlamentsrede, aber zu ihrer ersten Rede im Schleswig-Holsteinischen Landtag Frau Abgeordneter Angelika Beer das Wort.

(Beifall)

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Vielen Dank. Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist nicht die erste Rede. 2009 habe ich gesagt, in jedem Ende steckt der Zauber eines Neuanfangs. Dafür, dass dieser Zauber mich hier in den Landtag führt, bin ich überaus dankbar und freue mich auf gute Zusammenarbeit.

Erlauben Sie auch mir, mit einem Zitat zu beginnen.

„Für ein solidarisches und weltoffenes Schleswig-Holstein - Wir erklären ausdrücklich unsere Solidarität mit jenen Mitmenschen, die aufgrund ihrer Abstammung, Religion, Hautfarbe oder Behinderung in Gefahr sind, ausgegrenzt oder angegriffen werden. Wir wollen ein weltoffenes Schleswig-Holstein, das Flüchtlinge, Ausländer und Behinderte nicht diskriminiert, und dass jenen, die zu uns kommen und Hilfe brauchen, dieses Grundrecht nicht verweigert werden darf. Wir sind besorgt darüber, dass in Schleswig-Holstein rechtsextremistische Strukturen bestehen, die zur bundesweiten beziehungs-

(Angelika Beer)

weise europaweiten Verzahnung von extremistischem und gewaltbereitem Gedankengut erheblich beitragen. Wir setzen uns für die Förderung einer solidarischen Gemeinschaft ein, die Zivilcourage praktiziert und bei jedem Angriff auf unsere Gesellschaft und auf unsere Mitmenschen demokratisch Gegenwehr leistet. Wir verstehen Europa als ein friedensförderndes Projekt, das den Versuchen der Renationalisierung einzelner Staaten widerstehen muss. Schleswig-Holstein muss dafür im Ostseeraum eine Schlüsselrolle übernehmen.“

Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist keine Zusammenfassung einiger wichtiger Kernaussagen des neuen Koalitionsvertrags, nein, es ist das Zitat aus dem so oft geleugneten, aber existierenden Wahlprogramm der Piratenpartei Schleswig-Holstein.

(Beifall PIRATEN)

Ich will eine zweite Gemeinsamkeit feststellen, bevor ich auf Differenzen eingehe. Nicht nur Ihr Koalitionsvertrag hat 63 Seiten, sondern auch wir haben es geschafft, 63 Seiten für die Zukunft Schleswig-Holsteins zu publizieren.

Ich komme zum Bereich der Flüchtlingspolitik. Wir fühlen uns verpflichtet, alle Schritte aktiv zu unterstützen, die dem Ziel dienen, eine neue Willkommenskultur zu schaffen, die in unserem Land akzeptiert ist; denn uns allen ist vollkommen klar, dass der Paradigmenwechsel in der Abschiebepolitik, die stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung und die Beendigung der unmenschlichen Abschiebehaft längst überfällig sind.

Lassen Sie mich anmerken, dass unter der rot-grünen Bundesregierung und dem ehemaligen Innenminister Otto Schily diese Punkte, die wir in Ihrem Koalitionsvertrag unterstützen, nicht mehrheitsfähig waren und er eine wirkliche Reform des Zuwanderungsgesetzes zu seiner Zeit leider blockiert hat.

Wir PIRATEN werden die von uns geschätzte Arbeit und das Engagement sowohl des Flüchtlingsbeauftragten in Schleswig-Holstein als auch des Flüchtlingsrates nach Kräften unterstützen, denn es geht um Menschenrechte, die wir uns verpflichten zu verteidigen.

Wir hoffen, dass den Worten des Koalitionsvertrages unmittelbar zügiges Handeln folgt, soweit der Rahmen es zulässt. Es gibt öffentliche Berichte über die drohende Abschiebung eines Jugendlichen

aus Afghanistan, der hier seinen Hauptschulabschluss macht und das Angebot hat, eine Lehrstelle zu bekommen. Eine solche Abschiebung würde humanitären Grundsätzen widersprechen.

Es kann und muss uns gelingen, von hier aus ein Signal an die Europäische Union zu senden, das Signal, die Abschottung Europas zu beenden und die Militarisierung der europäischen Flüchtlingspolitik ebenfalls sofort zu beenden. Wer das wirklich will - da wende ich mich auch an den Innenminister -, darf Frontex nicht vergessen zu erwähnen. Wir bedauern, dass Frontex als Mittel der Verhinderung der Hilfe und der militärischen Verhinderung des Anlandens von Flüchtlingsbooten im Koalitionsvertrag keine Berücksichtigung gefunden hat.

(Beifall PIRATEN und Abgeordnete Serpil Midyatli [SPD])

Ich komme zu den groben Zügen Ihrer Europapolitik. Ich sehe jetzt insbesondere unsere Ministerin an. Anke, wir möchten helfen, dort ein bisschen frischen Wind hineinzubringen. „Wir streben an“, „wir setzen uns dafür ein“ und „wir wollen“: Das ist uns zu wenig. Dies ist die Lyrik im Koalitionsvertrag. Wir wünschen uns da etwas mehr Fakten.

Gern diskutieren wir mit allen, ob Ziele, über die wir vollkommen einer Meinung sind, nicht auch durch mehr Bürgerbeteiligung in diesem Rahmen besser umzusetzen sind. Wir müssen etwas tun, damit nicht alle fünf Jahre über Europa diskutiert wird. Das Europäische Bürgerbegehren wollen wir aktiv unterstützen. Ich schlage Ihnen vor, zu überlegen, ob nicht genau das erste Europäische Bürgerbegehrens dazu genutzt werden sollte, um den EURATOM-Vertrag abzuschaffen. Das ist eine Forderung Ihrer Koalition. Sie sollten sich überlegen, ob Sie das unterstützen wollen. Ich bin darüber entsetzt, dass diese Initiative von der Europäischen Kommission vorgestern abgelehnt wurde. So werden wir nicht Menschen an Europa binden. Wir werden sie so auch nicht für einen verständlichen und machbaren Atomausstieg gewinnen, sondern so werden sie abgeschreckt.

Ich möchte einen letzten Punkt ansprechen, über den heute etwas im „Nordschleswiger“ zu lesen war. Das ist eine Zeitung, die hoffentlich demnächst im Pressespiegel des Landtags mit ausgewertet werden wird. Das gehört zu einer solchen Politik für die Minderheiten dazu. Es geht darum, dass das Europäische Parlament gestern beschlossen hat, jede Kommunikation beziehungsweise jeden Kontakt mit der EU-Ratspräsidentschaft ab sofort einzustellen, solange es Versuche gibt und es

(Angelika Beer)

diese Ratspräsidentschaft zulässt, das Schengenabkommen infrage zu stellen und die Freizügigkeit der Menschen innerhalb Europas einzuschränken.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen, dass das Königreich Dänemark derzeit diese EU-Ratspräsidentschaft innehat. Sie können sich darauf verlassen - wir als PIRATEN unterstützen das -, dass wir als Schleswig-Holsteiner mit sehr engen Beziehungen zu Dänemark versuchen werden, mit den Kollegen in Kopenhagen zu reden und deutlich zu machen, dass eine Wiederherstellung von Grenzen beziehungsweise neue Grenzkontrollen zwischen unseren europäischen Ländern nichts mit dem Bild eines offenen Europas zu tun haben, für das wir streiten. Sie haben im Koalitionsvertrag gesagt, dass Sie mit allen Mitteln versuchen werden, die Wiedereinführung von Grenzkontrollen zu verhindern. Ich glaube, wir sollten versuchen, Dänemark die gemeinsame Position transparent und deutlich darzulegen. Insofern freuen wir uns, in der Sache zusammenarbeiten zu können. Wir werden aber auch da, wo wir für Bürgernähe und Transparenz stehen, die Unterschiede deutlich machen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Frau Kollegin. Den abschließenden Redebeitrag für die Fraktion der PIRATEN hält Uli König. Ich erteile ihm hiermit das Wort.

**Uli König [PIRATEN]:**

Sie sehen noch recht frisch aus. Ich habe mir überlegt, mit Ihnen so ein bisschen Touristen-Gymnastik zu machen, damit Sie aufwachen; das scheint aber nicht notwendig zu sein. Okay, fangen wir an.

(Zuruf SPD)

- Bitte?

(Zuruf SPD)

- Das wollte ich jetzt machen. Trotzdem vielen Dank. - Das war noch nicht meine Rede.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren auf den Zuschauerrängen! Dort sitzen nicht mehr allzu viele. 60 % Wahlbeteiligung sprechen eine deutliche Sprache. Wir haben das von der RGB-Koalition schon oft genug gehört. Für mich zeigt das aber ein wenig, dass wir wahrscheinlich den Kontakt zum Bürger verloren haben. Das ist ein Problem.

Torsten Albig hat uns eingeladen, mitzumachen, auch wenn wir nicht Teil der Koalition sind. Ich nehme diese Einladung sehr gern an. Daher möchte

ich heute über folgende Themen sprechen, welche die Bürgerbeteiligung tangieren. Ein erstes Thema heißt „Open Data“. Bei dem zweiten Thema handelt es sich um die E-Petition. Das dritte Thema klingt so ein bisschen abgefahren: „Überwindung von Raum, Zeit und anderen Beschränkungen, die die Bürger von den Ausschüssen abhalten“.

Ich fange mit Open Data an. Ich möchte gern, dass der Bürger die Möglichkeit bekommt, so eine Art Kleine Anfrage von zu Hause aus zu stellen. Ich denke dabei an eine Frage wie die folgende: Wie hoch sind eigentlich die Heizkosten von Liegenschaften des Landes Schleswig-Holstein? Ich möchte, dass diese Anfrage möglich ist, ohne dass das Aufwand in der Verwaltung verursacht. Der Bürger soll das bei sich zu Hause machen. Wie kann das gehen? Das Land kann dem Bürger die Finanzrohdaten zur Verfügung stellen. Der Bürger kann dann mit diesen Daten arbeiten. Das Ganze nennt sich Open Data; denn der Bürger kann dann selber eine Auswertung vornehmen.

Ich nehme als Beispiel das Finanzministerium. Die Finanzministerin ist leider nicht anwesend. Schade! - Alle Buchungen im Finanzministerium werden, wie mir gesagt wurde, in SAP durchgeführt. Das heißt, dass sie elektronisch vorliegen. Man kann sie also auch ins Internet stellen. Wir PIRATEN stehen total auf so etwas. Dabei muss man natürlich den Datenschutz beachten. Wenn darin personenbezogene Daten enthalten sind, muss man es ein wenig anonymisieren. Im Großen und Ganzen aber sollte das möglich sein.

Sie werden jetzt sagen: Ein Großteil der Bürger kann mit all diesen Finanzdaten nichts anfangen. Da haben Sie wahrscheinlich recht, aber das macht nichts. Es reicht, wenn ein kleiner Teil der Bürger mit diesen Finanzdaten etwas anfangen kann. Denn dieser Mensch ist möglicherweise in der Lage, diese Finanzdaten so zu visualisieren, dass andere Bürger - beispielsweise in einem Bürgerhaushalt - Einsparpotenziale in dem Haushalt finden können. Dadurch kann mehr Luft für sinnvolle Projekte geschaffen werden, oder es können schneller Schulden abgebaut werden.

(Beifall PIRATEN)

Es kann auch sein, dass diese Person das gleich alles in einem Rutsch macht und mit einem Sparvorschlag kommt, den noch niemand gesehen hat und bei dem man sagt: Das ist eigentlich eine ziemlich gute Idee. Wie gesagt, das Ganze nennt sich Open Data. Es steht im Koalitionsvertrag. Dafür vielen Dank. Ich finde das super.

**(Uli König)**

Leider ist das nicht sehr konkret. Von daher würde ich mich freuen, wenn Sie - vielleicht mit uns zusammen - noch ein bisschen daran arbeiten würden. Wir sind ja zum Zusammenarbeiten eingeladen. Dann könnten wir es ein bisschen ausführen und voranbringen. Dann müssten wir nicht nach fünf Jahren sagen: Wir hatten es drin, aber irgendwie - -

Ich komme zu den Petitionen. Torsten Albig hat gesagt, dass er die Bürger überzeugen möchte, dass uns ihre Meinung wichtig ist. Im Koalitionsvertrag steht, dass Petitionen beziehungsweise Bürgerbegehren einfacher gemacht werden sollen. Es ist aber immer von „Papierpetitionen“ die Rede. Nie ist von einer Online-Petition die Rede.

Ein positives Beispiel für eine Online-Petition ist auf Bundesebene das Begehren, zu überprüfen, ob die Geschäftspraktiken der GEMA der Verfassung entsprechen. Sie hat 106.000 Mitzeichner. Ich finde es interessant, dass die Leute sich dafür interessieren. Auch die Petition gegen Internetsperren - da gibt 134.000 Mitzeichner - finde ich bemerkenswert. 186.000 Mitzeichner haben eine Petition gegen erhöhte Pflichtbeiträge von Hebammen unterzeichnet, die eine superteure Haftpflichtversicherung bezahlen müssen. Immerhin 105.000 davon haben das immerhin online gemacht.

Seit Neuestem bin ich der Vorsitzende des Petitionsausschusses. Deswegen ist mir dieses Thema auch eine Herzensangelegenheit. Ich möchte gern, dass wir das voranbringen. Wenn man sich unser Petitionsportal anschaut, sieht man, dass man eine Petition online einreichen kann. Das ist schon einmal gut. Man kann aber nicht online mitzeichnen. Vor allem Einzelschicksale können im Petitionsausschuss zur Sprache gebracht werden. Ich kann das aber nicht mit so heißen Eisen, wie es der Weiterbau der A 20 ist.

Ich möchte gern, dass man online in der Lage ist, eine Petition einzureichen. Es muss nachvollziehbar sein, wo diese Petition gerade steht, damit man sie auch mitzeichnen kann. Außerdem sollte die Beratung über eine Petition öffentlich sein, wenn der Petent dem zustimmt.

(Beifall PIRATEN)

Ich komme zu meinem letzten Anliegen. Wir machen das jetzt hier gerade schon live. Diese Ausschusssitzung hier - - Nein, das ist keine Ausschusssitzung. Diese Veranstaltung wird ins Internet übertragen. Es gibt ein Live-Streaming. Darüber möchte ich gern reden. Es geht um die Überwindung von Raum, Zeit und Aufwand. Es gibt drei Hemmnisse für die Bürger, sich an der Politik hier

zu beteiligen. Wie Sie sicherlich wissen, findet ein großer Teil der Arbeit in den Ausschüssen statt. Diese ist eine 1-a-Schaukampfbude, die viele Leute hier gern nutzen, aber ich würde den Bürgern gern auch die Ausschüsse näherbringen, in denen die eigentliche Arbeit stattfindet.

Stellen wir uns mal vor: Ein Bürger aus Leck, der gern mal sehen will, was in so einem Ausschuss stattfindet. Wenn er mit dem ÖPNV nach Kiel zum Landtag fahren möchte - ich habe einmal nachgesehen -, benötigt er - das sind die schnellsten Verbindungen - zwei Stunden und 45 Minuten. Das heißt noch nicht, dass er dann zum richtigen Zeitpunkt hier ist. Er muss noch warten.

Mit einer längeren Verbindung dauert es bis zu vier Stunden. Das ist schon extrem. Mit dem Auto brauche ich immer noch gut 1,5 Stunden von Leck nach Kiel - je nach Fahrstil; das geht bestimmt auch schneller.

Der Punkt ist: Ich muss Fahrzeit hin und Fahrzeit zurück investieren, und ich muss Kosten für den Transport investieren. Das ist ein erhebliches Hemmnis, wenn ich einfach einmal in die Ausschussarbeit reinschauen möchte. Das ist schon eine richtige Reise.

Außerdem: die Zeit. Ausschusssitzungen finden üblicherweise zu Zeiten statt, wo normale Leute arbeiten. Da das hier ein Vollzeitparlament ist, ist das okay, denn wir arbeiten quasi gerade, aber der Bürger muss auch zu den Zeiten arbeiten. Das heißt, er kann nicht kommen, wenn er Arbeit hat.

(Unruhe)

Nächstes Problem: die Freizeit. - Herr Harms, würden Sie bitte zuhören? - Danke. - Nicht jeder Bürger hat so viel Freizeit, dass er sich die Zeit einer langen Ausschusssitzung um die Ohren schlagen kann. Ich habe heute hier die Reden gehört: Ja, das hätte man hier und da etwas kürzer fassen können.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN, CDU, SPD und FDP)

- Danke.

Es wäre nicht schlecht, wenn man diese Zeit ein bisschen komprimieren könnte, damit es nicht so lange dauert herauszubekommen, was in den Ausschusssitzungen gelaufen ist. Ziel muss also sein, die Ausschüsse unabhängig von Ort und Zeit zu machen und den Aufwand für die Bürgerinnen und Bürger, sich zu beteiligen, zu senken.

Die Lösung - das klingt jetzt total einfach; das ist ein sehr piratiger Vorschlag -: Wir verlagern den



(Uli König)

Ort ins Internet. Wir übertragen die Ausschüsse live, zumindest die öffentlichen Ausschüsse, die geheim tagenden Ausschüsse natürlich nicht. Damit können sich die Leute auch in Leck die Ausschüsse angucken, ohne dass sie sich dazu vom Hocker bewegen müssen. Das ist schon einmal nicht schlecht.

Was ist mit den Leuten in Leck, die arbeiten müssen, wenn hier unsere Ausschüsse tagen? - Für die können wir Aufzeichnungen im Internet bereitstellen. Sie können sich das dann nach der Arbeit anhören.

Jetzt haben wir noch das Problem mit den Leuten, die abends nur eine Stunde Zeit haben, weil sie zwei Jobs, Familie und so weiter, also nicht so viel Freizeit haben. Für diese Leute hätte ich gern so etwas wie ein Wortprotokoll. Das muss jetzt nicht ein stenografisches Wortprotokoll sein, das kann zum Beispiel auch durch eine Texterkennungssoftware passieren oder sonst irgendetwas, damit man einfach in der Lage ist, das gesamte Protokoll und den gesamten Ausschuss einmal nach bestimmten Schlagworten zu durchsuchen und zu gucken, wann eigentlich der Kram drankam, der mich interessiert hat, und sich nicht die anderen zehn Teile auch mit anhören muss.

(Unruhe)

So, das war der Teil mit dem Streaming.

Vielen Dank. Ich hoffe, ich konnte Ihnen meine Themen näherbringen. Das waren Open Data, die E-Petition und das Überwinden von Raum, Zeit und Aufwand.

(Beifall Piraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. Wir haben heute schon eine Menge über den neuen Umgang und die politische Kultur miteinander gesprochen. Wir haben auch vernommen, dass Sie uns gern ein paar neue Dinge zum Lernen aufgeben wollen. Deshalb will ich Ihnen von mir aus noch einmal die Information geben: Diese „Veranstaltung“ hier ist die Landtags- tagung über die Regierungserklärung zu Beginn der 18. Wahlperiode. Diese „Schaukampfbühne“ - ich möchte Sie bitten, mir ernsthaft zuzuhören -, wie Sie es hier gerade genannt haben, ist das Plenum des Schleswig-Holsteinischen Landtages. In der Frühzeit der parlamentarischen Demokratie haben manche Leute auch von einem „Hohen Haus“ gesprochen. Ich möchte Sie bitten, diesem auch mit

entsprechender Wortwahl Respekt zu zollen. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, es ist geschafft. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit erkläre ich den Tagesordnungspunkt „Regierungserklärung“ für beendet. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Wir fahren mit Tagesordnungspunkt 5 fort:

### **Wahl eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums**

Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 18/12](#)

Wahlvorschlag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/14](#)

Wahlvorschlag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/17](#)

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/18](#)

Wahlvorschlag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/19](#)

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD

[Drucksache 18/20](#)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, die Abstimmung über die Wahlvorschläge gemeinsam vorzunehmen. Zugleich schlage ich Ihnen hierfür eine offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre nicht, dann werden wir so verfahren.

Ich lasse über die vorliegenden Wahlvorschläge gemeinsam abstimmen. Wer diesen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit sind alle Wahlvorschläge einstimmig angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf:

### **a) Volksinitiative „Für vereinfachte Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Schleswig-Holsteins Gemeinden und Kreisen“**

Gesetzentwurf der Volksinitiative

[Drucksache 17/2240](#)

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)****b) Volksinitiative „Für Volksentscheide ins Grundgesetz“**

Antrag der Volksinitiative  
Drucksache 17/2239

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
[Drucksache 18/15](#)

**c) Beratung der Volksinitiative „Für Volksentscheide ins Grundgesetz“**

Antrag der Fraktion der CDU  
[Drucksache 18/11](#)

Ich erteile das Wort der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Frau Abgeordneten Barbara Ostmeier.

**Barbara Ostmeier [CDU]:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich bitte die Vertreter der Volksinitiative, die glaube ich, noch bis jetzt ausgeharrt haben, das nicht als mangelnde Wertschätzung zu interpretieren, aber ich nehme die Gelegenheit war, auf die Vorlage zu verweisen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Frau Berichterstatterin. - Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Volksinitiative, Drucksache 17/2240, abzulehnen. Wer dieser Ausschussempfehlung folgen und den Gesetzentwurf ablehnen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Entschuldigung, die Sitzverteilung ist noch ein bisschen neu. Deshalb bitte ich Sie, etwas länger aufzuzeigen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW. Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? - Das sind die Stimmen der Fraktionen FDP und PIRATEN. - Enthaltungen gibt es demnach keine. Damit ist der Gesetzentwurf Drucksache 17/2240 abgelehnt.

Weiter empfiehlt der Ausschuss, den Antrag der Volksinitiative, Drucksache 17/2239, anzunehmen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen SPD - die PIRATEN sortieren sich noch -, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW. Ich bitte die PIRATEN jetzt um ihr Votum. - Mit

allen Stimmen der Fraktion der PIRATEN. - Damit ist dieser Antrag - -

(Zurufe von CDU und FDP: Moment! Die Gegenprobe!)

- Oh, damit auch Sie Gelegenheit haben, mit abzustimmen, frage ich nun, wer dieses ablehnen möchte. - Das sind die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU. Ich entschuldige mich. - Enthaltungen sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag Drucksache 17/2239 angenommen.

Der Ausschuss empfiehlt darüber hinaus, den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/11, abzulehnen. Wer dieser Ausschussempfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Das sind die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW. Wer lehnt diese Empfehlung ab? - Das sind die Kollegen der Fraktion der CDU. - Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist die Ausschussempfehlung abgelehnt.

(Thomas Rother [SPD]: Die Ausschussempfehlung ist angenommen! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie ist angenommen! Darauf legen wir Wert!)

- Entschuldigung, die Ausschussempfehlung ist angenommen, und die Ausschussempfehlung lautete, den Antrag Drucksache 18/11 abzulehnen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

**Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht betr. Verfassungsbeschwerde gegen Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts, des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, des Bayerischen Verwaltungsgerichts, der Regierung von Oberbayern und der Landeshauptstadt München wegen der Untersagung einer Veranstaltung am Karfreitag 2007**

Bericht- und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
[Drucksache 18/16](#)

Änderungsantrag des Abgeordneten Dr. Patrick Breyer (PIRATEN)  
[Drucksache 18/21](#)

Ich erteile erneut das Wort der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Frau Abgeordneten Barbara Ostmeier.

**Barbara Ostmeier [CDU]:**

Frau Präsidentin, ich möchte erneut auf die Vorlage verweisen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Frau Berichterstatterin. - Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. Es gibt aber eine Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer, der - so ist mir mitgeteilt worden - sein Abstimmungsverhalten begründen möchte. Ich erteile ihm hierfür für drei Minuten das Wort.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Frau Präsidentin! Herr Ministerpräsident! Verehrte Damen und Herren! Ich möchte kurz erklären, warum ich diese Ausschussempfehlung nicht mittragen kann, und ein Thema beleuchten, das heute ein bisschen durchzurutschen droht. Es geht darum, dass der Bund für Geistesfreiheit in München eine Veranstaltung durchführen wollte, um gegen das Verbot von öffentlichen Tanzveranstaltungen in Bayern zu protestieren. Das sollte selbst eine Tanzveranstaltung sein. Das ist ein Fall, der sich hier in Schleswig-Holstein so nicht hätte ereignen können, denn bei uns ist es durchaus erlaubt, Tanzveranstaltungen auch an Karfreitagen durchzuführen, wenn das die Religionsausübung nicht beeinträchtigt.

Wir PIRATEN wollen, wie es im Koalitionsvertrag heißt, ein tolerantes und weltoffenes Schleswig-Holstein. Deshalb meine ich, dass sich der Landtag durchaus in dieses Verfahren einbringen sollte. Der Lübecker Pastor Lutz Jedeck hat erfreulicherweise erklärt, er selbst lehne Tanzen am Karfreitag zwar ab, sei aber tolerant genug, es zu akzeptieren.

Heutzutage ist es eine Grundfrage des Zusammenlebens zwischen verschiedenen Religionen und Weltanschauungen, wie man das organisiert.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege Dr. Breyer, es tut mir leid. Sie sind im Vorfeld im intensiven Austausch mit dem Wissenschaftlichen Dienst gewesen. Verabredet war, dass Sie zu Ihrem Abstimmungsverhalten Stellung nehmen, nicht zu ihrem Änderungsantrag. Dieses Verfahren sieht unsere Geschäftsordnung nicht vor - jedenfalls, soweit sie zurzeit besteht. Sie dürfen keine Begründung für Ihren Änderungsantrag vortragen. Der Ältestenrat hat sich zudem darauf verständigt, diesen Tagesordnungspunkt im Plenum ohne Aussprache zu behandeln. Es gab schon Irritationen wegen möglicher weiterer Wortmeldungen, was ich verstehe.

Ich weise Sie darauf hin, dass Sie noch etwas zu Ihrem Abstimmungsverhalten sagen können, aber nicht inhaltlich zu Ihrem Antrag. Ansonsten fahren wir fort, diesen Tagesordnungspunkt ohne Aussprache zu behandeln.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Gern, Frau Präsidentin. - Der Grund dafür, aus dem ich meinem Antrag zustimmen und die Ausschussempfehlung ablehnen möchte, liegt darin, dass der richtige Weg im Zusammenleben in Schleswig-Holstein nicht sein kann, die religiösen Überzeugungen einzelner Gruppen für alle zum Zwang zu erheben. Das kann nicht funktionieren. Deswegen bitte ich Sie, diesen von mir gestellten Antrag zu bedenken.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Wie ich schon gesagt habe, es ist keine Aussprache vorgesehen. Das ist im Ältestenrat so besprochen worden.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer - -

(Wortmeldung Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kollege, ich habe es doch gerade erklärt. Es ist keine Aussprache vorgesehen.

(Zuruf von der CDU: Geschäftsordnungsantrag! - Hans-Jörn Arp [CDU]: Zur Geschäftsordnung kann immer geredet werden! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Zur Geschäftsordnung!)

- Entschuldigung, zur Geschäftsordnung. Selbstverständlich.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Frau Präsidentin, ich akzeptiere alle Regeln in diesem Haus und auch Zusagen an die PIRATEN, die noch neu und frisch in diesem Landtag sind. Aber die Behauptung, dass uns das Thema durchrutsche, ist deshalb falsch, weil sich der Innen- und Rechtsausschuss mit diesem Thema heute sehr intensiv beschäftigt hat. Das will ich nur klarstellen.

Ich verwahre mich als Parlamentarier gegen Folgendes: Wir haben uns fast eine halbe Stunde mit diesem Thema beschäftigt, und Herr Dr. Breyer, der anwesend war, tut hier heute so, als rutsche uns hier irgendetwas durch.

(Wolfgang Kubicki)

(Beifall FDP, CDU, SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Angebot, das dem Abgeordneten Dr. Breyer gemacht wurde, sich zu seinem Abstimmungsverhalten zu äußern, habe ich erneuert und unterstrichen. - Ihr Beitrag war ebenfalls kein Beitrag zur Geschäftsordnung, sondern ein inhaltlicher. Ich verstehe Ihr Anliegen - um das als Parlamentarierin zu sagen -, aber in der Tat entspricht weder das eine noch das andere unseren Gepflogenheiten. Wir sollten uns darauf verständigen, uns an die Regeln, die zumindest zurzeit noch gelten, zu halten. Das macht es auch für das Präsidium leichter.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag des Abgeordneten Dr. Breyer, Drucksache 18/21, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen von vier Mitgliedern der PIRATEN. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? - Das sind die Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW. Wer enthält sich? - Das ist ein Mitglied der Fraktion PIRATEN. Damit ist der Änderungsantrag Drucksache 18/21 abgelehnt.

Der Ausschuss empfiehlt weiter, in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht keine Stellungnahme abzugeben. Wer der Ausschussempfehlung folgen will und ihr zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW sowie eines Mitglieds der Fraktion PIRATEN. Wer möchte dieser Ausschussempfehlung nicht folgen? - Das sind die Stimmen der Fraktion CDU und mehrerer Mitglieder der Fraktion PIRATEN. - Enthaltungen sehe ich keine. Damit ist die Ausschussempfehlung mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die zweite Landtagstagung in der 18. Wahlperiode. Ich gebe bekannt, dass die dritte Tagung des Landtags nach der Sommerpause am 22. August 2012 um 10 Uhr hier beginnt. Ich wünsche Ihnen allen eine gute Sommerpause.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 16:35 Uhr**